

Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften
Seminar: Forschungspraktikum Demokratie – aktuelle Herausforderungen und Innovationen
Sommersemester 2020, Wintersemester 2020/2021
Dozentin: Prof. Dr. Brigitte Geißel

**Der Einfluss mobilisierender und aktivierender
Methoden auf die politische Teilhabe
Stiller Gruppen innerhalb von
Bürger*innenbeteiligungsprojekten**

Abschlussbericht „Aktivierungsgruppe“

Forschungsgruppe: Esther Siefert, Marla Mülitze, Anja-Liisa Gonsior, Selina Schneider

Frankfurt am Main, den 22. Juni 2021

Inhalt

1 Einleitung	1
2 Forschungsstand	4
2.1 Problemstellung	4
2.2 Forschungslücke und Relevanz der Thematik	5
2.3 Arbeitsdefinition Stille Gruppen	7
3 Hypothesen	10
4 Theoretischer Zugang und konzeptionelle Weiterentwicklungen	11
4.1 Normativer Rahmen	11
4.2 Konzept- und Begriffsentwicklung der mobilisierenden und aktivierenden Methoden	13
4.3 Mobilisierende Methoden	14
4.3.2 Aktivierende Befragung	16
4.3.3 Grassroot-Campaigning	17
4.3.4 Begriffserläuterung Mobilisierung und politische Teilnahme	18
4.4 Aktivierende Methoden	19
4.4.1 Deliberative Demokratie	19
4.4.3 Begriffserläuterung Aktivierung und politische Teilhabe	23
5 Methodischer Zugang	25
5.1 Ausgewählte Interviewpartner*innen	25
5.2 Interviewleitfäden und Vorbereitung	26
5.3 Transkription	27
5.4 Inhaltsanalyse	28
5.5 Operationalisierung	29
6 Auswertung	31
6.1 Vorstellung der Projekte und Städte	31
6.2 H1 Teilnahme	35
6.3 H2 Abbau von Hürden	36
6.4 H3 Methoden	41
6.5 H4 Teilhabe	46
6.6 H5 Herangehensweise	51
6.7 Diskussion der Ergebnisse	55
7 Fazit und Ausblick	62
Literaturverzeichnis	67
Anhang	72

„In a political system where nearly every adult may vote but where knowledge, wealth, social position, access to officials, and other resources are unequally distributed, who actually governs?“ (Dahl 1961: 1).

1 Einleitung

Massenproteste etwa rund um *Stuttgart 21*, das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP oder die jüngst aufgekommene *Fridays For Future*-Bewegung weisen immer wieder auf die Grenzen der repräsentativen Demokratie hin und stoßen Debatten über die Kontrolle politischer Eliten, Lobbyismus und die Chancen partizipatorischer Verfahren an (vgl. Bödeker 2012a: 1). Gemeinhin werden diese zivilgesellschaftlichen Bewegungen als Gegenmittel gegen zunehmende Politikverdrossenheit gewertet. Die Tatsache, dass sich Bürger*innen aktiv „für die Gestaltung ihrer Lebensräume einsetzen“ (Bödeker 2012a: 1), wird als Chance für eine demokratischere Gesellschaft verstanden (vgl. Bödeker 2012a: 1).

Allerdings vernachlässigen solche Debatten zumeist einen Faktor, der die demokratische Innovationskraft der angesprochenen Bewegungen bedeutend revidiert: „die soziale Bedingtheit politischen Engagements“ (vgl. Bödeker 2012a: 1). Wie auch das obige Zitat von Dahl unterstreicht, wirkt sich soziale Ungleichheit, die ungleiche Verteilung von etwa Einkommen, Vermögen und Bildung, auf die Möglichkeiten der politischen Partizipation von Bürger*innen und damit letztendlich auf politische Entscheidungen aus (vgl. Bödeker 2012a: 1). Das Beispiel *Stuttgart 21* illustriert dies eingängig. Eine deutliche Mehrheit der Aktivist*innen waren Angehörige einer gebildeten und eher wohlhabenden Mittelschicht. Gruppen, die von sozialer Ungleichheit oftmals negativ betroffen sind, etwa Arbeitslose, Geringverdiener*innen oder Migrant*innen, waren bei den Protesten deutlich unterrepräsentiert (vgl. Bödeker 2012a: 1).

Demokratische Innovationen wie die Bürgerhaushalte oder der Demokratiekonvent Frankfurt (im Folgenden DK Frankfurt), partizipatorische Projekte auf lokaler bzw. kommunaler Ebene, haben diese Schieflage in der politischen Partizipation erkannt und versuchen, ihr mit mobilisierenden und aktivierenden Methoden entgegenzuwirken. Mittels bewusster und aktiver Kontaktaufnahme mit Stillen und von sozialer Ungleichheit betroffenen Gruppen sollen diese zur Teilnahme an den genannten Projekten motiviert werden. Inwieweit diese Vorgehensweise tatsächlich dazu beiträgt, dass solche Gruppen auch an den Verfahren teilnehmen und ihre Belange artikulieren, ist bisher unzureichend untersucht (vgl. Klatt/Walter 2011: 35).

Die Diskussion rund um politische Partizipation ist kontrovers und ein Lösungsweg für die anhaltende Problematik mangelnder Partizipation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen bedarf weiterer Forschung. Dies macht eine Auseinandersetzung umso wichtiger. In dieser Forschungsarbeit wird sich im Rahmen einer explorativen Studie detailliert mit verschiedenen demokratischen Innovationen auseinandergesetzt und dabei folgender Frage nachgegangen:

Wie beeinflussen mobilisierende und aktivierende Methoden und ihre jeweilige Ausgestaltung (uV) die Teilnahme und Teilhabe Stiller Gruppen (aV) innerhalb lokaler demokratischer Innovationen?

Dabei ist die Mobilisierung und Aktivierung Stiller Gruppen die abhängige Variable (aV) und die jeweilige Ausgestaltung der Teilnahme und Teilhabe die unabhängige Variable (uV). Es folgt eine kurze Klärung der Begrifflichkeit. Eine ausführliche Auseinandersetzung wird in den späteren Kapiteln (4.3 und 4.4) dargestellt. Die Einteilung in die zwei Phasen der Mobilisierung und der Aktivierung stellt ein wichtiges Zwischenergebnis dieser Forschungsarbeit dar. Als mobilisierend werden Methoden beschrieben, die Menschen zur allgemeinen *Teilnahme* einem Projekt oder einer Veranstaltung bewegen. Dabei bedeutet *Teilnahme*, eine Beteiligung *an* einem Prozess. Gleichzeitig sollen auch die Methoden *während* des Verfahrens erfasst werden. Diese bezeichnen wir als aktivierende Methoden. Sie beeinflussen die *Teilhabe im* Prozess (siehe Abbildung 1).

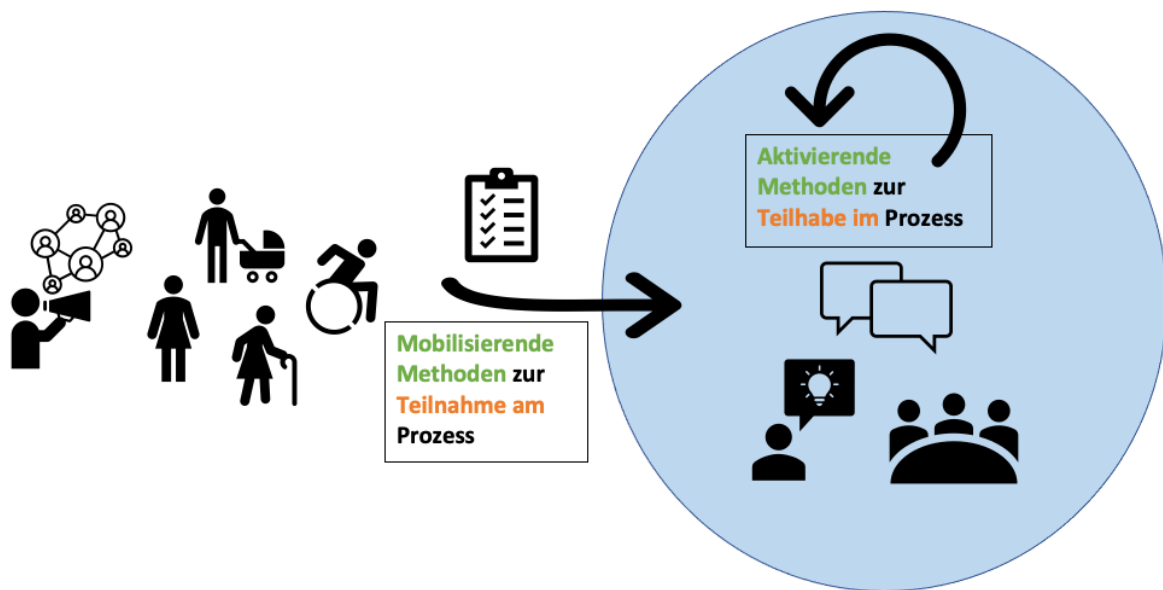


Abbildung 1: Grafische Darstellung von Mobilisierung und Aktivierung zum Erreichen von Teilnahme und Teilhabe (eigene Darstellung).

Bei der Untersuchung der demokratischen Innovationen ist es ein Ziel herauszufinden, wie diese Methoden zur Aktivierung und Mobilisierung in der Praxis gestaltet werden und letztlich, ob diese Methoden eine Wirkung zeigen. Grundsätzlich ist die Herangehensweise der verschiedenen Projekte von Interesse, ob z. B. die Projekte sich auf bestimmte sozial benachteiligte Gruppen beziehen oder inwiefern sich die Methoden bei den untersuchten Projekten ähneln oder unterscheiden. Bei den untersuchten Projekten handelt es sich um den

DK Frankfurt, die Bürgerwerkstatt Werder, das Bürgerbudget Eberswalde und den Bürgerhaushalt Stuttgart.

Im Folgenden wird zuerst die Problemstellung vorgestellt (Kap. 2.1), daran anschließend geht der Bericht auf den Forschungsstand, die damit verbundene Forschungslücke und die Relevanz der Thematik ein (Kap. 2.2), um das Forschungsinteresse zu verdeutlichen; gefolgt von einer Arbeitsdefinition Stiller Gruppen (Kap. 2.3).

In den weiteren Kapiteln werden die Hypothesen benannt (Kap. 3), darauf aufbauend wird der theoretische Zugang (Kap. 4) und das methodische Vorgehen (Kap. 5) erläutert. Der theoretische Zugang ist dabei gegliedert in den normativen Zugang (Kap. 4.1), die Konzept- und Begriffsentwicklung (Kap. 4.2) sowie in die beiden Methoden der Mobilisierung (Kap. 4.3) und der Aktivierung (Kap. 4.4). Es folgt die Auswertung der Ergebnisse (Kap. 6) orientiert an den aufgestellten Hypothesen. Abschließend werden die Ergebnisse diskutiert (Kap. 6.7) und ein Fazit gezogen (Kap. 7). Im Anhang wird der allgemeine Interviewleitfaden zur Ansicht präsentiert¹.

¹ Aus Gründen des Datenschutzes werden die auf die Besonderheiten der untersuchten Projekte zurechtgeschnittenen Interviewleitfäden sowie die Transkripte der Expert*inneninterviews in dieser öffentlich zugänglichen Version unseres Forschungsberichtes nicht mit veröffentlicht.

2 Forschungsstand

In diesem Kapitel soll der Forschungsstand kurz skizziert werden. Zunächst wird die Problemstellung rund um die Forschungsfrage erläutert. Anschließend wird näher auf die Forschungslücke und die Relevanz der Thematik eingegangen.

2.1 Problemstellung

Wie schon in der Einleitung zum Ausdruck gekommen ist, spielt soziale Ungleichheit in Zusammenhang mit Partizipation eine wichtige Rolle. In Deutschland lässt sich bereits seit den 1970er Jahren eine Verstärkung der Ungleichheit feststellen, die sich nicht zuletzt in der Einkommensverteilung widerspiegelt (vgl. Bödeker 2012b: 2). Dieser Zustand wirkt sich auf die unterschiedlichsten Bereiche der Gesellschaft aus, darunter auch die politische Beteiligung. Grundsätzlich können nach Bödeker die beiden Komponenten *politisches Interesse* und die *Überzeugung, etwas verändern zu können* als Voraussetzung für politische Partizipation angesehen werden (vgl. Bödeker 2012b: 2). Jedoch sind eben diese beiden Aspekte mit der Höhe des Einkommens und dem Zugang zu Bildung verbunden (vgl. Bödeker 2012b: 2). Durch die fehlende Beteiligung von einem Teil der Bevölkerung entsteht ein Teufelskreis, denn mit der geringen Beteiligung sozial benachteiligter Gruppen kann die Bemühung seitens der Politik sinken, für deren Interessen einzustehen (vgl. Böhnke 2011: 20). Bei diesen sozialen Gruppen wiederum verfestigt sich der Eindruck, dass Politik in den Händen der politischen Eliten ist (vgl. Bödeker 2012b: 2f.). Ebenso lässt sich in der Mitgliedschaft politischer Organisationen beobachten, dass Menschen mit geringem Einkommen und geringer Bildung selten vertreten sind (vgl. Bödeker 2012b: 3). Dies führt unweigerlich zu einer verzerrten Mitgliederstruktur, sodass z. B. Parteien Schwierigkeiten haben, ihren Integrationsauftrag zu erfüllen (vgl. Bödeker 2012b: 3). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Beschäftigung mit den Motiven und der Perspektivlage der gesellschaftlichen Gruppen, was folgende Schilderung des sogenannten *Saure Trauben-Phänomens* eindrücklich darstellt:

„Ähnlich einem Fuchs, der die Trauben an den oberen Zweigen nicht erreichen kann und sich einbildet, sie seien sauer, würden sich auch die Befragten einreden, dass diese Sphären des Engagements ohnehin nichts für sie seien; unter anderem auch deshalb, weil die Bürgergesellschaft für sie persönlich so unerreichbar scheint.“ (Klatt/Walter 2011: 44).

Um die politische Partizipation der sozial benachteiligten Gruppen anzukurbeln, muss dieser Teufelskreis durchbrochen werden. Nach den Vertreter*innen der Substitutionsthese können weniger institutionalisierte Partizipationsformen ein wichtiges Element sein, um diverse Bevölkerungsgruppen miteinzubeziehen, da diese Formen eher dem Lebensalltag der Menschen entsprechen (vgl. Bödeker 2012b: 5). Daraus folgt, dass politische Partizipation in

punktuellem und individualisierter Form wie durch Demonstrationen stattfindet (vgl. Bödeker 2012b: 5).

Petra Böhnke stellt in diesem Zusammenhang fest, dass sich zwar die Diversität der Beteiligungsformen erweitert habe, jedoch nicht die der Teilnehmenden (vgl. Böhnke 2011: 19). Als Begründung wird generell angeführt, dass moderne Partizipationsformen durch ein hohes Maß an Eigeninitiative und Flexibilität entsprechend voraussetzungsreich seien (vgl. Bödeker 2012: 3). Auch Verhandlungsgeschick, Redegewandtheit und Selbstvertrauen spielen hierbei eine wichtige Rolle (vgl. Böhnke 2011: 20). Dies verdeutlicht die Komplexität der Problematik: Bei klassischen Beteiligungsmöglichkeiten wie Wahlen nehmen sozial benachteiligte Gruppen seltener teil und neue Partizipationsformen scheinen vielleicht attraktiv, doch die Initiator*innen stehen dann ggf. vor der Herausforderung, diese in der Gestaltung möglichst niedrigschwellig zu halten.

2.2 Forschungslücke und Relevanz der Thematik

Wie in der Einleitung bereits angesprochen wurde, weist die Literaturlage vor allem in Bezug auf mobilisierende Methoden sowohl theoretisch als auch in Bezug auf praktische Studien noch große Forschungslücken auf. So beschreiben beispielsweise die Sozialwissenschaftler*innen Ansgar Klein und Serge Embacher – welche Politikfeldforschung in der Engagement- und Demokratiepoltik betreiben – die „[a]ufsuchende Engagementförderung“ (Klein/Embacher 2018) als einen noch wenig erforschten Bereich. Solche „aufsuchenden Formate[...]“ (Klein/Embacher 2018) müssten noch stärker Teil der Engagementförderung werden, um auch „bildungsfernere Gruppen“ (Klein/Embacher 2018) in demokratische Prozesse miteinzubeziehen. Dies stellt eine deutliche Forschungslücke dar, denn es besteht Bedarf an Alternativen zum „Aktivitätsmodell Mitgliedschaft“ (Klatt/Walter 2011: 35). Unter diesem Begriff verstehen die Autor*innen Partizipationsformen, welche über Organisationen bzw. Institutionen wie Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften organisiert werden (vgl. Klatt/Walter 2011: 35). Sie betonen, dass „‘neue‘ Formen von Engagement und Partizipation vermehrt nachgefragt“ (Klatt/Walter 2011: 35) seien. Dabei legen sie ihren Fokus auf „Partizipationsformen, die informell und individuell“ (Klatt/Walter 2011: 35) auf bestimmte Personengruppen zugeschnitten sind. Auch Geißel betont, dass die Wahlbeteiligung stetig zurückgeht und daher neue Partizipationsformen gefragt sind.

„Vor allem jene Bevölkerungsgruppen haben sich vom Urnengang verabschiedet, die eigentlich die meisten Forderungen an Mandatsträger zu stellen hätten: Bürger mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Einkommen. Dieses an sich altbekannte Phänomen hat sich in den letzten Jahren noch verschärft“ (Geißel 2012: 32).

Aber auch wenn solche neuen Partizipationsformen gefragt sind, sind sie wenig erforscht: „Nur wenige Studien bewegen sich außerhalb von Organisationen und klassisch formellem Engagement“ (Klatt/Walter 2011: 37). Insbesondere sozial schlechter gestellte Gesellschaftsgruppen bleiben der demokratischen Teilhabe eher fern (vgl. Klatt/Walter 2011: 39, 40). Nach Geißel kann die Nichtteilhabe an demokratischen Prozessen langfristig „Demokratie, Gesellschaft und Ökonomie gefährden“ (Geißel 2012: 34). Zudem ist insbesondere das Wissen über das politische Partizipationsverhalten dieser sozialen Gruppen häufig nicht vorhanden:

„[D]ie wohl größte Forschungslücke besteht in Bezug auf diejenigen, welche der Bürgergesellschaft bisher fern bleiben. Wie ist die Gruppe der nicht-zivilgesellschaftlich Aktiven beschaffen? Und: Warum sind sie nicht aktiv? Denn die Milieus am 'unteren' Rand der Gesellschaft wurden bislang auch aufgrund einer Aktionsfokussierung schwerwiegend vernachlässigt“ (Klatt/Walter 2011: 39, 40).

Dies wird auch von Geißel bestätigt, die darauf hinweist: „ökonomische[...] Ungleichheiten haben Auswirkungen auch auf den politischen Bereich“ (2012: 32). Daraus kann abgeleitet werden, dass Zielgruppen der aufsuchenden Rekrutierung hauptsächlich sozial schlechter gestellte Gruppen sind.

Laut Klatt und Walter haben neue Partizipationsformen große Vorteile im Hinblick auf die Einbeziehung von bestimmten Gruppen, da sie häufig wenig Zeit in Anspruch nehmen und weniger bürokratisch sind als beispielsweise eine Parteimitgliedschaft (vgl. Klatt/Walter 2011: 41). Dadurch würden sie „von einer breiten sozialen Basis wahrgenommen“ (Klatt/Walter 2011: 41). Gleichzeitig gebe es aber auch Hinweise darauf, dass moderne gesellschaftliche Partizipationsformen „bereits bestehende Ungleichheiten hinsichtlich des Einkommens- und Bildungsgrades von Bürgern erweitern“ (Klatt/Walter 2011: 42), was u. a. mit veränderten Anforderungen an die Teilnehmenden zusammenhänge (Klatt/Walter 2011: 42). Zudem spielen „soziokulturellen und habituellen Divergenzen“ (Klatt/Walter 2011: 44) eine Rolle.

Praktisch aufgegriffen wurde das Konzept mobilisierender bzw. aktivierender Methoden bisher nur von einigen wenigen Projekten wie etwa von den sogenannten *Citizens' Assemblies*, welche auch als Vorbild für einige Bürger*innenbeteiligungsprojekte in Deutschland dienen. In den Medien wird dieses Beteiligungskonzept häufig als innovatives Demokratiewerkzeug beschrieben, mit welchem Bürger*innen je nach jeweiliger Ausgestaltung an Diskussionen oder auch Politikberatungen teilnehmen können und so das Gefühl bekommen, „die Politik in ihre eigenen Hände“ (Osztovcics 2019) nehmen zu können. Kennzeichnend für Projekte dieser Art ist vor allem, dass sie inklusiv arbeiten, und diejenigen beteiligen wollen, die häufig nicht an demokratischen Prozessen teilnehmen (vgl. *Citizens' Assemblies* o. D.). In diesem

Zusammenhang haben sich verschiedene Ausgestaltungen mobilisierender Methoden entwickelt, welche jedoch wenig erforscht sind (vgl. Citizens' Assemblies o. D.).

An dieser Stelle muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass für die Bezeichnung solcher Bürger*innenbeteiligungsformate häufig keine einheitlichen Begriffe existieren bzw. diese in unterschiedlichen Kontexten entweder durcheinander oder für verschiedene Formate synonym verwendet werden. Die Demokratieforscher*innen Graham Smith und Maija Setälä haben diese Problematik aufgegriffen und eine Art Typologisierung verschiedener Bürger*innenbeteiligungsformate vorgenommen. Als Überbegriff bezeichnen sie diese als *mini-publics* (vgl. Smith/Setälä 2018) und definieren sie als „a space within which a diverse body of citizens who would not otherwise interact is selected randomly to reason together about an issue of public concern“ (Smith/Setälä 2018: 1). Diese mini-publics können unterschiedliche Ausgestaltungen haben, welche je nach Form und Ort u. a. als *Planning cell*, *consensus conference*, *Deliberative poll* oder *Citizens' assembly* bezeichnet werden (vgl. Smith/Setälä 2018: 3).

Die Autor*innen weisen in diesem Zusammenhang auf die Debatte über Zufallsauswahl im Vergleich zur Auswahl nach bestimmten soziodemographischen Kriterien hin. Während die Zufallsauswahl sicherstelle, dass jede*r Bürger*in die gleiche Chance hat teilzunehmen, gewährleiste die Verwendung von Quoten die Präsenz verschiedener sozialer Gruppen und Perspektiven – nicht nur um ihre Teilnahme sicherzustellen, sondern auch um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass ihre Stimme gehört werde (vgl. Smith/Setälä 2018: 4).

An dieser Stelle soll das folgende Forschungsprojekt ansetzen. Ziel dieser Arbeit ist es, die Methoden zur Mobilisierung und Aktivierung von unterrepräsentierten gesellschaftlichen Gruppen tiefergehend zu untersuchen. Zudem soll aufgezeigt werden, dass auch Bürger*innenbeteiligungsformate existieren, welche sich in ihrer Konzeptionierung außerhalb von Deliberation und Zufallsauswahl bewegen.

2.3 Arbeitsdefinition Stille Gruppen

Der Begriff der Stillen Gruppen wird in dieser Arbeit verwendet, um deutlich zu machen, dass es nicht allein um Minderheiten oder marginalisierte Gruppen geht, sondern allgemeiner um Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht partizipieren. Diese, sich nicht oder nur selten am politischen Prozess beteiligenden Menschen, sollen unter dem Begriff „Stille Gruppen“ verstanden werden. Vereinzelt werden diese Stillen Gruppen in den Projekten konkret benannt und als Zielgruppe fokussiert, wie beispielsweise beim DK Frankfurt. Bödeker bietet für die Definition einen wichtigen Anreiz, denn nach seinen Überlegungen sind das politische Interesse und die Überzeugung, etwas verändern zu können, zentrale Voraussetzungen für politische

Partizipation (vgl. Bödeker 2012b: 2). Diese beiden Aspekte sind allerdings mit der Einkommenshöhe und dem Bildungszugang verbunden (vgl. Bödeker 2012b: 2). Demnach sind Menschen mit geringerem Einkommen und geringerer Bildung Teil der Stillen Gruppen.

Auch der Bürgerhaushalt Stuttgart nutzt den Begriff der Stillen Gruppen auf Grundlage der sogenannten Sinus-Milieus. Diese Sinus-Milieus werden vom Sinus-Institut regelmäßig anhand der Kriterien „soziale Lage“ und „Grundorientierung“ untersucht (vgl. Sinus-Institut 2020). Beim Kriterium der sozialen Lage wird zwischen der Unteren Mittelschicht/Unterschicht, der Mittleren Mittelschicht und der Oberen Mittelschicht/Oberschicht unterschieden (vgl. Sinus-Institut 2020). Die Grundorientierung wird in Tradition, Modernisierung/Individualisierung und in Neuorientierung unterteilt (vgl. Sinus-Institut 2020). Hieraus ergeben sich nach den Untersuchungen für Deutschland verschiedene gesellschaftliche Milieus:

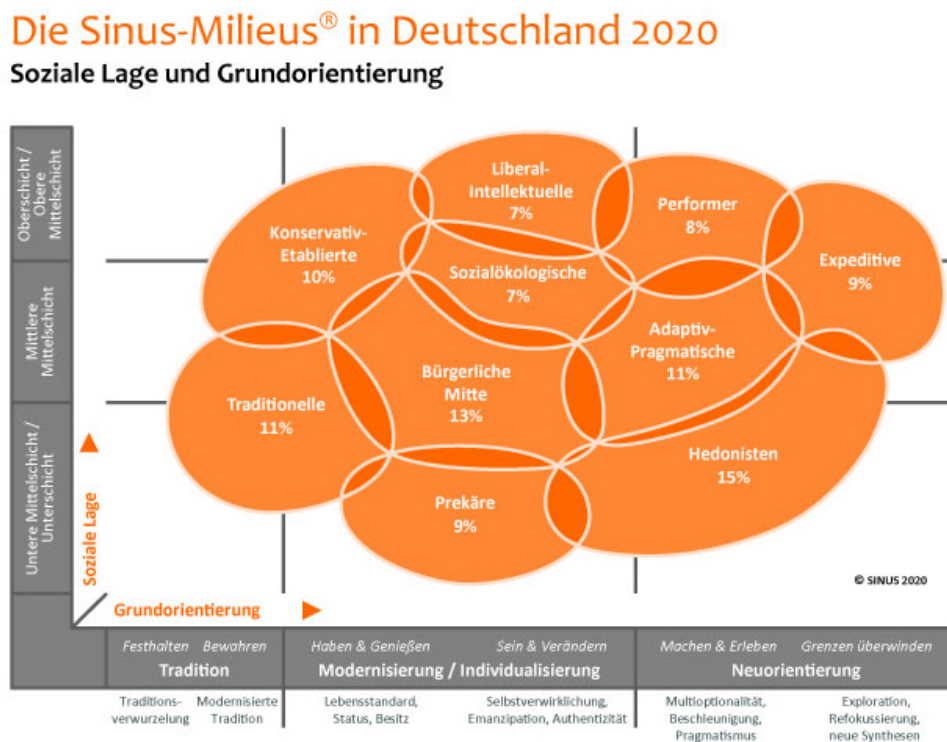


Abbildung 2: Sinus-Milieus in Deutschland 2020 (Sinus-Institut 2020).

Nach den Untersuchungen des Sinus-Instituts lassen sich für einen Teil dieser Milieus bestimmte Probleme bzw. Sorgen erkennen. Hinsichtlich des Milieus „Prekäre“ ist anzumerken, dass diese oftmals sozial benachteiligt werden und Ausgrenzung erfahren (vgl. Sinus-Institut 2020). Dieses Milieu ist als Unterschicht einzuordnen, welche mit dem Konsumverhalten der gesellschaftlichen Mitte mithalten möchte (vgl. Sinus-Institut 2020). Die Traditionellen, die der traditionellen Arbeiterkultur angehören, fühlen sich teilweise abgehängt. In diesem Milieu ist Resignation verbreitet (vgl. Sinus-Institut 2020). Die Bürgerliche Mitte

wird auch als *Mainstream* beschrieben und ist unter anderem mit Überforderung und Abstiegsängsten konfrontiert (vgl. Sinus-Institut 2020). Das Konservativ-Etablierte Milieu hingegen zeichnet sich durch seine Exklusivitäts- und Führungsansprüche aus und definiert sich durch seine gesellschaftliche Stellung (vgl. Sinus-Institut 2020). Jedes Milieu bringt letztlich seine Eigenheiten mit sich und ist innerhalb der Gesellschaft mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. In Bezug auf den Stuttgarter Bürgerhaushalt wurden nach Angabe der Interviewten die Stillen Gruppen unter anderem im Prekären Milieu lokalisiert, da diese Menschen in erster Linie mit dem (finanziellen) Überleben beschäftigt sind und daher politische Partizipation keine Priorität hat. Das traditionelle Milieu wird ebenso fokussiert, da diese Menschen Modernisierungen gegenüber abgeneigt sind und damit beispielsweise ein geringes Interesse an Medien haben. Als drittes Milieu, in dem der Stuttgarter Bürgerhaushalt Stille Gruppen verortet, ist das Konservativ-Etablierte Milieu. Begründet wird dies mit dem Exklusivitätsanspruch des Milieus und der gesellschaftlichen Position.

In Verbindung mit den Erkenntnissen des Stuttgarter Bürgerhaushaltes und basierend auf Bödeker sind Stille Gruppen grundsätzlich im Prekären Milieu, im Konservativ-Etablierten und im Traditionellen Milieu vorzufinden.

Anzumerken ist, dass in der verwendeten Literatur vermehrt von *Minderheitsinteressen* oder *marginalisierten* Menschen die Rede ist. Da die Autor*innen diese Begrifflichkeiten verwenden, werden sie als indirekte und direkte Zitate übernommen. Darüberhinausgehend wird in der Forschungsarbeit, aus den genannten Gründen, der Begriff der Stillen Gruppen priorisiert.

3 Hypothesen

Für die Bearbeitung des Forschungsprojekts wurden fünf Hypothesen entwickelt. Diese Hypothesen haben sich im Laufe des Projekts einige Male verändert bzw. wurden noch präziser an den Forschungsgegenstand und das Datenmaterial angepasst. Zunächst wurden diese deduktiv aus der vorhandenen Theorie abgeleitet. Unter Berücksichtigung des Materials sowie der Einbeziehung neuer theoretischer Grundlagen wurden die Hypothesen im Verlauf des Forschungsprojektes immer wieder induktiv angepasst.

H1: Die Mobilisierung Stiller Gruppen² führt zur deren Teilnahme in demokratischen Innovationen.

H2: Mobilisierende Methoden berücksichtigen den Abbau von Hürden und erleichtern dadurch die Teilnahme für Stiller Gruppen an den untersuchten demokratischen Innovationen.

H3: Handelt es sich um eine aktive³ Methode, nehmen Personen an der demokratischen Innovation eher teil.

H4: Für den deliberativen Prozess bedarf es nicht nur der formalen Teilnahme, sondern auch einer qualitativen Teilhabe Stiller Gruppen, welche durch aktivierende Methoden im Prozess gefördert wird.⁴

H5: Durch das gezielte Kontaktieren und die Anpassung der Herangehensweise an die jeweilige Zielgruppe werden Interessen und Perspektiven Stiller Gruppen in den demokratischen Innovationen vertreten und miteinbezogen.

Nähere Erläuterungen zur Operationalisierung dieser Hypothesen sind in Kapitel 5.5 aufgeführt.

² Eine detaillierte Definition Stiller Gruppen findet sich in Kap. 2.3.

³ An dieser Stelle sind aktive Methoden in Abgrenzung zu eher passiven Methoden zu verstehen (siehe Erläuterung Kap. 5.5, Abb. 3).

⁴ Für das Verständnis der Hypothese ist die Differenzierung zwischen Teilnahme und Teilhabe zu bedenken. Mit *Teilnahme* ist eine einfache Beteiligung *am* Prozess gemeint, während *Teilhabe* die Beteiligung *im* Prozess meint (siehe auch Abb. 1).

4 Theoretischer Zugang und konzeptionelle Weiterentwicklungen

Die bereits erläuterte Forschungslücke macht deutlich, dass es wenig theoretische sowie empirische Untersuchungen zu mobilisierenden und aktivierenden Methoden in der Bürger*innenbeteiligung gibt. Dennoch liegen verschiedene Konzepte aus anderen wissenschaftlichen Bereichen vor, die als Orientierungsgrundlage dafür dienen können, ein eigenes theoretisches Konzept zu entwickeln.

Im Folgenden wird sich in mehreren Schritten einem eigenen theoretischen Zugang immer weiter angenähert. Zunächst wird die normative Bedeutung von demokratischer Partizipation erörtert. In einem zweiten Schritt wird auf das Problem der begrifflichen Bezeichnung und deren Veränderung im Forschungsprojektverlauf eingegangen. In den folgenden Unterkapiteln werden mobilisierende und aktivierende Methoden behandelt.

4.1 Normativer Rahmen

In diesem Abschnitt wird zunächst ein Forschungsstand über die relevantesten übergeordneten Theorien zur Partizipationsforschung sowie zum deliberativen Demokratieverständnis dargelegt. Diese Theorien geben Aufschluss darüber, warum bestimmte Partizipationsformen wichtig sind und warum es für eine demokratische Gesellschaft überhaupt relevant ist, Partizipation in allen Gesellschaftsschichten zu fördern. Dieser Forschungsstand dient daher als eine normative Hinführung zu konkreteren aufsuchenden Methoden.

Partizipation als Erziehung zu mündigen Bürger*innen

Das hier vorgestellte Forschungsvorhaben kann allgemein in das Feld der Partizipationsforschung eingeordnet werden. Im Jahr 1970 veröffentlichte Carole Pateman eine für die Partizipationsforschung richtungsweisende Demokratietheorie, welche sich von bisherigen Theorien abgrenzte und „the place of ‘participation’ in a modern, viable theory of democracy“ (Pateman 1970: 1) neu verhandelte. Vor allem kritisierte die Sozialwissenschaftlerin hierbei das Modell des Eliten-Wettbewerbs, welches davon ausgehe, dass eine umfassende Beteiligung der Zivilbevölkerung eher unpraktikabel für den demokratischen Prozess sei und daher verworfen werden solle (vgl. Pateman 1970: 2ff.). Bereits in den 70er Jahren stellte sie fest, was auch Bödeker für sozio-ökonomisch schwache Gruppen – wie oben beschrieben – in der repräsentativen Demokratie in Deutschland konstatiert:

„Data from large-scale empirical investigations into political attitudes and behaviour [...] have revealed that the outstanding characteristic of most citizens, more especially those in the lower socio-economic status [...] groups, is a general lack of interest in politics and political activity and further, that widespread non-democratic or authoritarian attitudes exist, again particularly among lower socio-economic status groups“ (Pateman 1970: 3).

Fälschlicherweise würde von vielen politischen Theoretiker*innen daraus der Schluss gezogen, dass Partizipation nicht zu einem nennenswerten Lernprozess beitrage und eine Teilnahme am demokratischen Prozess, durch die ihm oftmals fernbleibenden Gruppen, die Stabilität des demokratischen Regierungssystems untergraben könnte (vgl. Pateman 1970: 3). Pateman hingegen führt Partizipation als die zentrale Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft an, die in einem repräsentativen Demokratieverständnis nur unzureichend Berücksichtigung finde (vgl. Pateman 1970: 42 ff.). Um eine möglichst hohe Partizipation zu erreichen, müsse eine dahingehende Sozialisierung bzw. ein „social training’ for democracy“ (Pateman 1970: 42) stattfinden:

„This development takes place through the process of participation itself. The major function of participation in the theory of participatory democracy is therefore an educative one, educative in the very widest sense, including both the psychological aspect and the gaining of practice in democratic skills and procedures“ (Pateman 1970: 42).

Somit versteht Pateman Partizipation vor allem als „mechanism of personal development“ (Lyon 1971: 584). U. a. untersuchte sie in diesem Zusammenhang Partizipationsformen am Arbeitsplatz im ehemaligen Jugoslawien und fand heraus, dass

„not only will participation have a favourable effect on the individual in relation to the development of the sense of political efficacy, but that also it will not harm the efficiency of the enterprise, indeed it may increase it“ (Pateman, zitiert nach Lyon 1971: 584).

Vergleichbar argumentiert auch Benjamin Barber. 1984 veröffentlichte der US-amerikanische Politikwissenschaftler und Demokratietheoretiker das Buch *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*, welches zehn Jahre später auch in der deutschen Fassung erschien. Darin präsentiert er ein „Plädoyer für direkte, partizipatorische Demokratie in modernen Industriegesellschaften“ (Rosa 1995: 1066) und versieht dieses mit einer Reihe „konkreter, pragmatischer, praxisorientierter institutioneller Vorschläge“ (Rosa 1995: 1066). Ähnlich wie Pateman kritisiert er zunächst, wie unzureichend bestehende Demokratietheorien seien (vgl. Barber 1994: 64ff.). Insbesondere der Liberalismus habe der Demokratie „einen schlechten Dienst erwiesen“ (Barber 1994: 13), denn er verstehe Politik als „Raubtierhaltung“ (Barber 1994: 56), bei der Bürger*innen in ihrer Stimmgewalt „von ihren eigennützigen Interessen atomisiert werden, und weder auf soziale Beziehungen eingehen, noch in die Welt der Anderen eindringen“ (Barber 1994: 56). Als Gegenkonzept entwirft Barber die starke Demokratie als

„eine entschieden moderne Form partizipatorischer Demokratie. Sie beruht auf dem Gedanken einer sich selbst regierenden Gemeinschaft von Bürgern, die weniger durch einheitliche Interessen vereinigt sind als durch staatsbürgerliche Erziehung, und die eher aufgrund ihrer staatsbürgerlichen Einstellungen und partizipatorischen Institutionen als durch ihren Altruismus oder ihre Gutmütigkeit die Fähigkeit erworben haben, einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen und nach dem Gerechtigkeitsprinzip zu handeln“ (Barber 1994: 99).

Private Individuen entwickeln sich in der starken Demokratie nach Barber somit durch partizipative Selbstbestimmung in der politischen Gemeinschaft zu freien und mündigen Bürger*innen (vgl. Barber 1994: 99 ff.). Hieraus ergibt sich die normative Relevanz von Bürger*innenbeteiligungsformaten, welche in ihrer Gestaltung über repräsentative Demokratieelemente hinausgehen und den*die Bürger*in zu einem mündigen Mitglied der demokratischen Gesellschaft machen.

Im nächsten Abschnitt wird auf die Konzept- und Begriffsentwicklung des Forschungsprojektes eingegangen. Dies macht zugleich die allgemeine Problematik uneinheitlicher Begriffsverwendung in diesem Forschungsfeld deutlich.

4.2 Konzept- und Begriffsentwicklung der mobilisierenden und aktivierenden Methoden

Zu Beginn des Forschungspraktikums wurde die Methode, welche innerhalb des Forschungsprojektes untersucht wird, „aufsuchende Rekrutierung“ genannt. Der Ursprung dieser Begrifflichkeit liegt beim DK Frankfurt, da dieser sich im Rahmen des Seminars vorgestellt hatte. Die Erläuterungen zur Methode der aufsuchende Rekrutierung des DK Frankfurt dienten als Inspiration für diese Forschungsarbeit. Durch vertiefte Recherche sowie die geführten Interviews zeigte sich, dass andere Projekte/Vereine/Organisationen ähnliche Methoden anwenden, jedoch verschiedene Begrifflichkeiten nutzen. Sehr deutlich wurde dies beim Bürgerhaushalt Stuttgart, welcher die erste Interviewanfrage ablehnte, mit der Begründung, dass sie keine aufsuchende Rekrutierung durchführten. Nach nochmaligem Nachfragen zeigte sich, dass der Bürgerhaushalt sehr wohl ein aufsuchendes Format hat, sich lediglich nicht in dem verwendeten Begriff wiederfinden konnte. Es wurde reflektiert, dass dieses Missverständnis unter anderem auf den Begriff der aufsuchenden Rekrutierung im Verständnis von aktiven Methoden (z. B. an Türen klingeln, Ansprache in der Fußgängerzone, etc.) zurückzuführen ist. In dieser Forschungsarbeit werden jedoch auch passive Methoden, wie etwa das Verteilen von Flyern, miteinbezogen. Zwischenzeitlich wurde daher vom Forschungsteam der Begriff der „aktivierenden Methoden“ verwendet. Zudem wurde mit Blick auf die einzelnen Interviews darauf geachtet, die Begrifflichkeiten den jeweiligen Interviewpartner*innen anzupassen bzw. direkt nach den Bezeichnungen zu fragen.

Im Verlauf des Forschungsprojektes wurde deutlich, dass die untersuchten aufsuchenden Methoden in zwei Prozessphasen eingeteilt werden müssen, um sie im Folgenden besser analysieren zu können. Folgende Differenzierung wurde daraufhin entwickelt: Statt von aufsuchender Rekrutierung, wird von *mobilisierenden* Methoden gesprochen, wenn es um die allgemeine Teilnahme an einem Bürger*innenbeteiligungsprojekt geht. Darüber hinaus ist die

Rede von *aktivierenden* Methoden, wenn es um die Teilhabe innerhalb bzw. während des Prozesses geht (siehe hierzu auch Kap. 1, Abb. 1). Detailliertere Erläuterungen dieser Begrifflichkeiten werden in den folgenden Kapiteln (4.3 und 4.4) ausgeführt. Diese Differenzierung der Begrifflichkeiten und die Strukturierung in die zwei Schritte bzw. Phasen der Mobilisierung und Aktivierung zur Partizipation, werden an dieser Stelle als Zwischenergebnis der Forschungsarbeit festgehalten. Die dadurch entstandene Strukturierung in *Mobilisierung zur Teilnahme* und *Aktivierung zur Teilhabe* eröffnet dabei eine neue Perspektive auf die Debatte um Partizipation und ermöglicht eine explizite Betrachtung. So werden die angewendeten Methoden anhand dieser Struktur ausgewertet und analysiert. Darüber hinaus findet so eine eindeutige Abgrenzung der Begrifflichkeiten statt, die als klare Definition für weitere Forschungsvorhaben zur Strukturierung dienen kann.

4.3 Mobilisierende Methoden

Die ersten Recherchen zum theoretischen Hintergrund des Forschungsthemas zeigten, dass speziell zum Thema mobilisierender/aktivierender Rekrutierung/Beteiligung Stiller Gruppen wenig bis keine Literatur vorhanden ist. Dies bestätigte sich auch in den Gesprächen mit den Interviewpartner*innen. Zudem zeigte sich in diesem Zusammenhang, dass nicht nur die Art der Methode von Projekt zu Projekt variiert, sondern auch die Bezeichnung dieser. Dies macht es auch den Projekten selbst schwer, mit anderen ähnlichen Organisationen/Vereinen in Kontakt zu treten. Als Basis für die Erschließung eines theoretischen Zugangs wird daher auf einzelne Elemente verschiedener Konzepte zurückgegriffen und daraus ein eigenes theoretisches Konzept entwickelt.

Als besonders ergiebig für eine theoretische Annäherung an die zu untersuchenden mobilisierenden Methoden erwies sich eine nähere Beschäftigung mit aufsuchenden Methoden in der Sozialen Arbeit. Die aus dieser Disziplin entnommenen Ansätze des *Streetworking* und der aktivierenden Befragung weisen Überschneidungen mit mobilisierenden/aktivierenden Methoden innerhalb demokratischer Innovationen auf bzw. waren laut einigen interviewten Expert*innen richtungsweisend bei der Entwicklung der jeweiligen mobilisierenden/aktivierenden Methode. Auch die Mobilisierungsmethode des *Grassroot-Campaigning* wird für eine genauere Begriffsbestimmung herangezogen. Die genannten Ansätze werden im Folgenden kurz erläutert.

4.3.1 *Streetwork* und aufsuchende Formate innerhalb der Sozialen Arbeit

Streetwork (zu deutsch: Straßensozialarbeit) ist eine methodische Vorgehensweise, die in unterschiedlichen Praxisfelder der Sozialarbeit angewandt wird. Gref definiert die Herangehensweise des Ansatzes wie folgt:

„Streetwork ist eine Kontaktform im Sinne aufsuchender Arbeit. StreetworkerInnen arbeiten nicht (nur) in den Räumen einer Institution, sondern begeben sich (auch) in das unmittelbare Lebensumfeld ihrer Zielgruppe, indem sie deren informelle Treffpunkte aufsuchen: Straßenecken, Scenetreffs, Parks, öffentliche Plätze, Ladenpassagen, Fußgängerzonen, Spiel- und Bolzplätze, Schulhöfe, Kneipen, Discos, Spielcenter sowie teilweise auch Privaträume und Wohnungen.“ (Gref 1995: 13).

Ursprünglich stammt der Ansatz aus den Vereinigten Staaten und wurde in der Arbeit mit gefährdeten bzw. bereits delinquenten Jugendlichen entwickelt (vgl. Specht 1989: 80 f.). In Deutschland wird der *Streetwork*-Ansatz in der Sozialen Arbeit seit den 1970er Jahren verstärkt besprochen und führte zu unterschiedlichen Projektgründungen (vgl. Kiebel 1995: 21). Mittlerweile betrifft er als Arbeitsfeld nicht nur den „Lebensraum Straße“ (Gusy/Farnir 2016), sondern dient als Sammelbegriff für die aufsuchende Arbeit beispielsweise mit Fankulturen, Prostituierten, Migrant*innen oder Drogenkonsument*innen, die nur teilweise auf der Straße anzutreffen sind. In jüngster Zeit kommt außerdem die für einige Zielgruppen wichtige digitale Lebenswelt hinzu, auch virtuell wird mittlerweile aufsuchende Arbeit durch Sozialarbeiter*innen betrieben (vgl. Gusy/Farnir 2016). Zentrale Merkmale aufsuchender Formate, die aus der Straßensozialarbeit hervorgehen sind, bleiben jedoch die „Nähe zur Lebenswelt sowie das aktive Zugehen auf Personen oder Gruppen, die durch das etablierte oder gesundheitsbezogene Versorgungssystem nicht oder nur schwer erreicht werden“ (Gusy/Farnir 2016).

Nach Gusy/Farnir (2016) lässt sich die Arbeit der Straßensozialarbeit bzw. aufsuchende soziale Arbeit allgemein in drei Bereiche einteilen: erstens die Kontaktaufnahme sowie der Kontaktaufbau, zweitens die Initiation eines Veränderungsprozesses und drittens die unterstützende Begleitung eines Veränderungsprozesses. An erster und wichtigster Stelle steht zunächst die Herstellung und Aufrechterhaltung eines Kontaktes, wozu für die jeweilige Zielgruppe wichtige Treffpunkte bekannt sein müssen und dort seitens der Akteur*innen der aufsuchenden sozialen Arbeit Präsenz gezeigt werden sollte. Für den Beziehungsaufbau und das Schaffen von Vertrauen sind Initiative, Kontaktfreudigkeit und Ausdauer gefragt und stoßen nach Möglichkeit einen Veränderungsprozess in der Lebenswelt der Zielgruppen an, der lebenswelt- und problembezogen ist und auf akute Bedarfe der Adressat*innen eingeht. Die unterstützende Begleitung durch Sozialarbeiter*innen soll die Aufrechterhaltung des Veränderungswunsches gewährleisten und bei der Bewältigung von Hürden als Unterstützung

fungieren, durch praktische und zeitlich begrenzte Unterstützungsleistungen und akute Krisenintervention (vgl. Gusy/Farnir 2016).

Wendt (2017) formuliert sieben zentrale Arbeitsprinzipien, die bei der aufsuchenden sozialen Arbeit gegenüber den Adressat*innen gelten: Niederschwelligkeit, Bedürfnis- und Lebensweltorientierung in Bezug auf die Adressat*innen, Freiwilligkeit der Zielgruppe, Akzeptanz, Vertrauensschutz und Anonymität, Parteilichkeit und interkulturelle Dialogfähigkeit.

Aus dem Konzept der *Streetwork* ist u. a. die soziale Arbeit – auch abseits der Straße – hervorgegangen. In einigen Praxisfeldern ist die Soziale Arbeit seit langem bewährt und dem Ansatz wird sowohl von Adressat*innen als auch von Sozialarbeiter*innen großes Potenzial für das Erreichen stiller Gruppen zugesprochen (vgl. Gusy/Farnir 2016). Auch außerhalb der klassischen sozialen Arbeit ist dieser Ansatz anwendbar und bietet insbesondere für demokratische Innovationen Inspirationen, um die Kontaktaufnahme und Mobilisierung von exkludierten Gruppen zu ermöglichen.

4.3.2 Aktivierende Befragung

Ebenso von Bedeutung für diese Forschungsarbeit ist, als eine zentrale Methode der Sozialen Arbeit und Gemeinwesenarbeit in einem Stadtviertel bzw. Quartier, die aktivierende Befragung (vgl. Stoik 2009: 1). Ziel dieser Methode ist es, die Bewohner*innen eines Gemeinwesens bei ihrer Interessenorganisation bzw. Interessen-Solidarisierung zu unterstützen (vgl. Stoik 2009: 1). Bei der aktivierenden Befragung geht es nach Wendt darum, „Menschen einzuladen, sich zu äußern, und dabei Zugangshürden (z. B. unbekannte Orte aufsuchen zu sollen) abzubauen“ (Wendt 2017: 338). Denn oftmals blieben Beteiligungsverfahren in der Gemeinwesenarbeit symbolisch, weil fälschlicherweise davon ausgegangen werde, dass Menschen sich von sich aus einbrächten, Einladungen folgten und ihre Bedürfnisse äußerten (vgl. Wendt 2017: 338). Bei der aktivierenden Befragung wird stattdessen ein personenzentrierter Zugang gewählt, bei dem die Befragten zu Beteiligten werden (vgl. Stoik 2009: 1).

Bei einer aktivierenden Befragung werden den Bewohner*innen eines Stadtviertels bzw. Quartiers wenige, offen gehaltenen Leitfragen gestellt, beispielsweise „Wie finden Sie es in ...?“, „Haben Sie Ideen wie sich hier etwas verändern könnte?“, „Sind Sie bereit dafür etwas zu tun?“ (Wendt 2017: 339). Die Antworten der Befragten werden protokolliert bzw. aufgezeichnet. Nach Wendt lässt sich eine aktivierende Befragung in mehrere Phasen gliedern, die nacheinander erfolgen (vgl. Wendt 2017: 339).

Zunächst soll ein Vorhaben festgelegt werden. Anschließend Voruntersuchungen und erste Auswertungen können klären, welche Hindernisse sich bei der Befragung auftun könnten,

beispielsweise sprachliche Hürden, die durch die Hilfe mehrsprachiger Interviewer*innen umgangen werden können. Eine Auswertung des ersten Tests lässt dann Rückschlüsse darüber zu, wie sich die weitere Organisation der Vorgehensweise gestaltet, etwa in Bezug auf die Auswahl des Befragungsgebiets. Vor der Durchführung der Befragung werden die Interviewer*innen mit Trainings darauf vorbereitet. Außerdem sollte die Untersuchung im Quartier vorher mittels Handzetteln und persönlichen Anschreiben angekündigt und beworben werden (vgl. Wendt 2017: 339).

Die Auswertung der aktivierenden Befragung erfolgt im ersten Schritt auf Grundlage vorher festgelegter Schlüsselbegriffe und Kategorien, nach denen die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst werden. Nach der Auswertung der Befragungsergebnisse sollen die Bewohner*innen des betreffenden Quartiers über die zentralen Ergebnisse der Befragung informiert werden, sowie nach Möglichkeit die Bildung von Aktionsgruppen, die sich den geäußerten Themen und Problemen widmen, organisiert werden. Wendt betont, dass es bei einer solchen Veranstaltung zentral sei, dass die Diskussion nicht von Professionellen dominiert werde (vgl. Wendt 2017: 339f). Zuletzt ist zu gewährleisten, dass die gebildeten Gruppen von Sozialarbeiter*innen unterstützt werden und von ihnen eher kleinere, greifbare und erfolgsversprechende Projekte bearbeitet werden, sodass „möglichst bald deutlich wird: Hier geschieht etwas ... Gemeinsame Beschwerdebriefe, Einladungen an zentrale Personen aus Politik und Verwaltung, Ortstermine mit behördlichen sind möglicherweise erste konkrete Aktionen, die zeigen, dass hier ‚nicht nur geredet wird‘“ (Lüttringhaus/Richers 2013: 384; vgl. Wendt 2017: 339).

Lüttringhaus und Richers zufolge stellt der Ansatz der aktivierenden Befragung, sofern er in ein längerfristiges Konzept der Quartiersentwicklung eingebettet wird, „ein gutes Instrument für die Grundmobilisierung in einem Quartier“ (Lüttringhaus/Richers 2013: 389) dar. Hier zeigen sich Parallelen zu den innerhalb demokratischer Innovationen angewandten mobilisierenden und aktivierenden Methoden, die in diesem Forschungsprojekt untersucht werden. Besonders hervorzuheben sind die Aspekte der sprachlichen Hürden, der Ankündigungen vor einem Besuch und das Gefühl der Wirksamkeit des Erarbeiteten.

4.3.3 Grassroot-Campaigning

Das Prinzip des *Grassroot-Campaigning* beschreibt eine Kommunikations- und Aktionsform, die eine Graswurzel-Aktion von unten sowie eine zentralisierte Kampagnenführung von oben beinhaltet (vgl. Speth 2013: 8). Auf diesem Weg können diverse Bevölkerungsgruppen mobilisiert werden (vgl. Speth 2013: 8). Das *Grassroot-Campaigning* umfasst unterschiedliche Methoden, die angewandt werden, wobei in erster Linie auf klassische Methoden

zurückgegriffen wird (vgl. Neumann 2013: 114). Dazu zählen unter anderem die Hausbesuche, die vorgenommen werden (vgl. Neumann 2013: 116). Mit dieser Methode kann direkter Kontakt aufgenommen werden und ggf. können Materialien verteilt werden, die die Personen sonst nicht erreicht hätten (vgl. Neumann 2013: 116). Neben Hausbesuchen sind Aktionen im öffentlichen Raum typisch für das *Grassroot-Campaigning* (vgl. Neumann 2013: 117). Diese Aktionen werden in erster Linie an zentralen Orten in Städten unternommen und finden beispielsweise an Wochenmärkten, Spielplätzen oder in Kneipen statt (vgl. Neumann 2013: 117). Über die Methode des *Microtargeting* werden mittels einer Vorhersagenanalyse Daten über Einkommen und Konsumgewohnheiten mit politischen Empfänglichkeiten verbunden, was schließlich als Basis für das *Direct Mailing*, das Anschreiben potentieller Wähler*innen per E-Mail, genutzt wird (vgl. Neumann 2013: 117). Letztlich werden im Rahmen des *Grassroot-Campaigning* auch persönliche Netzwerke wie Vereine und soziale Netzwerke miteinbezogen, die sowohl die Kommunikation zu den eigenen Mitgliedern als auch die Kommunikation mit den Wähler*innen erleichtert (vgl. Neumann 2013: 118). Für das Forschungsvorhaben relevant sind im Wesentlichen die Methoden der Hausbesuche, Aktionen im öffentlichen Raum sowie die Kontaktaufnahme durch bereits bestehende Netzwerke, wie beispielsweise Vereine.

4.3.4 Begriffserläuterung Mobilisierung und politische Teilnahme

Für die Erarbeitung einer eigenen Definition werden die drei vorgestellten methodischen Ansätze zu Grunde gelegt und ein neues Konzept der Mobilisierung aus einzelnen Elementen zusammengefasst. Das Forschungsteam versteht unter mobilisierenden Methoden die bewusste und aktive Kontaktaufnahme mit bestimmten Gruppen, um zur Teilnahme an demokratischen Innovationen und Entscheidungen zu motivieren. Dabei ist der mobilisierende Moment zentral. Angelehnt an den Ansatz des *Streetworking* bzw. der aufsuchenden Sozialarbeit geht es bei mobilisierenden Methoden darum, aus den etablierten Institutionen herauszutreten und die Nähe zur Lebenswelt von Gruppen zu suchen, die üblicherweise nicht an demokratischen Innovationen bzw. an demokratischen Prozessen allgemein partizipieren (vgl. Gusy/Farnir 2016). Dabei stehen insbesondere die Niederschwelligkeit, die Freiwilligkeit und die Orientierung an den Bedürfnissen der Adressat*innen im Vordergrund (vgl. Wendt 2017: 329). Die Ansprache der Stillen Gruppen erfolgt, angelehnt an die Vorgehensweise des *Grassroot-Campaigning* und der aktivierenden Befragung durch gezielte Kampagnenführung, z. B. durch Hausbesuche, Präsenz im öffentlichen Raum oder persönliche Netzwerke (vgl. Speth 2013: 118). Solche persönlichen Netzwerke können beispielsweise in Vereinen bestehen, welche

wiederum ihre Mitglieder mobilisieren. Bei dieser Art der Mobilisierung wird auch von sogenannten Multiplikator*innen gesprochen.

Im besten Fall sollen mobilisierende Methoden bei den Adressat*innen einen Veränderungsprozess anstoßen, bei dem die Gewinnung und die aktive Teilnahme an der demokratischen Innovation das Gefühl der demokratischen Selbstwirksamkeit erzeugt bzw. verstärkt (vgl. Gusy/Farnir 2016). Es handelt sich somit um eine Grundmobilisierung Stiller Gruppen, die nach Möglichkeit eine mobilisierende Wirkung bei den Adressat*innen auslöst (vgl. Lüttringhaus/Richers 2013: 389). Nach einem deliberativen Demokratieverständnis trägt die verstärkte Teilnahme Stiller Gruppen außerdem zu einem gleichberechtigteren Austausch der Teilnehmenden bei (vgl. Remer 2019: 9).

Zur Abgrenzung der politischen Beteiligungsprozesse ist neben der Definition der Methoden auch die *Teilnahme* von der *Teilhabe* zu differenzieren. Für das Forschungsvorhaben beruhend auf der vorab erläuterten Theorie, wird politische Teilnahme als das gelungene Ergebnis von mobilisierenden Methoden verstanden, nämlich, dass Bürger*innen bei deliberativen Projekten/Veranstaltungen zunächst einmal anwesend sind. Die Arbeitsdefinition zu politischer Teilhabe ist in einem späteren Kapitel aufgeführt (siehe Kap. 4.4.3).

4.4 Aktivierende Methoden

Wie im vorherigen Kapitel dargestellt, beziehen sich mobilisierende Methoden auf die Rekrutierung von Personen für demokratische Verfahren. Genauso interessant für dieses Forschungsprojekt sind aktivierende Methoden, die während eines demokratischen Verfahrens angewendet werden. Im nächsten Schritt findet eine Beschäftigung mit den Grundlagen der deliberativen Demokratie und ihrer praktischen Umsetzung statt, anschließend wird auf wichtige Begriffserläuterungen eingegangen.

4.4.1 Deliberative Demokratie

Bevor im Folgenden die Charakteristika deliberativer Demokratie erläutert werden, soll zunächst der Unterschied zur partizipativen Demokratie hervorgehoben werden:

„Während die partizipative Demokratietheorie effektive Beteiligung einfordert, formuliert die deliberative Demokratietheorie, auf welche Weise im Rahmen dieser Beteiligung Entscheidungen zustande kommen sollen“ (Remer 2019:10).

Unter dem Begriff der Deliberation ist ein kommunikativer Prozess zu verstehen, der einen gleichberechtigten Austausch beinhaltet (vgl. Remer 2019: 9). Dabei findet eine rationale Bewertung der gemeinwohlorientierten Argumente statt (vgl. Remer 2019: 9). Der wohl wichtigste Theoretiker, der hinter der deliberativen Demokratie steht, ist der deutsche

Sozialphilosoph Jürgen Habermas, der sich auf die überzeugende Begründung der Geltung von Normen fokussiert (vgl. Alcántara et al. 2016: 35). Habermas spricht hier davon, dass

„in dem Maße, in dem mündige Bürger unter Bedingungen einer politisch fungierenden Öffentlichkeit, durch einsichtige Delegation ihres Willens und durch wirksame Kontrolle seiner Ausführung, die Einrichtung ihres gesellschaftlichen Lebens selbst in die Hand nehmen, wird personale Autorität in rationale überführbar. Das würde den Charakter von Herrschaft verändern; [...] Demokratie verwirklichte sich erst in einer Gesellschaft mündiger Menschen.“ (Habermas 1973: 12).

Die grundlegende Idee liegt in der Überzeugung durch das bessere Argument, allerdings ist dies aufgrund von Macht- und Interessensaspekten innerhalb der Politik in der Realität kaum umsetzbar (vgl. Remer 2019: 9). Deliberative Demokratie zeichnet sich schließlich dadurch aus, dass die Deliberation sowohl in den Institutionen als auch in den Normen und Praktiken ihren Platz hat (vgl. Remer 2019: 10). Habermas ordnet sein deliberatives Verständnis von Demokratie als „Verfahrensbegriff der Demokratie“ (Habermas 1992: 349) ein.

In dieser Demokratietheorie liegt der Fokus darauf, wie im Kontext der Beteiligung Entscheidungen getroffen werden (vgl. Remer 2019: 10). Die lokale Ebene spielt eine wichtige Rolle, da sie hinsichtlich der Potentiale von Bürger*innen einen wichtigen Beitrag für die Demokratie leisten kann und zudem Legitimationspotential für höhere Ebenen bietet (vgl. Remer 2019: 12). Anzumerken ist, dass der Grad der Partizipation der Bürger*innen von materiellen sowie immateriellen Faktoren abhängig ist (vgl. Remer 2019: 48).

Wie schon angedeutet nimmt der Diskurs eine zentrale Rolle in der deliberativen Demokratie ein (vgl. Albrecht 2010: 36). Die Charakteristika dieser Theorie sind zum einen die kommunikative Konstitution von Gesellschaft und Staat, der Begriff der Öffentlichkeit und die Theorie des Diskurses (vgl. Albrecht 2010: 36). Damit erhalten die Gesellschaft als Akteur und Gegenstand politische Herrschaft und der Prozess des Politischen inklusive seiner verschiedenen Verfahren eine hohe Bedeutung (vgl. Albrecht 2010: 36). Die Gesellschaft bzw. Zivilgesellschaft artikuliert ihre politischen Interessen und handelt im Rahmen der Öffentlichkeit (vgl. Albrecht 2010: 38). Der Staat stellt in der deliberativen Theorie ein politisches System dar, das nach seiner eigenen Logik handelt (vgl. Albrecht 2010: 38). Doch der Staat berücksichtigt in seinen politischen Entscheidungen die Gesellschaft, da die politischen Entscheidungen als Institutionalisierung von Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung angesehen werden (vgl. Albrecht 2010: 38). Somit ist die „Rolle des Staates die Umwandlung der kommunikativ erzeugten Macht der Öffentlichkeit in administrative Macht“ (Albrecht 2010: 38). Mit Hilfe des öffentlichen Austauschs werden in einer deliberativen Demokratie Minderheitsinteressen berücksichtigt, die bei Mehrheitsentscheidungen eher untergehen können (vgl. Gaus 2014: 33). Die rationale Beurteilung und das logische Abwägen

der Argumente können der Missachtung von Minderheitsinteressen entgegenwirken (vgl. Gaus 2014: 33f.).

In der Literatur finden sich Beispiele von Beteiligungsprozessen, die in ihrer Art der Ausgestaltung die Beteiligung besonders fördern sollen. In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die *Open Space Technology* (OST) spannend, bei der Diskussionen mit einer Gruppengröße von bis zu 2500 Personen veranstaltet werden (vgl. Owen 2008: 160). Zentral bei der OST ist die Schaffung eines offenen Raumes und eine grundsätzliche Atmosphäre von Offenheit und Gleichheit (vgl. Owen 2008: 162f.). Begleitet wird die Diskussionsveranstaltung von einer vermittelnden Person, die sich jedoch bei dem Austausch der verschiedenen Standpunkte zurückhält, sodass die Teilnehmenden sich selbst organisieren (vgl. Owen 2008: 162).

Auch das sogenannte „World Café“ bietet Teilnehmenden die Möglichkeit, über bestimmte Anliegen zu sprechen und Ziele festzulegen (vgl. Steier et al. 2008: 167). Wie bei der OST ist auch hier die Atmosphäre von Bedeutung, die zu Beginn der Veranstaltung im Sinne eines Cafés hergestellt wird und sich am Konzept des „third place“ nach Oldenburg orientiert (vgl. Steier et al. 2008: 167). Themen und Fragestellungen werden schließlich in Kleingruppen diskutiert, wobei die Teilnehmenden in den Gruppen wechseln (vgl. Steier et al. 2008: 167). Das *World Café* basiert auf verschiedenen Prinzipien, darunter das gastfreundliche Ambiente, gemeinsame Kontextdefinition sowie Perspektivenaustausch und -verknüpfung (vgl. Steier et al. 2008: 168). Ein Mittel, mit dem die Diskussionen im *World Café* unterstützt werden sollen, ist der Dialogstein (vgl. Steier et al. 2008: 171). Zwecks der Entschleunigung von Gesprächen oder zur Förderung der Aufmerksamkeit wird dieser Stein genutzt und die Person, die diesen hält, darf sprechen (vgl. Steier et al. 2008, 171).

Sowohl die *Open Space Technology* als auch das *World Café* stellen Beteiligungsprozesse dar, die in ihrer Ausgestaltung die Diskussion unter den Teilnehmenden fördern sollen. Bei beiden Beispielen scheint die Atmosphäre, in der die Veranstaltungen stattfinden, entscheidend zu sein. Die Diskussion in Kleingruppen ist ebenso ein wichtiges Element in diesem Zusammenhang. Aufgrund der Komplexität, die die Kommunikation in Diskussionen mit sich bringt, ist ein*e Moderator*in als Unterstützung der Veranstaltungen hilfreich (vgl. Groß 2018: 5). Auf diese Weise kann die Kommunikation zielorientiert und effektiv sowie effizient gestaltet werden (vgl. Groß 2018: 5). Mit der Moderation sollen letztlich die Funktionen des Gestaltens des Kommunikationsprozesses, die Begleitung der Gruppeninteraktion und die Steuerung des Informationsflusses erfüllt werden (vgl. Groß 2018: 14). Daraus ergibt sich, dass die Moderation ein wichtiger Aspekt in Beteiligungsprozessen in Form von Diskussionen ist und sie schließlich zur Qualität dieser Diskussionen beiträgt. Neben dem Aspekt der

Moderation sind auch die Punkte der Atmosphäre und die Gestaltung der Diskussionsveranstaltungen von Bedeutung für diese Forschungsarbeit.

Das wohl prominenteste und wirkungsmächtigste Verfahren, welches im Habermasschen Sinne als deliberativ eingeordnet werden kann, sind die *Citizens' Assemblies* in Irland. Sie existieren seit 2008 und setzen sich aus 99 zufällig ausgewählten irischen Bürger*innen zusammen. Diese werden via persönlicher Ansprache rekrutiert und beraten über wichtige nationale Themen (vgl. Vancic 2019). Insbesondere bei der jüngsten Reform bezüglich der Abtreibungsgesetzgebung in Irland 2017/2018 spielten die *Citizens' Assemblies* eine maßgebliche Rolle (vgl. Reidinger/Wezel 2018: 105). Im Vorlauf des anstehenden Referendums wurden bei der Rekrutierung bewusst folgende Personengruppen nicht angesprochen: Parteimitglieder bzw. Politiker*innen; Personen, die als Journalist*innen oder allgemein in der Medienbranche arbeiten; Personen, die sich politisch für Geschlechtergerechtigkeit engagiert haben; Personen, die nicht legal an einem anstehenden Referendum teilnehmen können (vgl. *The Citizens' Assembly* o.D.). Auf diese Weise sollen gesellschaftliche Gruppen, die von sich aus wenig aktiv wären, eine Chance auf Beteiligung erhalten. Die *Citizens' Assemblies* arbeiten Empfehlungen aus, die allerdings nicht bindend für das Parlament sind (vgl. Blassnig o.D.). Auch in Deutschland wurde das in Irland praktizierte Modell der Bürger*innenräte vielfach diskutiert und von Initiativen wie *Es geht LOS* oder *Bürgerrat Demokratie* versucht zu etablieren (vgl. *Bürgerrat Demokratie* o.D.; *Es geht LOS* o.D.).

4.4.2 Qualität der Teilhabe

Wie in den bisherigen Erläuterungen und auch in den Hypothesen bereits angedeutet wurde, geht es nicht allein darum, dass Menschen pro forma an demokratischen Innovationen bzw. Projekten teilnehmen. Genauso relevant ist es, dass sie sich auch innerhalb bzw. während des Verlaufs der Veranstaltungen aktiv einbringen (können).

An dieser Stelle beziehen wir uns auf die theoretische Annahme, dass Menschen zu mündigen Bürger*innen erzogen werden müssen und durch (politische) Partizipation sozialisiert werden können. Dies deutet auch auf einen emanzipatorischen Effekt von Partizipation hin. Gleichmaßen wie die Theoretiker Robert Dahl und Denis Thompson argumentiert auch Carol Pateman, dass die Möglichkeiten für politische Beteiligung viel weitreichender seien als häufig angenommen (vgl. Lyon 1971: 584; Pateman 1970: 22ff.). „The trick, which is quite legitimate conceptually, is to regard participation as the independent variable“ (Brown 1971: 513). Dies verdeutlicht, dass in diesem Weltbild Partizipation nicht nur ein zu erreichendes Ziel, sondern vor allem ein Weg bzw. eine Methode ist. Patemans Studien zeigten nicht nur die positiven

Effekte von Partizipation im Allgemeinen, sondern auch, dass diese positiven Effekte gerade dann auftraten, wenn diejenigen, welche von den Maßnahmen am meisten betroffen waren auch selbst die Entscheidungsträger*innen waren (vgl. Brown 1971: 513; Pateman 1970: 103 ff.). „[O]ne best learns to participate by actually participating“ (Brown 1971: 513).

Daher ist es enorm relevant neue bzw. alternative Formen der demokratischen Teilhabe zu finden. Als vielversprechendste Demokratiereform beschreibt Geißel hierbei die Stärkung der deskriptiven Repräsentation, also die Annahme, dass gesellschaftliche Gruppen sich und ihre Interessen selbst vertreten müssen (vgl. Geißel 2012: 35 f.). In diesem Kontext spricht sie auch die relativ neuen deliberativ-konsultativen Verfahren an (vgl. Geißel 2012: 36), „bei welchen Bürgerinnen und Bürger sich im Dialog mit politischen Themen befassen und abschließend eine Empfehlung an die politischen Repräsentanten abgeben, wie etwa Bürgerhaushalte oder Bürgerpanels“ (Geißel 2012: 37). Die Betrachtung von Bürgerhaushalten bietet sich daher für das Forschungsprojekt durchaus an. Natürlich bestehen auch bei solchen Verfahren gewisse Partizipationshürden für bildungsferne und einkommensschwache Personen (vgl. Geißel 2012: 37). Laut Geißel können diese Hürden abgeschwächt und die Inklusivität erhöht werden, wenn die Teilnehmenden „nach sozialstrukturellen Kriterien“ (Geißel 2012: 37) ausgewählt werden.

4.4.3 Begriffserläuterung Aktivierung und politische Teilhabe

Der Begriff der Aktivierung bezieht sich, wie schon angedeutet, auf die Methoden, die während eines demokratischen Projekts angewendet werden. Wie bei den erläuterten Beispielen von *Open Space Technology* und *World Café* ist die Schaffung einer offenen und entspannten Atmosphäre eine wichtige Voraussetzung für die Diskussionen. Auch der Aspekt der Moderation, die Einbeziehung von Werkzeugen (wie den Dialogstein) sowie die Einrichtung von Kleingruppen sind im Rahmen der Aktivierung relevant, da diese letztlich die aktive Beteiligung der Teilnehmenden unterstützen. In Verbindung mit dem Begriff der „Aktivierung“ ist für das Forschungsprojekt hierbei der Begriff der „politischen Teilhabe“ zentral, denn diese soll mit aktivierenden Methoden im Prozess erreicht werden. Anders ausgedrückt, geht die politische Teilhabe über die rein physische Anwesenheit hinaus und impliziert, dass Teilnehmende sich aktiv, beispielsweise in den Diskussionen, einbringen und ihre Ideen und Gedanken teilen. Neben der in Kapitel 4.3 dargelegten zu untersuchenden Wirkung mobilisierender Methoden besteht der zweite zu untersuchende Aspekt somit in der Untersuchung der Aktivierung im Verfahren selbst, welches nach einem deliberativen Demokratieverständnis zentral für einen gelingenden demokratischen Prozess innerhalb der zu untersuchenden demokratischen Innovation ist.

5 Methodischer Zugang

Ein geeigneter methodischer Zugang zur Beantwortung der Forschungsfrage sind Expert*inneninterviews. Dabei handelt es sich um eine Methode der qualitativen Sozialforschung (vgl. Bogner et al. 2014: 1). Ziel ist die „Rekonstruktion subjektiver Deutungen und Interpretationen“ (Bogner et al. 2014: 2). Mit der Methode der Expert*inneninterviews ist es möglich, vor allem Informationen und Wissen bezüglich mobilisierender und aktivierender Methoden zu erheben. Diese Interviews werden als wissenschaftliche Datenbasis für eine vergleichende explorative Studie genutzt, auf deren Basis mittels qualitativer Inhaltsanalyse Informationen und Aussagen zu mobilisierenden und aktivierenden Methoden herausgefiltert werden.

5.1 Ausgewählte Interviewpartner*innen

Die Auswahl der zu untersuchenden Projekte hat sich einerseits durch die Vorstellung des DK Frankfurt im Seminar und andererseits durch die Empfehlung des *Netzwerk Bürgerhaushalt* ergeben. Der DK konnte durch die Nähe zur Universität und durch Frau Prof. Dr. Geißel für die Forschungsarbeit gewonnen werden. Eine der Initiator*innen des DK hatte zudem über das Verfahren der Bürgerwerkstatt in Werder (Havel) informiert. Das in Werder verwendete Zufallsauswahlverfahren ähnelt dem Verfahren, das auch beim DK angewendet wird. Diese Gemeinsamkeit wird auch im folgenden Forschungsvorhaben von Bedeutung sein. Darüber hinaus hat das *Netzwerk Bürgerhaushalt* Empfehlungen für den Bürgerhaushalt Stuttgart und das Bürgerbudget Eberswalde ausgesprochen. Nach ersten Kontaktaufnahmen mit den genannten Projekten und dem Einverständnis der zuständigen Personen zu den Interviews, konnten im September, Oktober und November 2020 die leitfadengestützten Expert*inneninterviews durchgeführt werden. Interviewt wurden überwiegend Initiator*innen und Organisator*innen sowie zum Teil ehrenamtliche Mitglieder der verschiedenen demokratischen Innovationen.

Mit dem DK Frankfurt wurden zwei Interviews mit insgesamt drei Organisator*innen geführt und auch mit dem Bürgerhaushalt Stuttgart wurden zwei Interviews geführt. Bei der Bürgerwerkstatt Werder und dem Bürgerbudget Eberswalde wurde jeweils eine Person befragt. Darüber hinaus wurde ein weiteres Interview als eine Art Exkurs, mit einem Experten für Bürger*innenbeteiligung geführt. Hierbei handelt es sich nicht um ein Interview bezüglich einer bestimmten demokratischen Innovation an sich, allerdings forscht besagter Experte bereits seit vielen Jahren zu dem Thema Bürger*innenbeteiligung sowie zu verschiedenen Projekten auch

im internationalen Raum. Er stellt damit eine andere Art von Expertise dar, diese dient vor allem der Einordnung in den theoretischen Kontext.

Insbesondere in Bezug auf dieses Interview war es daher notwendig, den erstellten allgemeinen Interviewleitfaden anzupassen. Hier war es grundlegend nicht nach konkreten Projekten und methodischen Verfahren zu fragen, sondern viel mehr zu dem aktuellen Forschungsstand sowie der aktuellen Literatur.

5.2 Interviewleitfäden und Vorbereitung

Auch für die anderen Interviews war es unerlässlich die Interviewleitfäden den jeweiligen Institutionen anzupassen. Einerseits war dies notwendig, um dem jeweiligen Gegenüber deutlich zu machen, dass bereits im Vorfeld eine intensive Beschäftigung mit der jeweiligen Innovation stattgefunden hatte; andererseits dient diese Anpassung der verbesserten Frageausrichtung. Mit konkreteren Fragen und angepasstem Leitfaden war es möglich, ausführlichere Antworten zu erhalten. Zur Ansicht ist in der Anlage der allgemeine Leitfaden angehängt, der Grundlage für alle anderen Interviewleitfäden war. Aus den Leitfäden wird ersichtlich, welche Fragen in welcher Art und Weise auf die jeweilige Innovation angepasst wurden. Es zeigt auch, dass der Inhalt, also das Forschungsinteresse, sich nicht verändert hat, sondern nur eine sprachliche Anpassung stattgefunden hat. So wird die Vergleichbarkeit der Interviews gewährleistet.

Dafür wurde zunächst im allgemeinen Interviewleitfaden zu jeder Frage notiert, auf welche Hypothese sie sich bezieht. Hierbei wurde gleichzeitig überprüft, ob alle Hypothesen hinreichend durch den Fragenkatalog abgedeckt sind. Anhand des allgemeinen Fragebogens wurde ein Pre-Test mit einer befreundeten Kommilitonin durchgeführt, bei welchem noch einmal einige Unklarheiten deutlich und anschließend behoben wurden. Zudem bestand mit allen Interviewpartner*innen bereits vor den Interviews per E-Mail ein Austausch. In den E-Mails wurde im Vorhinein von beiden Seiten geklärt, ob das Projekt/der Verein/die Organisation für das Interview geeignet ist.

Zur Vorbereitung gehörte auch die Entwicklung einer Datenschutzerklärung, in welcher sich die Interviewpartner*innen mit der Aufnahme von Audio- und Videospur sowie mit der Nutzung der Interviews für wissenschaftliche Zwecke einverstanden erklärten. Zur Durchführung der Interviews wurde vorab diese Datenschutzerklärung an die Interviewpartner*innen mit der Bitte um Unterschrift und Rücksendung sowie eine gekürzte Version des jeweiligen Interviewleitfadens und ein Link für das geplante *Zoom*-Treffen versendet. Aufgrund der aktuellen Pandemie-Situation und der Kontaktbeschränkungen wurden die Interviews online mit Hilfe des Videokonferenzsystems *Zoom* durchgeführt. Dieses

Programm bietet neben dem Videoanruf auch die Möglichkeit, diesen aufzuzeichnen. So war eine anschließende Transkription der Interviews durch die Tonaufnahmen möglich.

Der Ablauf der Interviews gestaltete sich ähnlich. Das Forschungsteam entschied, dass immer zwei Personen aus der Gruppe das Interview leiten sollten. Eine Person übernahm dabei die Einleitung, die formalen und einleitenden Fragen und den abschließenden Teil mit Fazit und Schluss. Die zweite Person führte durch den mittleren Teil zu den konkreten Fragen, die mobilisierenden und aktivierenden Methoden betreffend. Innerhalb des Interviews wurden vorab organisatorische Fragen geklärt, dann wurde der erste Abschnitt mit formalen und einleitenden Fragen absolviert. Anschließend folgten die Fragen bezüglich der Methode und zum Abschluss des Interviews wurden Fragen zur Übertragbarkeit der Methode und dem Fazit zur Methode gestellt. Die Länge der Interviews variierte, und lag zwischen 50 und 90 Minuten. Als ein Zwischenfazit der geführten Interviews kann festgehalten werden, dass alle Gesprächspartner*innen gerne Auskunft gegeben haben, besonders interessiert waren und großes Engagement im Rahmen ihrer demokratischen Innovation zeigten. Einige haben darum gebeten, über die Ergebnisse und den Abschlussbericht informiert zu werden.

5.3 Transkription

Den Interviews folgte eine Transkription. Da es sich bei den Transkripten um „einfache Transkripte“ handelt, liegt das Ziel in der Erfassung des Inhalts. Dabei wird der Text bezüglich des Dialektes einer Person und der verwendeten Umgangssprache geglättet. Auch werden keine para- und nonverbalen Ereignisse, wie Lachen, Gestik und Mimik notiert. Im Fokus stehen die gute Lesbarkeit und die Inhalte des Gesagten (vgl. Dresing/Pehl 2016: 18). Orientiert an den Transkriptionsregeln nach Dresing und Pehl wurde wörtlich transkribiert, somit keine Zusammenfassungen oder Stichpunkte erstellt. Auch wurden Wortverschleifungen und Dialekt ins Hochdeutsche übertragen. Während Stottern oder Wortabbrüche und nicht stilistische Doppelungen nicht dokumentiert werden, können Halbsätze und Satzabbrüche als Abbruch (...) gekennzeichnet werden. Verständnissignale durch die interviewende Person werden nicht transkribiert. Jeder Sprechbeitrag erhält einen eigenen Absatz, jedoch nicht, wenn nur kurze Zustimmung/Ablehnung oder Ergänzungen zu dem Gesagten erfolgen. Störgeräusche können dokumentiert werden oder Unverständliches als dieses markiert werden (vgl. Dresing/Pehl 2016: 21f.).

Diesen Regeln folgende Transkription wurde von jeder Person aus der Gruppe übernommen. Da sechs Interviews geführt wurden, hat jede Person 1,5 Interviews transkribiert. Mit den fertiggestellten Transkripten wird eine Inhaltsanalyse durchgeführt. Dabei wird sich an den aufgestellten Hypothesen orientiert und die Transkripte danach ausgewertet.

5.4 Inhaltsanalyse

Um eine Inhaltsanalyse durchzuführen, ist es vorab wichtig, sich über die Begrifflichkeiten im Klaren zu sein. Daher werden im Folgenden anhand der hier vorgestellten Forschung die Grundbegriffe einer Inhaltsanalyse erläutert. Zu Beginn ist zu klären, was die Auswahleinheit ist, das heißt das Material, auf das sich die Inhaltsanalyse bezieht. Im Fall dieser Forschung gehören alle geführten Interviews zur Auswahleinheit (vgl. Kuckartz 2016: 30f.). Als eine Analyseeinheit kann man alle Interviews mit demokratischen Innovationen bezeichnen. Das bedeutet, dass die Interviews mit Frankfurt, Stuttgart, Eberswalde und Werder (Havel) eine Analyseeinheit bilden und das zusätzliche Expert*inneninterview eine weitere Analyseeinheit darstellt. Bei dieser relativ kleinen Auswahl an Interviews ist es nicht notwendig Präferenzen zu setzen oder eine bestimmte Art an Fällen auszuwählen. Alle Interviews mit demokratischen Innovationen werden gleichwertig behandelt. Zur Bildung von Kategorien⁵ und zur Entwicklung von Kategoriensystemen ist es erforderlich zu definieren, welche Kategorien gebildet werden. Zentral ist es, den klassifizierenden Charakter und die Reduktion von Komplexität als Definition von Kategorien zu verstehen (vgl. Kuckartz 2016: 32). Darauf aufbauend können verschiedene Typen von Kategorien differenziert werden. Für diese Forschung relevant sind thematische Kategorien, demnach ist eine Kategorie ein Thema, ein bestimmtes Argument oder eine bestimmte Denkfigur (vgl. Kuckartz 2016: 34). Zur Untersuchung mobilisierender und aktivierender Methoden werden die Kategorien in Anlehnung an die Hypothesen entwickelt. Hierbei werden wiederum Unterkategorien betrachtet, u. a. Anzahl der Teilnehmenden, Qualität der Teilnahme, Zugang zur Teilnahme, angewendete Methoden differenziert in aktive und passive Methoden.

Die Funktion thematischer Kategorien liegt primär im Aufzeigen und Zeigen (vgl. Kuckartz 2016: 34). Demnach wird mit der Kategorie eine Stelle des Textes markiert, beispielsweise die Anzahl der Teilnehmenden oder welche Methode verwendet wurde. Die definierten Kategorien stellen einen weiteren Schritt zu einer systematischen und möglichst einheitlichen Auswertung der Interviews dar. Eine exakte Bestimmung der Grenze der Kategorien ist in diesem Fall der Forschung nicht vordergründig (vgl. Kuckartz 2016: 34), weshalb es unter Umständen vorkommen kann, dass beispielsweise eine Textstelle mehreren Kategorien zugeordnet werden kann. Die Kategorien wurden teilweise aufgrund theoretischer Vorannahmen, aus den

⁵ Es wird der Begriff der Kategorie verwendet, da es in der Forschung verschiedene Begrifflichkeiten gibt, die synonym verwendet werden. Der Begriff des Codes wird nicht verwendet, da dieser hauptsächlich in der Grounded Theory angewendet wird. Um dieser Unschärfe der Begriffsverwendung zu entkommen, wird einheitlich von dem Begriff der Kategorie gesprochen. Der Begriff Kategorie steht damit für die Klassifizierung von Einheiten, Begriffe mit einem hohen Grad an Komplexität und dem Bedarf für eine Definition (vgl. Kuckartz 2016: 37).

Hypothesen und den Überlegungen zur Operationalisierung, und teils induktiv auf Basis einer ersten Sichtung des Datenmaterials entwickelt. Häufig sind diese Kategorien als Fragen formuliert, die anhand des jeweiligen Transkripts beantwortet werden sollen. Die hypothesengeleiteten Kategorien wurden in einem Kategoriensystem erfasst. Damit bilden die Hypothesen zusammen mit den Kategorien eine Art Kodierleitfaden. Dieser dient dazu in den jeweiligen Interviews die wichtigen Stellen zu markieren und einzuordnen. Der Kategorienleitfaden erfüllt damit den Zweck der Nachvollziehbarkeit, dokumentiert also das Vorgehen und dient als Handlungsanweisung für die kategorisierende Person (vgl. Kuckartz 2016). Anhand dessen wurden die Transkripte kodiert und dann zur Auswertung genutzt.

5.5 Operationalisierung

Zur Kategorisierung und Auswertung wird sich an den Hypothesen orientiert. Aus diesem hypothesengeleiteten Verfahren ergibt sich folgende Operationalisierung:

Um „H1: Die Mobilisierung Stiller Gruppen führt zur deren Teilnahme in demokratischen Innovationen“ zu prüfen, werden die Angaben zu Teilnehmendenzahlen und/oder zum Anteil Stiller Gruppe dokumentiert.

Zur Erfassung von Hürden wird markiert, welche Hürden benannt und/oder wahrgenommen werden, ob diese im Verfahren berücksichtigt werden, wie aktiv gegen diese Hürden vorgegangen wird und ob diese Interventionen zum Abbau der Hürden führen. Hiermit soll Hypothese 2 „Mobilisierende Methoden berücksichtigen den Abbau von Hürden und erleichtern dadurch die Teilnahme für Stille Gruppen an den untersuchten demokratischen Innovationen“ beantwortet werden.

Für das Forschungsvorhaben zentral ist die Frage nach den verwendeten mobilisierenden Methoden. Dies wird in Form von H3: „Handelt es sich um eine aktive Methode, nehmen Personen an der demokratischen Innovation eher teil“ erfasst. Operationalisiert wird diese Kategorie mit der Frage: Welche Methoden, aktiv oder passiv, werden verwendet und benannt? Die Skalierung in aktive und passive Methoden ist durch die Forschungsgruppe induktiv erarbeitet worden. Dabei wurden die genannten und verwendeten Methoden differenziert in aktive oder passive Methoden und dann innerhalb dieser Differenzierung skaliert (siehe Abbildung 3). Diese Skalierung zeigt den Verlauf von eher inaktiv/passiv zu sehr aktiv. Dennoch muss während der Auswertung der Einzelfall genau betrachtet werden.

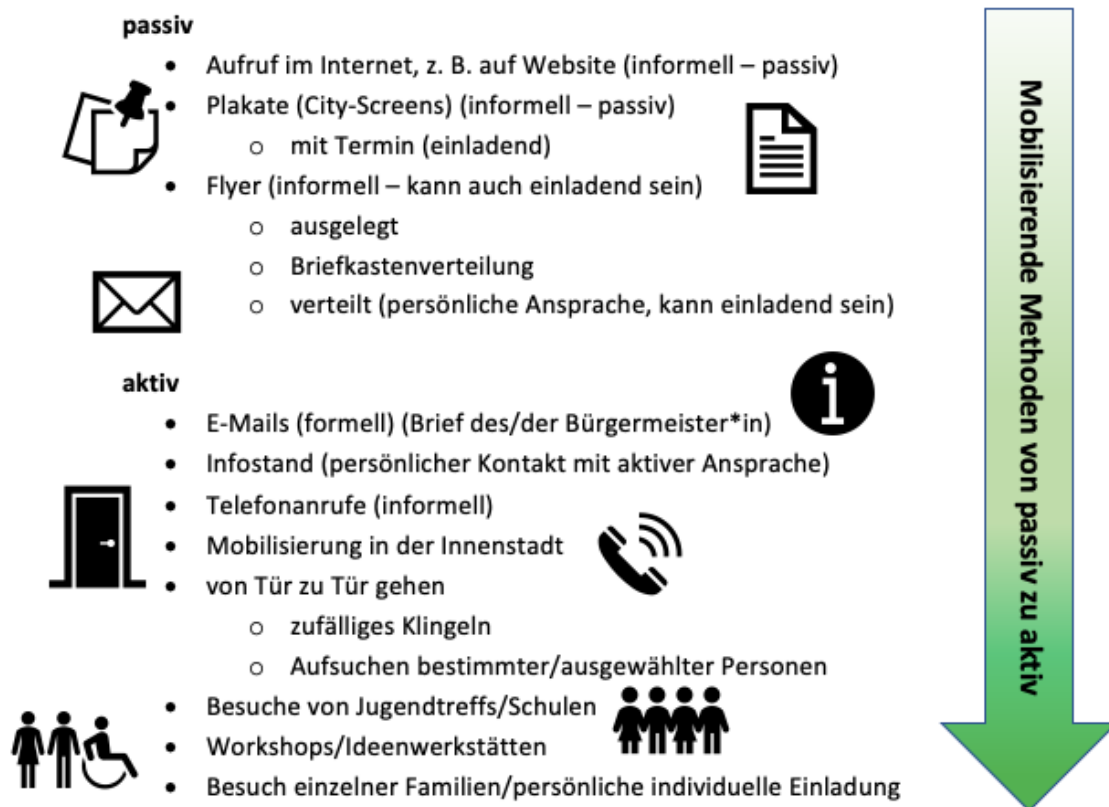


Abbildung 3: Mobilisierende Methoden von passiv zu aktiv (eigene Darstellung).

Weitere Fragen zur Operationalisierung der H3 sind: Wie wird der Einfluss dieser Methode laut den Expert*innen auf die Mobilisierung eingeschätzt? Lässt sich im Fall von Veränderungen und/oder Weiterentwicklungen ein Effekt auf die Mobilisierung feststellen? Zeigt sich ein Effekt im Vergleich zum Vorjahr?

Hypothese 4 „Für den deliberativen Prozess bedarf es nicht nur der formalen Teilnahme, sondern auch einer qualitativen Teilhabe Stillen Gruppen, welche durch aktivierende Methoden im Prozess gefördert wird“ dient der Erfassung der Aktivierung im Prozess. Ziel ist es zu analysieren, welche Methoden im Prozess der Veranstaltung verwendet werden und ob eine aktive/inaktive Teilhabe von Personen stattfindet. Des Weiteren geht es um die Einschätzung der Expert*innen. Sehen diese einen Effekt der Methoden im Prozess und gab es möglicherweise Feedback von Teilnehmenden in Bezug auf den Effekt der Methoden?

Die letzte Hypothese (H5) „Durch das gezielte Kontaktieren und die Anpassung der Herangehensweise an die jeweilige Zielgruppe werden Interessen und Perspektiven von Stillen Gruppen in den demokratischen Innovationen vertreten und miteinbezogen“ wird wie folgt operationalisiert. Dokumentiert werden soll, ob für die Mobilisierung und Aktivierung spezifische Herangehensweisen je nach Zielgruppe gewählt werden und auch hier, welche Einschätzung der Expert*innen bzw. welches Feedback der Teilnehmenden vorliegt.

6 Auswertung

Nachdem in Kapitel 5 der allgemeine methodische Zugang erläutert, die verwendeten Methoden vorgestellt und die Operationalisierung dargestellt wurden, wird das sechste Kapitel die Ergebnisse der Untersuchung darlegen. Der rote Faden des Kapitels ergibt sich durch die gebildeten Hypothesen. Die Qualität der hier vorgestellten explorativen Studie liegt in der vergleichenden Analyse der sehr unterschiedlichen Projekte und deren Mobilisierungs- und Aktivierungsmethoden.

Im Folgenden werden die vier demokratischen Beteiligungsprojekte in einem ersten Schritt einzeln vorgestellt. Zur Kontextualisierung werden darüber hinaus auch Informationen zu den jeweiligen Städten und ihren spezifischen Merkmalen dokumentiert. Daran anschließend werden die Projekte anhand der Hypothesen und im Vergleich zueinander ausgewertet.

Im Anschluss an die Projekt- und Städtevorstellungen (Kap. 6.1) wird zunächst H1 bezüglich der Mobilisierung zur Teilnahme (Kap. 6.2) ausgewertet. Daran anschließend folgen die Auswertungen von H2 zu Hürden zur Teilnahme (Kap. 6.3), H3 zu den spezifischen angewendeten mobilisierenden Methoden (Kap. 6.4), H4 zur aktivierenden Methoden im Prozess (Kap. 6.5) und schließlich H5 in Bezug auf die Herangehensweise an spezifische Gruppen (Kap. 6.6). Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse in Kap. 6.7 diskutiert.

6.1 Vorstellung der Projekte und Städte

Die Vorstellung der Projekte beginnt mit dem Demokratiekonvent (DK) Frankfurt, da dieses Projekt den ersten Kontakt der Forschungsgruppe zum Thema darstellte und letztlich Auslöser und Inspiration für diese Forschungsarbeit war. Daran anschließend folgt die Vorstellung der Bürgerwerkstatt Werder, des Bürgerbudgets Eberswalde und des Bürgerhaushalts Stuttgart.

Demokratiekonvent Frankfurt

Der DK Frankfurt beschreibt sich selbst als Bürgerforum, dessen Ziel es ist, Bürger*innen die Möglichkeit für politische Beteiligung zu bieten. Frankfurter Bürger*innen erarbeiten Konzepte und sollen damit eine beratende Rolle für die Stadtpolitik einnehmen (vgl. Demokratiekonvent 2021). Hinter dem DK steht der Verein *mehr als wählen e.V.*, welcher von Studierenden der Goethe-Universität Frankfurt gegründet wurde mit dem Ziel „neue demokratische Räume [zu] schaffen, in denen Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft gemeinsam über zentrale politische Fragen diskutieren“ (mehr als wählen e.V. 2021). Gerade in einer Großstadt wie Frankfurt am Main mit 758.574 Einwohner*innen, mit einem Anteil ausländischer (30 %) oder deutscher Menschen mit Migrationshintergrund (24,1 %) von über

50 %, einem Anteil von 17 % Menschen unter 18 Jahren und 15,6 % Menschen über 65 Jahren, zeigt sich eine diverse Bevölkerungsstruktur (Datenstand 2019, vgl. Stadt Frankfurt am Main, 2021). Der DK Frankfurt wirbt damit, diese Diversität aufgreifen zu wollen und in der städtischen Politik unter anderem durch Bürger*innenbeteiligung sichtbar zu machen. Frankfurt am Main ist nicht nur im Hinblick auf die Bevölkerungsstruktur divers, sondern auch in Bezug auf das städtische Angebot. Als hessische Metropole ist Frankfurt neben dem Bankenwesen, den verschiedenen Wirtschaftsunternehmen und den Universitäten/Hochschulen vor allem auch für seine kulturelle Vielfalt in Form von Museen, Kinos, Theatern und der Alten Oper berühmt.

Der DK ist unter anderem deswegen Thema dieses Forschungsprojektes, weil er ein besonders innovatives Verfahren zur Beteiligung von Bürger*innen ist, aber auch weil sich das Projekt im Rahmen des Forschungsseminars vorgestellt hat. Die spezielle Kombination der Methoden aus Zufallsauswahl und aufsuchendem Losverfahren zur Rekrutierung der Teilnehmenden am DK war Ausgangspunkt der hier vorgestellten Untersuchung. Während zwei Drittel der 60 Teilnehmenden per Zufallsauswahl ausgewählt werden, liegt die Besonderheit in der Ansprache des restlichen Drittels durch besonders aufsuchende Formate. Um die Diversität der Teilnehmenden innerhalb des Workshops zu erhöhen, werden hier aktiv Menschen angesprochen, die als depolitisiert gelten und/oder am demokratischen Geschehen wenig teilnehmen (können). Diese Zielgruppen umfassen dem DK zufolge Kinder, Jugendliche, Menschen mit vielfältigen Bildungshintergründen, Wohnungslose, migrantische Selbstorganisationen, religiöse Gruppierungen und verschiedene weitere Gruppen (vgl. mehr als wählen e. V. 2020). Dafür werden im Vorlauf zum DK sogenannte Ideenwerkstätten mit diesen Zielgruppen in Form von Workshops zur Sammlung von Inspiration für die inhaltliche Gestaltung des DK durchgeführt. Die Teilnehmenden der Ideenwerkstätten sind zudem eingeladen am DK teilzunehmen und bereits Erarbeitetes einzubringen (vgl. mehr als wählen e. V. 2020.). Nachdem der DK absolviert wurde und die 60 Teilnehmenden ihre Vorschläge zu Konzepten entwickelt haben, werden diese den zuständigen Dezernaten der Stadt vorgestellt und als Empfehlungen weitergegeben (vgl. mehr als wählen e. V. 2021).

Bürgerwerkstatt Werder

Die Bürgerwerkstatt Werder wird von der Stadt Werder in der Abteilung für Einwohnerbeteiligung organisiert. Werder an der Havel hat über 26.000 Einwohner*innen und einen Altersdurchschnitt von 46 Jahren (vgl. Bertelsmann Stiftung 2021; vgl. Demographiebericht Werder (Havel) (o.D.)). Der Anteil, der unter 18-Jährigen liegt bei 17 % und etwa 23 % der Menschen sind über 65 Jahre alt (vgl. Demographiebericht Werder (Havel)

(o.D.)). Prinzipiell gehört die Stadt Werder zu den wohlhabenden Städten/Gemeinden einer wirtschaftlich dynamischen Region und besteht neben der Kernstadt aus acht Ortsteilen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2021; vgl. Stadt Werder (Havel)). Im Rahmen der Bürgerwerkstatt Werder sollen die Einwohner*innen zur Beteiligung mobilisiert werden und beispielsweise in Form von Workshops die Zukunft des traditionellen Baublütenfests mitgestalten und dafür Ideen sammeln bzw. bewerten. In diesem Zusammenhang wurden bereits verschiedene Workshop-Formate angeboten, darunter auch Workshops mit zufällig über das Melderegister ausgewählten Personen und ein Workshop für Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren, die ebenso zufällig aus dem Melderegister ausgewählt wurden (vgl. Blütenstadt Werder (Havel) 2020). Die Besonderheit im Fall Werder ergibt sich durch das aufsuchende Losverfahren, welches aus acht Schritten besteht: Auswahl der Grundgesamtheit, Auswahl der Stichprobe, Erste postalische Kontaktaufnahme, Von Tür zu Tür, Bei Absage: Aufnahme von Gründen und Einholung von Feedback, Nachlosen, Erneutes Anschreiben, Kontaktieren und Aufsuchen sowie die Evaluation (vgl. Strothmann 2020: 3ff.). Der entscheidende Schritt ist hierbei das „Von Tür zu Tür“-Gehen, da hier diejenigen Personen zu Hause aufgesucht werden, die nicht auf das Anschreiben reagiert haben und gezielt Feedback eingeholt wird. Die Bürgerwerkstatt Werder ist vor allem aufgrund der Methode des aufsuchenden Losverfahrens von Bedeutung für das Forschungsprojekt.

Bürgerbudget Eberswalde

Eberswalde ist eine Kleinstadt mit ca. 42.000 Einwohner*innen im Nordosten von Brandenburg und liegt mit einem Einwohner*innendurchschnittsalter von ca. 45 Jahren im Bundesdurchschnitt (vgl. Stadt Eberswalde 2021). Das Bürgerbudget der Stadt Eberswalde existierte seit 2008 zunächst als Bürgerhaushalt. Damit zählt das Projekt zu „einem der ältesten Bürgerhaushalte Deutschlands“ (Ruesch 2013). Bis 2011 hatte das Verfahren einen eher konsultativen, vorschlagsbasierten und wenig entscheidungsorientierten Charakter. 2012 wurde es in ein partizipatives Verfahren umgewandelt (vgl. Stadt Eberswalde 2020: 4). Das Eberswalder Bürgerbudget ist seitdem

„gekennzeichnet durch die Übertragung von echten Entscheidungsbefugnissen an die Einwohnerschaft und stellt damit den ersten direktdemokratischen Bürgerhaushalt in Deutschland dar. Diese Besonderheit aber vor allem auch die Einfachheit und die Transparenz des Verfahrens sowie die analoge Abstimmung werden lobend erwähnt“.

Im Verlauf der Jahre wurde das Verfahren immer wieder verändert und angepasst. Seit 2015 sieht der Ablauf folgendermaßen aus: Alles dreht sich um den Abstimmungstag, den sogenannten „Tag der Entscheidung“ (Stadt Eberswalde 2020: 13). Bis zu einem Stichtag spätestens zwei Monate vor diesem Tag können die Bürger*innen von Eberswalde (ab einem

Mindestalter von 14 Jahren) Vorschläge einreichen. Hierfür stehen viele Kanäle bereit; eingereicht werden kann via Formular, Schreiben, E-Mail, Internetseite, Formular des Flyers, Telefon oder persönlich in der Kämmerei (vgl. Stadt Eberswalde 2020: 14). Die thematische Vielfalt der Einreichungen zeigt sich anhand der erfolgreichen Vorschläge aus dem Jahr 2020, diese umfassen u. a. Sportgeräte für den Sportverein, Unterstützung einer Kindertrauergruppe, einen Kletterwald für eine Kita, Zuschuss für einen Vereinsbus des Eberswalder Sportclubs, OpenAir-Kino im Familiengarten (vgl. Stadt Eberswalde 2020: 42).

Die eingereichten Vorschläge werden anschließend auf ihre Gültigkeit und Zulässigkeit geprüft und im Folgenden zur Information allen Bürger*innen zugänglich gemacht. Am jährlich stattfindenden Entscheidungstag steht für jeden gültigen Vorschlag eine Vase bereit. Die Besucher*innen erhalten jeweils fünf Taler, die sie beliebig auf die Vorschlagsvasen verteilen können und die Vorschläge mit den meisten Talern gewinnen (vgl. Stadt Eberswalde 2020: 41). Auch kleine Vorschläge, die wenig (bis zu 2.000 €) Budget benötigen, haben Chancen auf Berücksichtigung, da sie oftmals über das Restbudget realisiert werden können (vgl. Stadt Eberswalde 2020: 62). Umrundet wird die Veranstaltung von verschiedenen Mitmachstationen, Live-Musik und kulinarischen Angeboten (vgl. Stadt Eberswalde 2020: 41).

Das Besondere am Bürgerbudget Eberswalde ist, dass es sich nicht nur um ein beratendes Verfahren handelt, sondern sich die teilnehmenden Bürger*innen sicher sein können, dass die Vorschläge auch umgesetzt werden. Dies ist abgesichert, da das Beteiligungsverfahren kommunal institutionalisiert wurde. Konkret heißt das, dass die Satzung des Bürgerbudgets durch die Stadtverordnetenversammlung verbindlich beschlossen wurde, womit die Gemeindevertretungen einen „Teil ihrer Entscheidungshoheit direkt an die Bürger*innen [abgeben]“ (Stadt Eberswalde 2020: 10). In der Satzung sind u. a. Vorgaben zum Ablauf und zu den Teilnahmebedingungen, aber auch das jährliche Budget von mindestens 50.000 € sowie die Pflicht der Stadt zur Implementierung der Bürger*innenentscheidungen festgelegt (vgl. Stadt Eberswalde 2020: 11).

Bürgerhaushalt Stuttgart

Der Bürgerhaushalt Stuttgart existiert seit 2011 und findet alle zwei Jahre als sogenannter „Doppelhaushalt“ (Bürgerhaushalt Stuttgart 2021) für die darauffolgenden zwei Jahre statt. Als sechstgrößte Stadt Deutschlands ist Stuttgart mit 635.911 Einwohner*innen die einwohnerstärkste Stadt Deutschlands mit einem Bürgerhaushalt und verfügt damit über die meisten potenziellen Teilnehmenden. Knapp 40 % aller Stuttgarter*innen haben einen Migrationshintergrund (Stand 2019, vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2020). Am letzten Bürgerhaushalt nahmen 40.620 Stuttgarter*innen teil und reichten insgesamt 3.753

Vorschläge ein (vgl. Stadtkämmerei Stuttgart 2020: 1). Auf der Webseite des *Netzwerk Bürgerhaushalt*, wird der Bürgerhaushalt Stuttgart folgendermaßen beschrieben:

„Der Bürgerhaushalt in Stuttgart ist bereits zum festen Bestandteil der Haushaltsplanungen geworden. Bürgerinnen und Bürger werden informiert und können direkt an den Haushaltsplanungen mitwirken. Sie können sich dazu an der Planung von Sparmaßnahmen, Einnahmen und Ausgaben beteiligen. Gegenstand des Verfahrens ist der gesamte Haushalt. Die Beteiligung erfolgt hauptsächlich über das Internet und ergänzend über nicht-internetbasierte Kanäle. Bürgerinnen und Bürger können Vorschläge für den Haushalt einbringen“.

Die Durchführung obliegt der Kämmerei der Stadt. Unterstützt werden die hauptamtlichen Zuständigen der Stadt Stuttgart jedoch auch von einem überparteilichen Arbeitskreis aus ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen. Diese sollen möglichst viele Stuttgarter*innen für die Teilnahme anwerben, Bürger*innen bei der Entwicklung von Vorschlägen unterstützen sowie für „regelkonforme und chancenreiche Vorschläge“ (Bürgerhaushalt Stuttgart 2021) sorgen.

Im Detail läuft der Bürgerhaushalt folgendermaßen ab: Die Vorbereitung beginnt bereits mehr als ein Jahr im Voraus. Bereits im Winter zwei Jahre zuvor wird Werbung für die Teilnahme gemacht. Zunächst gibt es eine Vorschlagsphase, innerhalb welcher Vorschläge online über eine Internetplattform, aber auch analog über Formulare eingereicht werden können. Nach der Einreichungsphase werden die Vorschläge zunächst zusammengefasst. Danach stehen sie für ca. einen Monat zur Abstimmung bereit. Abgestimmt werden kann ebenfalls sowohl online als auch analog. Aus den Abstimmungsergebnissen wird eine Prioritätenliste der Vorschläge erstellt, die noch im Frühjahr von der Verwaltung geprüft und über welche im Herbst dann von der Politik beraten und abgestimmt wird. Im darauffolgenden Jahr findet eine Evaluation des Verfahrens des Vorjahres statt (vgl. Bürgerhaushalt Stuttgart 2021).

Wie aus der näheren Beschreibung des Bürgerhaushalts Stuttgart deutlich wird, handelt es sich wie auch beim Bürgerbudget Eberswalde nicht um ein deliberatives, sondern um ein entscheidungsorientiertes Verfahren. Allerdings wurde durch die Expert*inneninterviews deutlich, dass einzelne Elemente zur Vorbereitung des Verfahrens, wie etwa Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld, durchaus als deliberativ eingeordnet werden können.

6.2 H1 Teilnahme

Die erste Hypothese „Die Mobilisierung Stiller Gruppen führt zur deren Teilnahme in demokratischen Innovationen.“ zielt auf die Anzahl der Teilnehmenden ab. Betrachtet man die unterschiedlichen Projekte, wird deutlich, dass es aufgrund der verschiedenen Verfahren und Formate verschiedene Möglichkeiten der Teilnahme gibt. Die deliberativ aufgebauten Projekte in Frankfurt (DK) und Werder (Bürgerwerkstatt) beschränken die Zahl der Teilnehmenden von vornherein und haben mit 50 bis 60 (Frankfurt) und durchschnittlich 21 (Werder) wesentlich

weniger Teilnehmende als Stuttgart (Bürgerhaushalt) mit durchschnittlich über 30.000 und Eberswalde (Bürgerbudget) mit 2.075 (Stand 2020). Auch die Auskunft darüber, inwieweit Stille Gruppen an den Projekten teilnehmen, variiert je nach Projekt. Gibt es in Werder wenige Angaben zu der Diversität der Teilnehmenden, lediglich Angaben zu Alter und Geschlecht, so zeigt sich in Eberswalde, dass sich vor allem Frauen aus ländlichen Gebieten beteiligen. In Eberswalde werden Daten zum Geschlecht, dem Alter und dem Wohnort innerhalb von Eberswalde erfasst. Während Frankfurt explizit ein Drittel der Teilnehmenden aus Stillen Gruppen mittels mobilisierender Methoden auswählt, erhebt Stuttgart ähnlich wie Eberswalde Daten zu Alter, Geschlecht und Stadtbezirk (vgl. Stadtkämmerei Stuttgart 2020: 6).

Aufgrund der unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen (siehe folgende Kapitel) unterscheiden sich auch die Formate der Projekte und damit auch die Anzahl der Teilnehmenden. Diese Differenz wird in den folgenden Auswertungen sowie in der Diskussion der Ergebnisse ausführlicher thematisiert. Es wird an dieser Stelle deutlich, dass der Vergleich der Anzahl der Teilnehmenden allein nicht ausreicht, um eine Aussage zur Wirksamkeit der Projekte zu treffen. Auch wird aufgrund der Teilnehmendenzahlen nicht ersichtlich, ob sich vor allem Stille Gruppen angesprochen fühlen. Aufgrund dieses Mangels an Vergleichbarkeit und einer unzureichenden Datenlage in einzelnen Projekten kann H1 nicht eindeutig ausgewertet werden, da teilweise keine eindeutige kausale Beziehung identifizierbar bzw. eindeutig nachweisbar ist. Der Hypothese ist daher nur bedingt zu folgen, da lediglich der DK einen kausalen Zusammenhang zwischen der Mobilisierung und der Teilnahme an dem Projekt mittels der Teilnehmendenzahlen aufweisen kann. Um die Wirksamkeit der Ansprache und Mobilisierung zu prüfen, bedarf es weiterer Daten, die an dieser Stelle nicht zur Verfügung stehen. Im folgenden Kapitel wird der Abbau von Hürden in den jeweiligen Projekten orientiert an H2 ausgewertet.

6.3 H2 Abbau von Hürden

Der Abbau von Hürden für die Teilnahme an einem Bürger*innenbeteiligungsprojekt ist von zentraler Bedeutung. Rückbeziehend auf theoretische Vorerkenntnisse müssen neue Partizipationsformen in diesem Zusammenhang eher informell, möglichst unbürokratisch und leicht verständlich gestaltet sowie auf die individuellen Lebenslagen und Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden (vgl. Klatt/Walter 2011: 35, 41; Bödeker 2012b: 5), was sich im Folgenden an verschiedenen Punkten festmachen lässt. In diesem Kapitel sollen die Daten daher in Bezug auf Hypothese 2 „Mobilisierende Methoden berücksichtigen den Abbau von

Hürden und erleichtern dadurch die Teilnahme für Stille Gruppen an den untersuchten demokratischen Innovationen.“ ausgewertet werden.

In einem ersten Schritt stellt sich die Frage, welche Hürden von den jeweiligen Projekten überhaupt erkannt bzw. als relevant wahrgenommen werden. In den Interviews hat sich gezeigt, dass dies auch stark mit identifizierten Stillen Gruppen bzw. den spezifischen Städtmerkmalen korreliert. Die Interviewpartner*innen des DK Frankfurt benannten Hürden u. a. in Bezug auf das Erreichen wohnungsloser Menschen sowie von Menschen unter 18 Jahren. Zudem sei mit der Teilnahme am DK durch Anreise und ggf. die Nutzung eines Urlaubstages auch ein Kostenfaktor verbunden. Hier zeigt sich der von Bödeker (2012b: 2) benannte entscheidende Aspekt der Höhe des Einkommens. Als weitere Hürden wurden Arbeitszeiten am Wochenende, Kinder- und Tierbetreuung sowie physische Barrieren für körperlich eingeschränkte Menschen benannt. Ein weiterer wichtiger Punkt sind sprachliche Barrieren. Erwähnt wurde zudem, dass es unterschiedliche Reaktionen (sowohl positiv als auch negativ) bestimmter sozialer Gruppen auf ein Anschreiben einer staatlichen Institution gebe. Auch habe nicht jeder Zeit neben der Arbeit noch an solchen Veranstaltungen teilzunehmen bzw. verbringe die Freizeit lieber mit der Familie. Im Interview mit dem Vertreter der Bürgerwerkstatt Weder wurde deutlich, dass Hürden für die Teilnahme mannigfaltig sein können. Bei den im Folgenden aufgezählten Hürden handelt es sich in diesem Fall nicht nur um die Einschätzung des Experten, sondern größtenteils um tatsächliche Rückmeldungen potentieller Teilnehmender. Genannt wurden folgende Hürden: Mangel an Motivation, Zeit oder Selbstvertrauen, politische Gründe, der Gedanke, dass die eigene Meinung nicht relevant sei, körperliche Beeinträchtigungen oder Behinderungen, sprachliche Barrieren, Mindestalter von 16 Jahren, nur eingeschränkte Teilnahmemöglichkeiten für Kinder an bestimmten Workshops sowie Schulzeiten. Von den Interviewpartner*innen des Bürgerhaushalts Stuttgart wurde zunächst betont, dass es kaum formale/bürokratische Hürden gebe, da prinzipiell jede Person teilnehmen könne, die mindestens seit fünf Jahren in Stuttgart gemeldet ist. Auch gibt es keine Altersbeschränkung und bei der Anmeldung auf der Online-Plattform gibt es die Option zur Wahl eines beliebigen Benutzer*innennamens. Hürden werden vor allem in Bezug auf die Mobilisierung älterer Menschen, Probleme bei der Nutzung der Online-Plattform sowie sprachliche Barrieren identifiziert. Zudem gehöre es nicht zu den Prioritäten der Stillen Gruppen an einem Bürgerhaushalt teilzunehmen, weil diese mit existenziellen Problemen beschäftigt seien, auch wenn ihnen eine Teilnahme eventuell helfen könnte. Hier lässt sich eine deutliche Parallele zur Gruppe der „Prekären“ innerhalb der Sinus-Milieus, für die Partizipation keine Priorität hat, erkennen (vgl. Sinus-Institut 2020). So führt eine interviewte Person aus:

„So und diese Stillen Gruppen haben andere Lebensprobleme als politische Mitbestimmung [...] und deswegen, wenn ich dahin gehe und erzähle denen was vom Bürgerhaushalt und Mitbestimmung, dann zeigen die hier mir den Vogel, weil die fühlen sich dann nicht verstanden.“

In Bezug auf das Bürgerbudget Eberswalde wurden nur wenige Hürden identifiziert. Das Mindestalter für die Teilnahme liegt bei 14 Jahren. Für die Einreichung eines Vorschlags kann bei unter 14-jährigen jedoch eine sogenannte Vorschlagspatenschaft übernommen werden. Als Hürde wird die Integration von Geflüchteten beschrieben. Die interviewte Person nannte zudem als Hürde, dass mit dem Tag der Abstimmung eine physische Präsenz verbunden sei; 2020 gab es jedoch auch eine Online-Abstimmung. Die Registrierung für diese beschreibt der Experte als besonders niederschwellig, vor allem im Vergleich mit ähnlichen Online-Formaten in anderen Kommunen, was die Teilnahme so einfach wie möglich mache. Weiterhin sei der Ort der Abstimmung barrierefrei und der Eintritt in den Familiengarten, wo die Abstimmung stattfindet, an diesem Tag kostenlos.

Im nächsten Schritt der Auswertung soll kurz reflektiert werden, welche Hürden von den Projekten (noch) nicht berücksichtigt werden (können). In Bezug auf den DK Frankfurt kann hier ausgewertet werden, dass dieser bisher nur in deutscher Sprache stattfindet und es keine Übersetzungen gibt. Gerade in einer Stadt mit hohem Anteil an Ausländer*innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund scheint dies eine eklatante Hürde zu sein. Zudem sagte eine interviewte Person, dass neben der Kinderbetreuung auch eine Hundebetreuung sinnvoll wäre, welche jedoch noch nicht etabliert wurde. Ein besonders relevanter Punkt, welcher im Interview mit dem DK deutlich wird, ist, dass es sich enorm schwierig gestaltet, Menschen zu erreichen, welche in keiner Art und Weise über eine Institution oder Gruppe organisiert sind. Insbesondere in Bezug auf das Erreichen von Wohnungslosen wird dies deutlich:

„Also dieser Punkt mit Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit ist schon schwierig, weil da wirklich kein Mensch kommen wird, der [...] unter der Brücke schläft, sondern es sind eher die, die organisiert sind über eine Struktur wie die Caritas.“

Dieser Aspekt wird auch vom Bürgerhaushalt Stuttgart bestätigt. Zudem sei hier das Problem, dass Stille Gruppen oftmals gar nicht erkannt würden:

„Und die Frage ist einfach, ob wir erkennen wer betroffen ist. Das ist überhaupt nicht möglich. Manche sind ja so unter dem Radar, dass man nicht mal erkennt, dass sie nicht erreicht werden. Also die sind wirklich völlig exkludiert.“

Auch die interviewte Person der Bürgerwerkstatt Werder spricht ein benachbartes Problem an. Da alle Teilnehmenden über das Melderegister ausgewählt werden, fallen Menschen ohne Wohnsitz von vornherein heraus. Hier muss allerdings angemerkt werden, dass das Problem der Wohnungslosigkeit in der Großstadt Frankfurt sehr viel vorherrschender und daher auch relevanter ist als in Werder. Die Stuttgarter Interviewpartner*innen reflektierten, dass sprachliche Hürden bisher kaum abgebaut werden könnten. Beispielweise gebe es bis dato

keine Prospekte in Fremdsprachen und auch keine Übersetzungsdienstleistungen während Veranstaltungen. Gleiches gilt für das Bürgerbudget Eberswalde, wo zudem der Aspekt einer einfachen Sprache noch wenig berücksichtigt wird.

Im Folgenden soll nun ausgewertet werden, wie die jeweiligen Projekte aktiv gegen die beschriebenen Hürden vorgehen und ob dies zur erwarteten Intention führt. An dieser Stelle soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass diese Bewertung größtenteils auf der Einschätzung der interviewten Expert*innen basiert. Im Falle des DK wurde versucht, möglichst vielen der anfangs genannten Hürden aktiv entgegenzuwirken. Innerhalb von Ideenwerkstätten soll ein geschützter Raum für bestimmte Stille Gruppen geschaffen werden, durch welchen sie informiert und bestenfalls für die Teilnahme am DK motiviert werden. Um möglichst vielen Menschen eine Teilnahme zu ermöglichen, ist der Veranstaltungstermin bewusst auf ein Wochenende gelegt. Zudem erhalten alle Teilnehmenden kostenfreie An- und Abreise mit den ÖPNV. Vor Ort werden Kinderbetreuung sowie Verpflegung für den ganzen Tag gestellt. Die Veranstaltungsorte sind barrierefrei. Nach Bödeker (2012b: 2) ist die Überzeugung, etwas verändern zu können, eine zentrale Voraussetzung für politische Partizipation. Dies wird auch vom DK durch das Setzen inhaltlicher Anreize adressiert, indem u. a. folgende Aspekte hervorgehoben werden:

„Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben, sich zu äußern, neue Leute aus anderen Echokammern, in wahrsten Sinne des Wortes, kennenzulernen und quasi in einen gemeinschaftlichen Prozess.“

Statt monetärer Anreize werden zusätzlich Kulturgutscheine, beispielsweise für besondere Führungen in Museen u. Ä., verteilt. Die Bürgerwerkstatt Werder setzt auf einen sehr individuellen Ansatz. Aufgrund der geringeren Stadtgröße und Anzahl potentieller Teilnehmender ist es möglich, bei allen angeschriebenen Bürger*innen einzeln nachzufragen, was persönliche Hürden für eine Teilnahme sind und sie durch diesen personenzentrierten Ansatz schon ein Stück weit zu beteiligen (vgl. Wendt 2017). Laut der interviewten Person könne und müsse man das Format der Veranstaltung immer an die Bedürfnisse der Teilnehmenden anpassen, sei es durch den Einsatz von Dolmetscher*innen oder eine Veränderung der Methoden. Beispielsweise wurde so eine schriftliche Umfrage ermöglicht, an der auch Kinder teilnehmen konnten, indem die Eltern mit und für ihre Kinder antworteten.

„Ansonsten, wenn ansonsten Ausgrenzung passiert, dann passiert sie, weil ich mir nicht genug Mühe gegeben habe.“

Hier wird sehr deutlich, dass dieser sehr aktiv aufsuchende Charakter und das Eingehen auf die Lebenswelt der Menschen (wie sie in Kap. 4.3.1 in Bezug auf aufsuchende Formate in der sozialen Arbeit beschrieben wurden) von großer Bedeutung sind. In Bezug auf den

Bürgerhaushalt Stuttgart sind es vor allem die Multiplikator*innen selbst, die zur Überwindung der Hürden für die Teilnahme beitragen sollen. Hierbei spielen ihre eigenen Fähigkeiten, wie etwa Sprachkenntnisse und ihre interkulturelle Dialogfähigkeit (vgl. Wendt 2017), eine entscheidende Rolle. Die Multiplikator*innen sind an bestimmten Orten zu bestimmten bekannten Zeiten für Gespräche mit Interessierten anzutreffen (dies wird in Kap. 6.4 näher ausgeführt). Sie informieren nicht nur in allen Stadtbezirken über den Bürgerhaushalt, sondern helfen auch bei der Einreichung von Vorschlägen. U. a. werden durch die Multiplikator*innen Vordrucke verteilt, welche alternativ zur Online-Plattform genutzt werden können; auch telefonisch kann teilgenommen werden. Dies baue vor allem für ältere, wenig technikaffine Menschen eine Hürde ab. Damit sich ältere Menschen angesprochen fühlen, werde auch bei der Werbung darauf geachtet, dass diese gut lesbar gestaltet sei mit großer Schrift und lange genug angezeigt werde. Auch werden Interessierte aktiv beim Formulieren von Vorschlägen unterstützt, damit auch die Einreichungen sprachlich weniger versierter Menschen eine Chance auf Berücksichtigung erhalten. Dies gilt natürlich vor allem für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Hier wird im Interview deutlich, dass dies ein besonders großes Anliegen der Multiplikator*innen ist. Sie verständigten sich notfalls „mit Händen und Füßen“, um die Menschen zu integrieren. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu dem von Wendt (2017) beschriebenen Verfahren der aktivierenden Befragung, bei welcher allein durch das aktive Zugehen auf Menschen Hürden abgebaut werden können. Zudem wird deutlich, dass durch diese Methoden den ausgrenzenden Mechanismen, welche u. a. mit der Höhe des Einkommens und dem Zugang zu Bildung verbunden sind (vgl. Bödeker 2012b: 2), entgegengewirkt werden soll. Für kommende Veranstaltungen des Bürgerhaushalts sind Übersetzungen ins Türkische und Russische sowie Übersetzung der Werbeflyer bei der Stadt beantragt.

Das Bürgerbudget Eberswalde setzt vor allem auf ein transparentes Verfahren. Die Bürger*innen sollen die eingereichten Vorschläge zu jedem Zeitpunkt einsehen und nachvollziehen können. So gibt es beispielsweise eine interaktive Karte, auf welcher alle Vorschläge vermerkt sind. Während des Entscheidungstages stehen Mitarbeitende für Beratung und Hilfe bei der Abstimmung bereit. Geflüchtete werden durch eine Bürgerstiftung über die Vorschläge innerhalb des Bürgerbudgets informiert und zur Teilnahme motiviert. Um mehr junge Menschen zu erreichen und Kinder- und Jugendbeteiligung noch mehr in den Fokus zu rücken, hat das Bürgerbudget eine Kooperation mit dem Verein *mitmachen e.V.* ins Leben gerufen. Ein weiterer Hürdenabbau besteht in der Absenkung des Mindestalters für die Teilnahme von 16 auf 14 Jahre, nachdem sich zeigte, dass auch viele Jugendliche unter 16 Jahren an bestimmten Themen sehr interessiert waren. Das Bürgerbudget Eberswalde erfüllt

zudem durch das recht simple und leicht nachzuvollziehende Verfahren der Talervergabe das in der Theorie viel geforderte Kriterium der Niederschwelligkeit (vgl. Böhnke 2011; Wendt 2017). Zudem sind hier für die Teilnehmenden die Resultate der Abstimmung vergleichsweise schnell und unmittelbar zu erkennen, was von enormer Bedeutung für die Motivation der Teilnehmenden ist (vgl. Lüttringhaus/Richers 2013: 384; vgl. Wendt 2017: 339).

Führt dieser Hürdenabbau zu einer erfolgreicherer Mobilisierung? Der DK hat das anvisierte Ziel von einem Drittel Teilnehmenden aus Stillen Gruppen erreicht. Allerdings merken die interviewten Personen an, dass es weiterhin Verbesserungspotential gebe, insbesondere in Bezug auf die Konzeptionierung der Ideenwerkstätten. Die Bürgerwerkstadt Werder weist mit dem Ansatz, den Prozess an die Teilnehmenden anzupassen, große Erfolge auf. Insbesondere in Bezug auf die beiden deliberativ aufgebauten Formate in Frankfurt und Werder können die Schritte der Kontaktaufnahme, des Schaffens von Vertrauen sowie das lebenswelt- und problembezogene Eingehen auf die akuten Bedürfnisse der Adressat*innen identifiziert werden (vgl. Gusy/Farnir 2016). In Bezug auf das Bürgerbudget Eberswalde können sowohl die Absenkung des Wahlalters als auch die Online-Abstimmung als sehr erfolgreich gewertet werden; zudem werden durch die umrandenden Mitmachangebote vor allem junge Familien mobilisiert. Die interviewten Personen des Bürgerhaushalts Stuttgart ziehen ein weniger eindeutiges Fazit, was u. a. der Tatsache geschuldet ist, dass keine Daten über teilnehmende Stille Gruppen erhoben werden. Eine der interviewten Personen zieht das Fazit, dass jede erreichte Person schon als Erfolg zu werten sei. Zudem seien bei Veranstaltungen Teilnehmende aus diversen Kulturkreisen und Sprachhintergründen sowie viele Frauen anwesend gewesen. Allerdings habe der Bürgerhaushalt nicht die erhoffte Sichtbarkeit bekommen.

Um abschließend auf die Hypothese zurückzukommen, kann geschlussfolgert werden, dass in allen untersuchten Projekten der Abbau von Hürden innerhalb der mobilisierenden Methoden mit dem Ziel der Niederschwelligkeit (vgl. Wendt 2017) berücksichtigt wurde und dass dies vielen, aber nicht allen Stillen Gruppen die Teilnahme erleichtert. Insbesondere diejenigen Personen, die in keiner Form organisiert sind, können kaum mobilisiert werden.

6.4 H3 Methoden

In Hypothese 3 geht es um folgende Annahme: „Handelt es sich um eine aktive Methode, nehmen Personen an der demokratischen Innovation eher teil“. Neben der Frage, welche Methoden in den Projekten angewendet werden, ist ebenso die Einschätzung der Expert*innen bezüglich der Methoden und deren Weiterentwicklung von Relevanz.

Zunächst ist festzuhalten, dass ausgenommen von der Bürgerwerkstatt Werder, alle Projekte auf klassische Werbemaßnahmen wie Flyer, Plakate und Broschüren zurückgreifen. An dieser Stelle ist das Bürgerbudget Eberswalde hervorzuheben, da dort ein besonderer Fokus auf das Marketing gelegt wird, was sich in Richtung Guerilla-/Erlebnismarketing bewegt. An beliebten Orten werden Baumschutzbanner angebracht, sodass möglichst viele Menschen dies sehen können. Eine weitere zentrale Werbestrategie ist das *C-to-C*, das *Consumer-to-Consumer-Marketing*. Eberswalde setzt gezielt auf das Marketing durch Menschen und das damit verbundene Anwerben und Verbreiten von Informationen untereinander. So mobilisieren Menschen ihre Bekannten, Freunde, Vereinsmitglieder, Nachbarn oder Menschen im sonstigen Umfeld, weshalb z. B. explizit Vereine und Organisationen kontaktiert werden. Die Menschen fungieren selbst als Multiplikator*innen. Das Konzept der Multiplikator*innen wird auch in Stuttgart mit einer etwas anderen Herangehensweise umgesetzt. Darüber hinaus wird bei Eberswalde mit sogenannten *Insta-Walls* (dekorative Hintergründe) gearbeitet. Dies bedeutet, dass besondere Hintergrundwände erstellt werden, um Fotos zu machen und diese bestenfalls bei der Social Media-Plattform *Instagram* hochzuladen, sodass das Bürgerbudget Eberswalde mehr Aufmerksamkeit bekommt. Solche Maßnahmen sind zwar eher als passiv einzuordnen, da diese Formate eine allgemeine Adressierung vornehmen und nicht direkt an einzelne Personen gerichtet sind; jedoch ist die Idee der *Insta-Walls* als innovativ und zeitgemäß einzuordnen und bietet aufgrund der Relevanz sozialer Netzwerke ein großes Potential für die Reichweite des Projekts. Zudem werden durch diese Formen des Marketings vor allem junge Menschen, klassische Nutzer*innen von Social Media angesprochen. Ebenso arbeitet das Bürgerbudget Eberswalde mit Symbolen, wie dem Stimmtaler, was zu einem Wiedererkennungswert führt. In Bezug auf den Bürgerhaushalt Stuttgart ist hinzuzufügen, dass auch die regionale Presse darüber berichtet und ein Buch mit Ergebnisberichten zur Verfügung steht. Außerdem gibt es Auftritte im Fernsehen wie beim arabischen Sender Al Jazeera. Über diesen Kanal können andere Zielgruppen abgeholt werden, die beispielsweise über Flyer eher nicht zu erreichen sind. Hier zeigt sich eine Parallele zum *Grassroot-Campaigning*, bei dem gezielt zentrale Orte im öffentlichen Raum aufgesucht werden (vgl. Neumann 2013: 117). Eine der zentralen und aktiven Methoden, die beim DK Frankfurt und beim Bürgerhaushalt Stuttgart angewendet werden, ist das Herantreten an diverse Institutionen. Beim Bürgerhaushalt Stuttgart werden Multiplikator*innen eingesetzt, die laut Expert*innen authentisch auftreten und durch ihre eigene Begeisterung Menschen zur Teilnahme motivieren. Damit wird deutlich, dass kein neutrales Auftreten bei der Gewinnung von Teilnehmenden angestrebt wird. Zudem sind die Multiplikator*innen in Stuttgart auch regelmäßig zu bekannten Zeitpunkten in

öffentlichen Räumen wie Cafés anzutreffen und versuchen so, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Prinzipiell können der DK Frankfurt und der Stuttgarter Bürgerhaushalt durch das direkte Zugehen auf Institutionen wie Vereine, Schulen oder Seniorenheime verschiedene Bevölkerungsgruppen ansprechen. Weiterhin setzen alle Projekte (außer die Bürgerwerkstatt Werder) auch auf persönliche Kontakte, sodass schwer erreichbare Personen durch andere informierte Bekannte für die Projekte gewonnen werden können. Im Fall Eberswalde wird auf das *C-to-C-Marketing* gesetzt, um das Vertrauensverhältnis unter Bekannten und Freunden zu nutzen, die sich untereinander über das Bürgerbudget informieren. Dieses Vorgehen der einzelnen Projekte entspricht in Teilen dem typischen Vorgehen von *Streetwork*, bei dem zunächst der Kontakt aufgebaut werden soll, anschließend ein Veränderungsprozess initiiert wird, welcher anschließend begleitet wird (vgl. Gusy/Farnir 2016). Für den Kontaktaufbau muss ein gewisses Vertrauensverhältnis geschaffen werden, welches durch Eigeninitiative, Kontaktfreudigkeit und Ausdauer erreicht werden soll (vgl. Gusy/Farnir 2016). Auch beim *Grassroot-Campaigning* sind persönliche Kontakte ein wichtiger Aspekt, wodurch die Kommunikation vereinfacht werden soll (vgl. Neumann 2013: 118).

Der DK Frankfurt hat aufgrund der Erfahrungen des ersten Demokratiekonvents 2019 eine weitere Methode erarbeitet, nämlich das Konzept der Ideenwerkstätten, was in Form von Workshops angedacht ist. Dies konnte aufgrund der Covid-19-Pandemie noch nicht umgesetzt werden, jedoch wurden als Alternative Expert*inneninterviews mit Menschen aus Zielgruppen durchgeführt. So wurde die Perspektive von Menschen aus bestimmten Gruppen – wie z. B. Jugendliche – durch die Interviews erfragt und damit bereits signalisiert, dass deren Ansichten wichtig sind. Das Konzept der Ideenwerkstätten kann als besonders aktive Methode betrachtet werden, da gezielt mit bestimmten Menschen zusammengearbeitet wird und in Workshops auf verschiedene Weisen Ideen und Vorstellungen erarbeitet werden. Auch die Bürgerwerkstatt Werder sammelt über Workshops Ideen, bei der die Teilnehmenden zufällig ausgelost werden. Insgesamt sind die Arbeitsprinzipien der aufsuchenden sozialen Arbeit in den Methoden wiederzuerkennen. Die Kontaktaufnahme zu den Menschen über beispielsweise Institutionen, öffentliche Räume und das Veranstellen von Workshops wie die Ideenwerkstätten berücksichtigen unter anderem das Prinzip der Bedürfnis- und Lebensweltorientierung (vgl. Wendt 2017: 329). Innerhalb der Projekte wird versucht, die Menschen in ihren jeweiligen Lebenswelten (wie z. B. Schulen) abzuholen und dabei stehen die Initiator*innen als Ansprechpartner*innen bereit (vgl. Wendt 2017: 329). Das Arbeitsprinzip der Freiwilligkeit wird insbesondere am Beispiel des Bürgerhaushalts Stuttgart deutlich, bei dem sich die Multiplikator*innen in Cafés aufhalten und als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen,

sodass Interessierte auf die Multiplikator*in zugehen können (vgl. Wendt 2017: 329). Das Prinzip der Akzeptanz spiegelt sich z. B. auch in dem Konzept der Ideenwerkstätten beim DK wider, da in diesem Format die Vorstellungen und Ideen der Teilnehmenden aufgenommen werden sollen (vgl. Wendt 2017: 329f.). Ein*e Interviewpartner*in des DK teilte bzgl. der Ideenwerkstätten mit:

„Wir werden Leute nicht dafür überreden, dass die da mitmachen. Weil das wäre glaube das falsche Zeichen. Aber unsere Erwartungshaltung war natürlich schon ganz generell, dass durch die Ideenwerkstätten dem Ganzen bisschen mehr Raum gegeben wird und man mehr Zeit und mehr Sensibilität hat, um verschiedene Standpunkte erstmal klarzumachen.“

Dies verdeutlicht, dass es den Teilnehmenden durch die Ausgestaltung des Formats vereinfacht werden soll, ihre Ansichten zu teilen. Mittels des authentischen Auftretens der Multiplikator*innen des Stuttgarter Bürgerhaushalts und des Einholens von Feedback bei den Hausbesuchen der Bürgerwerkstatt Werder wird ebenfalls eine Akzeptanz gegenüber potentiellen Teilnehmenden signalisiert und versucht, beherrschenden Umgang zu vermeiden.

Abschließend ist bei den verschiedenen Methoden der Projekte das Losverfahren genauer zu beschreiben. Generell zeichnet sich die Zufallsauswahl dadurch aus, dass jede*r Bürger*in die gleiche Chance zur Teilnahme erhalten soll (vgl. Smith/ Setälä 2018: 4). Sowohl der DK als auch die Bürgerwerkstatt Werder wenden ein zufallsbasiertes Losverfahren an. Beim DK werden auf diese Weise zwei Drittel der Teilnehmenden ausgewählt. Basierend auf dem Melderegister werden Personen ausgelost, die anschließend mit einem offiziellen Einladungsbrief kontaktiert werden, welcher vom Oberbürgermeister unterzeichnet wurde. Werder hingegen wendet ein aufsuchendes Losverfahren an, welches in sieben Schritten durch eine Zufallsauswahl stattfindet. Dabei werden bei der Grundgesamtheit die infrastrukturellen Alterskohorten berücksichtigt und die Personen schließlich über ein Anschreiben kontaktiert. Zudem werden stets jeweils zwei Männer und Frauen je Alterskohorte ausgelost und aufgesucht. Gibt es keine Rückmeldung auf das Anschreiben, so werden diese Personen gezielt durch das „von Tür zu Tür Gehen“ aufgesucht, um diese Menschen dennoch zu mobilisieren oder alternativ ein Feedback z. B. via Fragebogen zu erhalten. Falls die Personen nicht zuhause sind, wird ein Brief hinterlassen, der deutlich machen soll, dass großes Interesse besteht, diese Person persönlich sprechen zu können und ausdrückt, dass die Stadt sich für die Meinung der Person interessiert – hierbei geht es um die Vermittlung einer wertschätzenden Haltung.

Die Expert*innen konnten mit Blick auf ihre Methoden prinzipiell einen Einfluss auf die Mobilisierung bestätigen, jedoch ist das Urteil beim Stuttgarter Bürgerhaushalt etwas ambivalenter. Beim DK konnten knapp 30 % der Teilnehmenden aus Stillen Gruppen

mobilisiert werden, allerdings wird angemerkt, dass damit nicht automatisch eine Qualität der Teilhabe einhergehe (siehe hierfür Kap. 6.5).

Hinsichtlich der Ideenwerkstätten wird erwartet, dass aufgrund der Bereitstellung eines Raumes, der Zeit und der dadurch entstehenden Sensibilität auch eine qualitativ hochwertige Teilhabe erreicht werden kann. Dies kann jedoch aufgrund der fehlenden praktischen Umsetzung noch nicht endgültig beurteilt werden. In Bezug auf die offiziellen Einladungsbriefe für die zwei Drittel der Teilnehmenden soll mit Hilfe der Unterschrift des Oberbürgermeisters Kreditabilität geschaffen werden. Sowohl aus dem Interview der Bürgerwerkstatt Werder als auch des Bürgerbudgets Eberswalde ergibt sich, dass Teilnehmende nachhaltig für Politik aktiviert werden können, da die Verfahren entweder interessant gestaltet waren und/oder signalisiert wurde, dass man als Bürger*in Politik mitbestimmen kann. Generell steht laut Experten beim Bürgerbudget Eberswalde das Verfahren an sich im Mittelpunkt und nicht die Marketingmaßnahmen zur Mobilisierung. Bei der Bürgerwerkstatt Werder wird ebenfalls hervorgehoben, dass die Politik bzw. Verwaltung das Projekt nach ersten Erfahrungen mit den Workshops ernster genommen hatte.

Die Interviewten des Bürgerhaushaltes Stuttgart betonen unter anderem, dass die Mobilisierung in erster Linie von den Multiplikator*innen selbst abhängt, da sie durch ihre Person und ihr Engagement individuell mobilisieren. Die Veranstaltungen z. B. im Mehrgenerationenhaus werden als recht erfolgreich hinsichtlich der Teilnehmendenzahl und der aktiven Teilnahme von Frauen beurteilt. Ein*e Expert*in merkt allerdings an, dass man nicht noch einmal so viel Zeit und Geld investieren würde für dieses Format. Einmalig wurde eine Diskussionsveranstaltung durchgeführt, diese wird jedoch als enttäuschend bewertet. Zudem konnten weder Migrant*innen noch Jugendliche über Flyer erreicht werden. Diese Gruppen seien eher durch aktives Aufsuchen zu erreichen. Außerdem sei bei der Mobilisierung von Migrant*innen aufgrund sprachlicher Barrieren das Dolmetschen ein ausschlaggebender Punkt für den Erfolg. Ältere Menschen hingegen konnten gut erreicht werden, da direkt an deren Aufenthaltsorten (z. B. Volkshochschule) mobilisiert wurde. Prinzipiell wird in den Interviews die Problematik der Institutionalisierung des Verfahrens und die Stellung der Ehrenamtlichen kommuniziert. Durch regelmäßig wechselnde Ehrenamtliche in den Arbeitskreisen und die geringe Unterstützung von Hauptamtlichen wird die Umsetzung des Verfahrens erschwert.

Schließlich ist auf den Aspekt der Weiterentwicklung der Methoden einzugehen. Die Bürgerwerkstatt Werder hat im Verlauf der Zeit keine bestimmten grundsätzlichen Veränderungen und Weiterentwicklungen im Verfahren vorgenommen. Der DK Frankfurt hingegen hat mit den Ideenwerkstätten ein neues Konzept entwickelt, durch welches Stille

Gruppen gezielter erreicht und miteinbezogen werden sollen. Generell wird in den Interviews mit dem DK festgehalten, dass dieser diverser geworden sei. Beim Bürgerhaushalt Stuttgart werden Schritt für Schritt kleine Veränderungen vorgenommen, da das Verfahren als im Prozess lernend charakterisiert wird. Zum Beispiel wurden Unterschriftenlisten als neue Beteiligungsmöglichkeit eingeführt, die die Teilnehmendenzahlen beeinflusst haben. Ebenso wird die Diversität als höher eingeschätzt als bei früheren Bürgerhaushalten. Allerdings wird im Falle Stuttgarts laut ein*er Expert*in der Grad der Beteiligung im Verhältnis zu der Höhe der Investitionen durch Multiplikator*innen und Stadt als gering eingestuft. Das Bürgerbudget Eberswalde hat in den letzten Jahren wohl die größte Veränderung erfahren, da seit 2011 das Verfahren von einem Bürgerhaushalt hin zu einem Bürgerbudget entwickelt wurde, das nun weniger technokratisch und mehr entscheidungsorientiert aufgebaut ist, was zu einer höheren Beteiligung geführt hat.

Zusammenfassend kann Hypothese 3 grundsätzlich bestätigt werden, da sich anhand der genutzten Methoden und der Einschätzung der Expert*innen zeigt, dass durch aktive Methoden die Beteiligung positiv beeinflusst wurde. Es lassen sich mehrfach Rückbezüge zur Theorie herstellen, die sich nach den Angaben der Interviewpartner*innen in der Praxis bestätigen lassen. Insbesondere Konzepte aus dem Bereich der Sozialen Arbeit – welche als überwiegend aktiv eingestuft werden können – wurden besonders häufig genannt. Die einzelnen Projekte konnten mit ihren Methoden Erfolge erzielen in Bezug auf die Mobilisierung. Die Expert*innen des Stuttgarter Bürgerhaushaltes schätzen den Erfolg der Methoden allerdings eher kritisch ein, was zum Teil in Zusammenhang mit der ungenügenden institutionellen Einbettung des Verfahrens gebracht wird (siehe auch Kap. 6.7). Basierend auf den Erkenntnissen aus den Expert*inneninterviews lässt sich der Schluss ziehen, dass eine wertschätzende Kontaktaufnahme auf Augenhöhe und innerhalb der Lebensräume der Menschen als besonders erfolgreich angesehen werden kann.

6.5 H4 Teilhabe

Nachdem in den vorausgegangenen Unterkapiteln insbesondere mobilisierende Methoden und ihre Wirkung auf die Teilnahme von Menschen an demokratischen Innovationen untersucht wurden, soll in diesem Unterkapitel der Fokus auf aktivierende Methoden während des Verlaufs der Verfahren gelegt werden. Die zu untersuchende Hypothese 4 lautet: „Für den deliberativen Prozess bedarf es nicht nur der formalen Teilnahme, sondern auch einer qualitativen Teilhabe Stillen Gruppen, welche durch aktivierende Methoden im Prozess gefördert wird“.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass auf Grundlage der zuvor dargelegten Projektbeschreibungen der einzelnen demokratischen Innovationen im engeren Sinnen v. a. die Bürgerwerkstatt Werder und der DK Frankfurt als deliberativ konzipierte Verfahren eingeordnet werden können. Beim Bürgerbudget Eberswalde und beim Bürgerhaushalt Stuttgart handelt es sich dagegen um entscheidungsorientierte Verfahren, die im strengeren Sinne nicht als deliberativ bewertet werden können. Allerdings beinhaltet der Bürgerhaushalt Stuttgart durch das Abhalten von Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld des eigentlichen Abstimmungsverfahrens durchaus deliberative Elemente.

Was kann nun über die qualitative Teilhabe und die Wirkung aktivierender Methoden im Prozess bei dem Vergleich der untersuchten demokratischen Innovationen festgestellt werden? Zunächst soll hier ein Blick auf die verwendeten Methoden im Prozess geworfen werden. Für die beiden deliberativen Verfahren in Werder und Frankfurt fällt auf, dass in beiden Fällen die Relevanz einer vertrauensvollen und angenehmen Atmosphäre mittels kleiner Diskussionsgruppen unterstrichen wird. Im Rahmen des DK Frankfurt finden Diskussionen sowohl in der Groß- als auch in der Kleingruppe statt. Für die Kleingruppen ist eine maximale Anzahl der Diskussionsteilnehmenden von fünf Personen festgelegt. In Werder liegt die maximale Gruppengröße bei 13 Personen. Insgesamt wird in beiden Verfahren darauf geachtet, die Teilnehmenden grundsätzlich in die Ausgestaltung des deliberativen Verfahrens miteinzubeziehen. Für den DK Frankfurt bedeutet dies, dass Teilnehmende laut den interviewten Expert*innen die Vorgehensweise des Demokratiekonvents in der Planungsphase direkt mitgestalten. Auch innerhalb des Verfahrens wird versucht, (vermeintliche) Hürden, wie etwa sprachliche Barrieren, die Angst, sich „falsch“ auszudrücken oder eine vermeintliche Hierarchisierung durch die Art der Anrede zu vermeiden. Zu diesem Zweck wird eine möglichst einfache Sprache angestrebt sowie für den Zeitraum des Verfahrens ein „Arbeits-Du“ verwendet und von der Nennung akademischer Titel abgesehen. Hier lässt sich ein Rückbezug zur Theorie herstellen, in welcher bereits betont wurde, dass Arbeitsgruppen nicht von Professionellen dominiert werden dürfen (vgl. Wendt 2017: 339f.).

Zudem wird vor der Gruppendiskussion mittels Spielen, Kennlernmöglichkeiten und lockeren Unterhaltungen, beispielsweise zu Hobbies, versucht, eine vertrauensvolle und ungezwungene Atmosphäre innerhalb der Diskussionsgruppen zu erzeugen. In den Ausführungen des DK Frankfurts und der Bürgerwerkstatt Werder sind einzelne Prinzipien der aufsuchenden sozialen Arbeit wiederzufinden, wie etwa die Niederschwelligkeit, die Bedürfnis- und Lebensweltorientierung sowie Akzeptanz gegenüber den Adressant*innen (Wendt 2017: 229f.).

Im Interview mit dem DK Frankfurt wurde außerdem auch die wichtige Rolle der Moderator*innen für die Dynamik und die qualitative Teilhabe stiller Gruppen betont. In Bezug auf den ersten und bisher einzigen durchgeführten Demokratiekonvent 2019 betonte ein*e interviewte*r Expert*in, es sei „wahnsinniges Glück, dass alle unsere Moderator*innen mochten, also die hatten eine sehr positiv einnehmende Art, nicht dominant aber irgendwie einfach super herzlich“. Eine Methode, die daher sowohl vom DK Frankfurt als auch der Bürgerwerkstatt Werder verwendet wird, um potenzielle Ungleichheiten auszugleichen, ist der Einsatz von (geschulten) Moderator*innen. In beiden Interviews wird die besonders wichtige Rolle des*der Moderator*in betont. Es sei Aufgabe des*der Moderator*in eine unglaubliche Positivität mitzubringen und Sicherheit über das, was gerade passiere, auszustrahlen. Der*die Moderator*in sei dafür zuständig, dafür zu sorgen, dass „die Leute [...] an diesen Workshoport kommen und die müssen einfach spüren, oh hier passiert heute was Cooles, das wird Spaß machen und das muss man total vermitteln“. Außerdem sei es wichtig, dass der*die Moderator*in sensibel auf die einzelnen Teilnehmenden und ihr Wohlbefinden im Verfahren eingehe:

„Und dann muss man natürlich auch ein Auge darauf haben, wenn jemand sich dann da nicht wohlfühlt, muss man immer sofort interagieren.“

Im Gegensatz zum DK Frankfurt wurden im Expert*inneninterview mit der Bürgerwerkstatt Werder insbesondere aktivierende Methoden im Prozess mittels einer Verteilung von Aufgaben (Wer schreibt was auf? Wer ist für was zuständig?) betont. Außerdem werden möglichst partizipative Vorgehensweisen, wie etwa „Punkte kleben“ zur Priorisierung der Wahl, Schreiben auf Kärtchen oder Aufgeschriebenes vorlesen lassen, gewählt. Auch werden Abstimmungen mittels des Aufstellens im Raum durch körperliche Positionierung durchgeführt. Diese Vorgehensweise weist starke Parallelen zum im Voraus vorgestellten Verfahren der aktivierenden Befragung auf, bei der es konzeptionell von großer Bedeutung ist, dass die Teilnehmenden das Gefühl bekommen, dass etwas passiert und die Ideen tatsächlich eine Wirkung haben (vgl. Lüttringhaus/Richers 2013: 384; Wendt 2017: 339). Insgesamt wird im Interview unterstrichen, dass solche Methoden den Teilnehmenden vermitteln, dass ihre Idee nicht verloren gehe und ihr Vorschlag für den Entscheidungsprozess relevant sei:

„Und ganz wichtig, wenn die Leute was aufgeschrieben haben und geben ihnen einen Zettel in die Hand, dann muss damit irgendwas passieren. Der muss an der Wand hängen, der muss auf dem Boden liegen, damit muss irgendwas passieren. Die müssen das Gefühl haben, hey hier passiert was, es geht weiter, meine Idee, die ich gerade hatte, das was ich da aufgeschrieben habe, das geht jetzt in den Prozess rein.“

In klassischen Beteiligungsverfahren wird oftmals ein hohes Maß an Eigeninitiative und Flexibilität von den Beteiligten erwartet, die Verfahren sind Bödeker (2012: 3) zufolge daher

entsprechend voraussetzungsreich. Auch Böhnke (2011: 20) macht deutlich, dass aktive Teilhabe auf Fähigkeiten wie Verhandlungsgeschick, Redegewandtheit und Selbstvertrauen beruht. Ziel der Projekte muss es daher sein, die Teilhabe unabhängig von den jeweiligen Voraussetzungen zu gestalten.

Für die beiden entscheidungsorientierten Verfahren im Bürgerbudget Eberswalde und im Bürgerhaushalt Stuttgart ist deutlich weniger bezüglich der Verwendung aktivierender Methoden und ihrer Wirkung festzustellen. Während des Abstimmungsverfahrens im Rahmen des Bürgerhaushalts Stuttgart findet während der Einreichungsphase der Vorschläge eine Moderation des Online-Forums statt. Außerdem wird anschließend versucht auf die Bürger*innen, welche einen Vorschlag eingereicht haben, zuzugehen. Konkret ist hiermit gemeint, dass bei den Teilnehmenden nachgefragt wird, ob ihr Vorschlag mit anderen inhaltlich ähnlichen Vorschlägen zusammengefasst werden darf, um so die Anzahl der finalen Anträge zu verringern und die Chance auf Umsetzung zu erhöhen. Allerdings wird diese Aufgabe von den befragten Multiplikator*innen als zum Teil sehr schwierig und vor allem sehr langwierig und zeitaufwendig dargestellt.

Im Vorfeld der Entscheidung zum Bürgerhaushalt Stuttgart haben zur besseren Information und Aktivierung der Stuttgarter Bürger*innen außerdem Diskussionsveranstaltungen stattgefunden. Allerdings wurden diese von den befragten Expert*innen als „Enttäuschung“ bewertet, da sie nur von wenigen Personen angenommen wurde und nach Wahrnehmung der Organisator*innen unter den Teilnehmenden an diesen Veranstaltungen eher keine Angehörigen Stiller Gruppen waren.

„Und bei diesen Diskussionsveranstaltungen, die wir jetzt das erste Mal gemacht haben, war es noch viel schlimmer, weil da kommen ja wirklich nur Aktive hin, also da kommen gerade diese stillen Gruppen gar nicht hin. Insofern denke ich werden die nicht mehr stattfinden. Also das war ein Test und der war nicht erfolgreich und ich denk auch unter dem Thema Exklusion ist es nicht zielführend.“

Da das Format der Diskussionsveranstaltungen als wenig erfolgreich bewertet wird, was die Adressierung und die Teilhabe Stiller Gruppen angeht, kommen die Interviewpartner*innen zu dem Schluss, dass die deliberative Vorgehensweise in Form von Diskussionsveranstaltungen eher hinderlich sei. Dieser Befund deckt sich mit den bereits erwähnten Ausführungen von Böhnke. Sie geht davon aus, dass derartige moderne Partizipationsformen (z. B. Diskussionsveranstaltungen) Eigeninitiative und Flexibilität voraussetzen und es insbesondere auf Selbstbewusstsein und Kommunikationsfähigkeiten ankommt (vgl. Böhnke 2012: 3). Eine Erweiterung der Beteiligungsformen führe nach Böhnke somit nicht zwangsläufig zu einer höheren Diversität der Teilnehmenden, dies illustrieren auch die Ausführungen der Expert*innen aus Stuttgart. Das von Böhnke beschriebene Spannungsfeld zwischen klassischen

Wahlen, an denen weniger Personen teilnehmen und Partizipationsformen, die für Stille Gruppen zu große Hürden darstellen, wird von den Interviewpartner*innen folgendermaßen adressiert (vgl. Böhnke 2011: 19):

„Und unter diesen Gesichtspunkten gehört für mich diese Diskussionsveranstaltung in den Gemeinderat.“

Hier wird die Relevanz der Institutionalisierung und Kompetenzverteilung deutlich; dieser Aspekt wird in Kap. 6.7 ausführlicher aufgegriffen.

Das Bürgerbudget Eberswalde bezeichnet sich selbst als nicht-deliberatives Verfahren. Laut der*des befragten Expert*in sind keine aktivierenden Methoden im Verfahren festzustellen:

„[W]ir sind nicht deliberativ. Wir sind kein diskursives Verfahren, wird nicht auch irgendwie in kleinen Foren, Workshops noch über die Vorschläge diskutiert, überhaupt nicht. Da gehen wir auch sehr offen und transparent mit um, sondern bei uns geht es um Entscheidungen, man nennt das auch, bei bürgerhaushalt.org nennt man das ja entscheidungsorientiert und das heißt damit haben wir ja schon Hürden abgebaut.“

Allerdings kommt das Forschungsteam auf Grundlage der Auswertung des Expert*inneninterviews zu dem Schluss, dass sich im Zuge des „Tages der Entscheidung“ in Eberswalde durchaus Elemente finden lassen, die einen deliberativen Austausch, wenn auch in einem nicht institutionalisierten Setting, ermöglichen und sich auf die Entscheidungsfindung der Teilnehmenden auswirken. Laut Interviewpartner*in laden insbesondere die Mitmach- und Essensangebote im Familiengarten zum Verweilen ein und fördern den Austausch untereinander. Allerdings wird auch betont, dass besonders ältere Menschen, die sich von diesen Angeboten eher weniger angesprochen fühlten, sich nur kurz zur Abgabe ihrer Stimmen einfinden würden. Zu einem Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, der dann im klassisch deliberativen Sinne den „eigentümlich zwanglose[n] [...] Zwang des besseren Arguments“ (Habermas 1995: 47) hervorbringt, kommt es im Rahmen des Eberswalder Bürgerbudgets daher nicht. Dennoch können einzelne Elemente, die einen diskursiven Austausch fördern, ausgemacht werden. An dieser Stelle kann der transparente Umgang mit den Vorschlägen (siehe auch Kap. 6.3) bereits in den Monaten und Wochen vor dem Entscheidungstag erwähnt werden. Diese Transparenz kann einen Austausch zwischen den Bürger*innen anregen. Dieser Aspekt lässt sich nicht eindeutig nachweisen, wird jedoch von der*dem Expert*in hervorgehoben und kann ansatzweise als deliberativ interpretiert werden. Wichtiger als der Prozesse der Deliberation im Verfahren erscheint im Falle des Bürgerbudgets Eberswalde jedoch der hohe Grad der Institutionalisierung (rechtliche bindende Abstimmung, gegen die politische Umsetzung der Vorschläge kann juristisch vorgegangen werden), der laut interviewten Expert*innen dazu führt, dass gerade bei Stillen Gruppen das Gefühl der

Selbstwirksamkeit ausgelöst bzw. verstärkt wird. Dies habe nach Eindruck der Expert*innen auch Auswirkungen auf die Teilhabe an Demokratie von Bürger*innen allgemein.

In Bezug auf Hypothese vier zeigt sich auf Grundlage der ausgewerteten Expert*inneninterviews ein gemischtes Bild. Einerseits verdeutlichen die Ergebnisse aus Werder und Frankfurt die Wichtigkeit der Ausgestaltung des Verfahrens: So können durch den Einsatz von geschulter Moderation und auflockernder, interaktiver Elemente sowie Maßnahmen wie dem „Arbeits-Du“ Hürden der Beteiligung abgebaut werden. Nach Eindruck der Expert*innen wird so tatsächlich (zumindest phasenweise) Teilhabe im deliberativen Sinne ermöglicht.

Gleichzeitig verdeutlicht das Beispiel Eberswalde, dass letztlich die Art des Verfahrens (entscheidungs- oder diskursorientiert) und die institutionelle Verankerung entscheidend dafür sind, ob das Verfahren von Stillen Gruppen angenommen wird oder nicht. Ein verstärktes Einbringen Stiller Gruppen kann auch durch eher entscheidungsorientierte Verfahren erreicht werden, die nur im weiteren Sinne (z. B. Möglichkeiten des Austausches vor und nach der Abstimmung beim Bürgerbudget Eberswalde) als deliberativ eingeordnet werden können. Zuletzt illustriert das Beispiel des Bürgerhaushaltes Stuttgart, dass deliberative Formate in Form von Diskussionsveranstaltungen Stille Gruppen kaum erreichen. Grund dafür ist die Gestaltung dieser Veranstaltungen, die eine hohe Eigeninitiative voraussetzt und größtenteils bereits aktive bzw. interessierte Menschen mobilisiert. Somit kann Hypothese vier nur für die zwei ausdrücklich deliberativen Projekte eindeutig bestätigt werden. Die Expert*innen verdeutlichen, dass es aktivierender Methoden im Prozess bedarf, um Stillen Gruppen eine tatsächliche Teilhabe an der demokratischen Innovation zu ermöglichen. In Bezug auf die anderen beiden Projekte können deliberativ gestaltete Aspekte im Ansatz identifiziert werden.

6.6 H5 Herangehensweise

Wertet man die untersuchten Projekte entlang der fünften Hypothese „Durch das gezielte Kontaktieren und die Anpassung der Herangehensweise an die jeweilige Zielgruppe werden Interessen und Perspektiven Stiller Gruppen in den demokratischen Innovationen vertreten und miteinbezogen“ aus, wird erneut die Verschiedenheit der Projekte deutlich. Ziel der Auswertung ist es, herauszustellen, ob die jeweiligen Projekte spezifische und an Zielgruppen angepasste Herangehensweisen verwenden. Operationalisiert wird die Hypothese zum einen in Bezug auf eine spezifische Herangehensweise in der Mobilisierung und zum anderen hinsichtlich einer spezifischen Herangehensweise in der Aktivierung.

Vorab ist zu erwähnen, dass die Projekte in Eberswalde und Werder selbst nicht davon sprechen, eine an Zielgruppen angepasste Herangehensweise anzuwenden. Eberswalde beschreibt sich selbst als nicht-deliberatives Verfahren und sieht den Erfolg des Projektes eher im strukturellen Aufbau und der Veranstaltung des Bürgerbudgets selbst; dabei wird Erfolg vor allem an der Quantität der Teilnehmenden gemessen. Dennoch können auch bei diesem Projekt Momente identifiziert werden, bei welchen bestimmte Zielgruppen in den Blick genommen und bestimmte Herangehensweisen angewendet werden. Eberswalde versucht durch die Gestaltung des „Entscheidungstages“ mit Musik, kulinarischen Angeboten, kinderfreundlichem Programm und kostenlosem Eintritt in den Familiengarten, vor allem junge Familien anzusprechen. Auch handelt es sich bei der Örtlichkeit um einen barrierefreien Raum. Die angewendeten Methoden zur Mobilisierung könnten als spezielle Herangehensweise zur Mobilisierung von Familien und Menschen mit Kindern interpretiert werden. In Bezug auf das Verfahren ist zu erwähnen, dass auch kleinere Vorschläge mit geringem Budget und/oder kleiner Reichweite in der Stadt in die Auswahl aufgenommen werden. Es findet damit eine Öffnung auch für kleinere Projekte, Ideen und Vorstellungen statt. Diese Offenheit des Eberswalder Bürgerbudgets kann ebenfalls als eine spezielle Herangehensweise zur Mobilisierung gewertet werden. Darüber hinaus wird das sogenannte *C-to-C-Marketing*, das heißt die Anwerbung von Bürger*innen durch Bürger*innen selbst, als eine wirksame Strategie der Mobilisierung wahrgenommen. Dahinter steht die Annahme, dass Bürger*innen aufgrund ihrer eigenen Betroffenheit mehr Vertrauen in anderen Bürger*innen auslösen, und somit eher zur Beteiligung anregen können. So sind vor allem sonst schwer zu mobilisierende Menschen zu erreichen. In Eberswalde wird für die Evaluation des Bürgerbudgets kein explizites Feedback der Teilnehmenden eingeholt, allerdings melden sich Bürger*innen mit Lob, Kritik, Anmerkungen und Tipps per E-Mail bei der Stadt. Daher kann an dieser Stelle nicht geprüft werden, ob Stille Gruppen ihre Interessen vertreten sehen. Die Teilnehmendenzahlen sind konstant und steigen zum Teil, das Verfahren entwickelt sich weiter und bereits andere kleinere Kommunen in Brandenburg haben das Verfahren im Ansatz übernommen. Zentral in Eberswalde ist dabei das entscheidungsbasierte Verfahren selbst und die Verankerung in einer eigenen Satzung. Diese Verbindlichkeit wird von den Verantwortlichen als Alleinstellungsmerkmal betont. Daraus ergeben sich zwei Aspekte, die in der anschließenden Diskussion der Ergebnisse (Kap. 6.7) detaillierter aufgegriffen werden: einerseits die Verbindlichkeit, Institutionalisierung und Legitimation eines Verfahrens und andererseits der Aspekt des Verfahrens selbst, der Aufbau und die Gestaltung des Verfahrens. Ähnlich beschreibt sich auch der Bürgerhaushalt Stuttgart nicht als ein deliberatives Verfahren. In den geführten Interviews zeigt sich jedoch, dass die Multiplikator*innen durch ihre

Selbstrepräsentation und ihren eigenen Lebenslauf zu Repräsentant*innen für bestimmte Gruppen werden können. In dieser Funktion haben sie die Möglichkeit bestimmte Gruppen auf Basis von Erfahrungswerten anzusprechen und zu mobilisieren. Es findet auf den ersten Blick zwar keine Anpassung der Herangehensweise statt, aber durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Multiplikator*innen entsteht eine persönliche Ebene der Kommunikation. Diese Ebene wird je nach Zielgruppe und Bedürfnissen angepasst – eher intuitiv als an einem Leitfaden orientiert. In einem der Interviews wurde hervorgehoben, dass es wichtig sei, authentisch zu sein, damit die Menschen sich ernst genommen fühlen. Daraus lässt sich schließen, dass es im Kontakt vor allem um persönliche Aspekte und Emotionen geht. Es zeigt sich, dass auch in Stuttgart Aspekte einer spezifischen Herangehensweise je nach Zielgruppe auf dem persönlichen Engagement der Multiplikator*innen beruhen. Die Herangehensweise beschränkt sich ähnlich wie in Eberswalde auf die Mobilisierung zur Teilnahme. Auch in Stuttgart wird kein explizites Feedback zur Interessensvermittlung eingeholt. Es wurde zwar eine Evaluation des Bürgerhaushalts Stuttgart durchgeführt, diese zeigte allerdings ein durchwachsenes Bild. Expert*innen beklagten eine mangelhafte Umsetzung der Vorschläge durch die Stadt. Auch sei kritisch zu bewerten, dass die Rolle der Multiplikator*innen missverständlich als Repräsentant*innen für einen Vorschlag verstanden werde. Es kann nicht abschließend geklärt werden, ob eine spezifische Herangehensweise vor allem Stille Gruppen mobilisiert und ob diese dann im Verfahren durch zielgruppenorientierte Methoden ihre Interessen vertreten sehen.

Der persönliche Aspekt findet sich auch in der Bürgerwerkstatt Werder wieder. Das Interview hat deutlich gemacht, dass die persönliche Einstellung zum Projekt und die Haltung der organisierenden Personen als ausschlaggebend bewertet werden. Vermehrt wurde darauf hingewiesen, dass es bei der Ansprache von Menschen darum gehe, eine offene und wertschätzende Haltung einzunehmen, so könne man der Zielgruppe vermitteln, dass deren Meinungen und Aussagen von Relevanz für das gesamte Projekt sind. Das Einnehmen einer wertschätzenden Haltung baue Vertrauen zu der Zielgruppe auf. Den Menschen das Gefühl zu geben, ihre Meinung sei unerlässlich für die Erarbeitung des Projekts, sei dabei essenziell. Das von-Tür-zu-Tür-Gehen schaffe dafür den nötigen persönlichen Kontakt, um Teilnahmhürden zu erfragen und ggf. sogar abzubauen. Die wertschätzende Haltung ergebe sich durch den Respekt vor den Menschen, deren individuellen Lebensumständen und das Wahre der Einstellung, dass es sich „lohnt“ die Meinungen, Ideen und Vorstellung dieser Menschen zu erforschen. Diese wertschätzende Haltung kann demzufolge als spezifische Herangehensweise zur Mobilisierung betrachtet werden. Das „Sich-auf-andere-Menschen-einstellen“ stellt hier die

Methode dar. An dieser Stelle lässt sich ein Bezug zu den Prinzipien der Sozialen Arbeit herstellen. Mit Einfühlungsvermögen auf eine Zielgruppe zuzugehen und nicht aufklärerisch oder gar belehrend zu wirken, entspricht dem Prinzip der Akzeptanz. Hier ist ähnlich wie in der Herangehensweise von Werder der Person in ihrer Gesamtheit und in ihren „Lebensweisen, Vorstellungen, Strategien und Konstruktionen“ mit einer „akzeptierenden Arbeitsweise“ (Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V. 2018: 6) zu begegnen (vgl. Wendt: 329f.). So ist auch das Prinzip der interkulturellen Dialogfähigkeit in Werder sowie im Interview über die Arbeit der Multiplikator*innen in Stuttgart zu beobachten. Beide Projekte geben an, Handlungsweisen und Deutungsmuster der Adressat*innen „auch vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen kulturellen Prägung“ (Wendt 2017: 331) wahrzunehmen und zu verstehen. Ein verstehendes Zuhören ist essenziell in der aufsuchenden Sozialarbeit (vgl. Wendt 2017: 331f.).

Bei der Bürgerwerkstatt Werder lassen sich auch Aspekte zur Aktivierung durch spezifische Herangehensweisen beobachten. Es sei wichtig, den Teilnehmenden das Gefühl zu geben, dass etwas im Workshop passiere und dass ihre Teilhabe daran von großem Wert sei (der Aspekt der Selbstwirksamkeit wird in Kapitel 6.7 ausführlicher aufgegriffen). Auch hier wird die wertschätzende Haltung als grundlegend beschrieben. Die Wertschätzung könne sich unter anderem darin ausdrücken, dass die erarbeiteten Vorschläge und Ideen innerhalb des Workshops weitergegeben werden, dass mit den Ideen der Teilnehmenden etwas „passiert“, diese weitergedacht und erarbeitet, anerkannt und wahrgenommen werden. Die Wertschätzung im Prozess kann dahingehend als spezifische Herangehensweise zur Aktivierung interpretiert werden. Trotz der Identifizierung einer spezifischen Herangehensweise, kann die H6 in Bezug auf Werder nur schwer überprüft werden, da im Rahmen der Projekte keine Stillen Gruppen definiert werden. Es gibt keine Aussagen dazu, welche Menschen Stillen Gruppen zugehörig sind oder welche Gruppen speziell angesprochen werden. Die Grundannahme des Projektes liegt darin, mittels des aufsuchenden Losverfahrens eine Gruppe Menschen zu erreichen, die in sich heterogen ist, ohne explizit bestimmte Gruppen anzusprechen.

Der DK Frankfurt als deliberatives Verfahren verwendet verschiedene Methoden, um die Herangehensweise an die jeweiligen Zielgruppen anzupassen. Damit ist der DK das einzige Projekt, welches angibt, mittels spezifischer Ansprache auf Zielgruppen zuzugehen. Vor Beginn des eigentlichen Prozesses des DK werden seit 2020 sogenannte Ideenwerkstätten angeboten. Diese Ideenwerkstätten finden in Einrichtungen statt, die die jeweiligen Zielgruppen ansprechen, beispielsweise Vereine für Obdachlose, Netzwerke für migrantische Gruppen etc. Sie dienen einer ersten Ideensammlung, um eine Art Stimmungsbild der Stillen Gruppen zu

erfragen, z. B. Positionen, Meinungen und Ideen der Gruppen zu erarbeiten, die in klassischen demokratischen Prozessen wenig bis gar nicht zu Wort kommen. Dabei können auch Sozialarbeiter*innen zur Unterstützung, beispielsweise an Berufsschulen und zur Ausgestaltung der jeweiligen Ideenwerkstätten, hinzugezogen werden. Es findet demnach ein gezieltes Kontaktieren bestimmter Zielgruppen durch diese Ideenwerkstätte statt. Es kommt somit zu einer spezifischen zielgruppenorientierten Mobilisierung. Aber auch während des Verfahrens des DK werden verschiedene Herangehensweisen an die jeweiligen Zielgruppen angepasst. Allgemein wird eine einfache Sprache verwendet, um sprachlichen Ausschluss zu reduzieren, auch wird die Ansprache individuell sensibel vorgenommen. Das bedeutet auch, dass die Organisator*innen des Projektes sich vorab über die verschiedenen Institutionen informieren, um ihre Ansprache und Herangehensweise anzupassen. Ziel ist es, innerhalb des DK einen geschützten Raum bereitzustellen, in dem es wenig Hierarchien geben soll, damit sich alle miteinbezogen fühlen. Dadurch, dass es bei dem Verfahren vor allem um die aktive Einbindung und Beteiligung der Menschen und weniger um Partikularinteressen geht, haben die Teilnehmenden das Gefühl, wahrgenommen und damit auch miteinbezogen zu werden. Dies wurde auch im Feedback der Teilnehmenden so reflektiert. Damit ist der DK Frankfurt das einzige der untersuchten Verfahren, das auch explizit spezifische zielgruppenorientierte Herangehensweisen zur Aktivierung anwendet.

Abschließend kann resümiert werden, dass die Betrachtung der vier Projekte keine einheitliche Antwort zur Bewertung der Hypothese möglich macht. Während man bei den Projekten in Eberswalde und Stuttgart wenige bis keine Methoden zu den zielgruppenorientierten Herangehensweisen finden kann, zeigt sich bei Werder die wertschätzende Haltung gegenüber potenziellen Teilnehmenden als ausschlaggebend. Letztlich kann nur bei dem DK Frankfurt eine klar zielgruppenorientierte Herangehensweise zu Mobilisierung und Aktivierung beobachtet werden.

6.7 Diskussion der Ergebnisse

Neben den Ergebnissen in Bezug auf die Hypothesen konnten bei den Expert*inneninterviews noch weitere Aspekte beobachtet werden, die wichtige Erkenntnisse für die Mobilisierung und Aktivierung von Stillen Gruppen bieten. Hierbei werden erneut Rückbezüge zu den theoretischen Grundlagen deutlich, die bereits indizierten, dass vor allem sprachlichen Hürden, die Ankündigungen vor einem Besuch sowie das Gefühl der Wirksamkeit des Erarbeiteten relevante Aspekte sind (vgl. Kap. 4.3.2). Diese sollen im Folgenden zusammen mit den wichtigsten Ergebnissen der Auswertung diskutiert werden.

Authentizität

Aufgrund der Betonung innerhalb verschiedener Interviews ist hervorzuheben, dass in der Ansprache keinem bestimmten Muster gefolgt, sondern eher individuell vorgegangen und dabei auf ein authentisches Auftreten Wert gelegt wird. So betont eine interviewte Person: „Ich bin ich. Und absolut authentisch.“ (Interview Stuttgart). Wie aus den Arbeitsprinzipien der *Streetwork* bekannt ist, sind Aspekte wie Akzeptanz und Freiwilligkeit im Rahmen der persönlichen Ansprache relevant. Die Kontaktaufnahme fordert – insbesondere im Zusammenhang mit Stillen Gruppen – ein hohes Maß an Sensibilität, Verständnis und Einfühlungsvermögen. Die Bedeutung von Empathiefähigkeit wird im Interview zur Bürgerwerkstatt Werder besonders betont. Für die Kontaktaufnahme muss grundsätzlich zunächst Vertrauen aufgebaut werden, damit die Adressierten offen kommunizieren (möchten). Die Notwendigkeit von Vertrauen wird in einem Interview mit dem DK Frankfurt erwähnt und zeigt sich ebenso in den anderen Projekten dadurch, dass zu Mobilisierungszwecken u. a. auf persönliche Netzwerke gesetzt wird, in denen schon ein gewisses Vertrauensverhältnis aufgebaut wurde. Weiterhin ist anzumerken, dass eine authentische Kontaktaufnahme durch die Initiator*innen bzw. Multiplikator*innen wichtig ist, damit sie überzeugend wirken. Darüber hinaus wirkt sich die Authentizität der Organisator*innen auf die Adressierten aus und überträgt sich im besten Falle, sodass sie ihre Vorstellungen und Ideen kommunizieren können. Daher ist der Wohlfühlfaktor für die Teilnehmenden von hoher Relevanz, was ebenfalls in den Expert*inneninterviews zum Ausdruck gekommen ist. Der Aspekt der persönlichen und offenen Ansprache kann am Beispiel des Prekären Milieus veranschaulicht werden, in welchem die beschriebenen Stillen Gruppen hauptsächlich lokalisiert werden. Diese Menschen fühlen sich teils benachteiligt und ausgegrenzt, sodass z. B. eine Kontaktaufnahme auf eine belehrende Art und damit nicht auf Augenhöhe womöglich zu Unsicherheiten und Abneigung bei den Adressierten führen würde.

Sprache

Bei der Auswertung der Interviews mit dem DK Frankfurt fallen zwei Aspekte besonders auf: Zum einen wurde reflektiert, dass der gewünschte Anteil Stillen Gruppen mobilisiert wurde, dies aber nicht zwingend auf eine erfolgreiche Inklusion im Prozess schließen lasse. Dafür seien weitere Aktivierungsmethoden im Prozess nötig (siehe Kap. 6.5). Dies verdeutlicht, dass zwar die Quantität messbare Erfolge erkennen lässt, sie jedoch allein nicht ausreichend für eine gelungene Partizipation ist.

Der zweite Aspekt, der in dem Interview mit dem DK Frankfurt besonders herausstach, ist die Bedeutung von Sprache. Hierzu sagte der Interviewpartner:

„Ich glaube, Sprache ist in doppelter Hinsicht eines der elementaren Sachen, nicht nur bei der Ansprache, sondern auch im Prozess selber. Du hast es angesprochen mit Deutsch, dass wir es gerade nur auf Deutsch anbieten können. Was aus unserer Perspektive aber noch entscheidender ist, und das kennt ihr wahrscheinlich aus den Seminaren genauso, ist die sehr akademische Sprechweise, die sprachliche Hierarchien aufbaut und quasi Menschen, oder bestimmte Gruppen, und da war man selber auch schon mal, quasi so beeindruckt, dass man sich nicht traut, etwas zu sagen, obwohl das, was man sagt, wahrscheinlich genauso klug, oder noch mehr gehaltvoll ist, weil man sich halt häufig nicht an der Diskussion beteiligt. Insofern muss die Sprache einfach, klar und für alle verständlich sein und alle müssen diese Sprache im Prozess auch verwenden bestmöglich. Das vielleicht als Hinweis, da achtet natürlich die Kleingruppenmoderation wie die Großgruppenmoderation drauf. Genauso haben wir die Methode des Arbeits-Dus, das heißt, alle Leute werden geduzt, wenn sie vor Ort sind.“

Durch dieses Zitat wird deutlich, wie wichtig es in der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Menschen ist, dass möglichst flache bzw. keine Hierarchien bestehen. Anhand der sprachlichen Ebene wird ebenso deutlich, wie groß die Herausforderung in der Praxis ist, Bürger*innen mit verschiedensten Bildungshintergründen und beruflichen Situationen zusammenzubringen. Das „Arbeits-Du“ (Interview Frankfurt) kann hierbei als eine Möglichkeit gesehen werden, um Hierarchien abzubauen und eine Kommunikation auf Augenhöhe zu ermöglichen. Durch die Vermeidung akademischer Sprache kann aufgrund der leichteren Verständlichkeit eine offenere Diskussion gestaltet werden, die eine aktivere Teilnahme ermöglicht. Mit Hilfe des Einsatzes von Moderator*innen kann den entstehenden Schwierigkeiten durch Sprache teilweise entgegengewirkt und beispielsweise durch das Zusammenfassen von Beiträgen oder durch Anregungen der Moderator*innen die Teilnahme erleichtert werden. Anzumerken ist, dass aufgrund der Hemmschwelle sich mündlich in einer Diskussion zu beteiligen, ergänzende bzw. alternative Beteiligungsmöglichkeiten (beispielsweise schriftliche Beiträge) sinnvoll sein können (siehe auch Interviews Stuttgart und Werder).

Das Thema Sprachressourcen ist – wie im Zitat des DK Frankfurt schon angedeutet – ebenso wichtig. Die untersuchten demokratischen Innovationen finden alle auf Deutsch statt und setzen dementsprechend gewisse Sprachkenntnisse voraus. In einem Interview mit dem Bürgerhaushalt Stuttgart wurde dieser Sachverhalt problematisiert und erläutert, dass der Einsatz von Übersetzer*innen mit einem hohen Kostenaufwand verbunden sei, was die Umsetzung erschwere bzw. im Falle Stuttgarts zumindest bisher verhindert. Des Weiteren ist anzumerken, dass die Verfahren in Werder und Frankfurt Schreibfähigkeiten voraussetzen. Innerhalb der Workshop-Situationen kommt es zu verschiedenen Aufgaben, bei denen Lese- und Schreibkompetenzen erforderlich sind. Betrachtet man die Daten der LEO-Studie *Leben mit geringer Literalität* werden 12,6 % der Menschen (6,2 Millionen) in Deutschland im Alter von 18 bis 64 Jahren als gering literalisiert eingestuft (vgl. Universität Hamburg 2018). Es gibt

keine Daten dazu, wie hoch dieser Wert für die jeweiligen Städte Frankfurt und Werder ist, dennoch ist die Literalität ein Aspekt, der für Betroffene zur Hürde für die Beteiligung werden kann.

Art des Verfahrens und Grad der Institutionalisierung

In den vorangegangenen Kapiteln ist deutlich geworden, dass eine eindeutige Vergleichbarkeit der Projekte aufgrund ihrer verschiedenen Konzeptionierungen häufig nicht möglich ist. An dieser Stelle sollen daher die wichtigsten Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Verfahren sowie ihre institutionelle Einbettung reflektiert werden.

Zwei der Projekte (Frankfurt und Werder) wenden die klassische Methode der Zufallsauswahl (vgl. Smith/Setälä 2018) an, um u. a. Arbeit in Kleingruppen zu ermöglichen. Die Projekte in Eberswalde und Stuttgart beschränken die Anzahl der Teilnehmenden nicht, da sie keine deliberativen Arbeitsmethoden anwenden, sondern mit entscheidungsorientierten Verfahren arbeiten. An dieser Stelle ist es zudem interessant festzuhalten, dass die beiden Großstädte Stuttgart und Frankfurt – obwohl sie ähnlich hohe Einwohner*innenzahlen haben – gänzlich unterschiedliche Beteiligungsformate nutzen. So hat sich in diesem Kontext ein Zusammenhang mit der Größe der Städte nicht eindeutig bestätigt.

Die vier Verfahren können aber auch anhand weiterer Merkmale eingeordnet werden. Es ist festzuhalten, dass die in dieser Forschungsarbeit erhobenen Daten drei der grundlegenden Formen von Beteiligungsverfahren abdecken. Während der DK Frankfurt zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich über einen Verein organisiert ist, ist der Bürgerhaushalt Stuttgart abhängig vom Wohlwollen und der Initiative des Bürgermeisters bzw. des Stadtrats. Der ebenfalls ehrenamtlich organisierte Stuttgarter Arbeitskreis muss hierbei alle Verfahrenspunkte mit den zuständigen städtischen Stellen abklären, was ein relativ großes Abhängigkeitsverhältnis deutlich macht. Die Bürgerwerkstatt Werder ist ebenfalls als städtische Stelle der Gemeinde bzw. dem Bürgermeister untergeordnet, jedoch mit einer festen Stelle stärker institutionalisiert als der ehrenamtlich organisierte Bürgerhaushalt Stuttgart. Das Bürgerbudget Eberswalde ist hingegen sogar kommunal institutionell verankert, indem eine durch die Stadt verabschiedete Satzung bestimmte Kriterien, wie die Höhe des Budgets sowie die Pflicht zur Umsetzung der Vorschläge, festschreibt. Es hat sich gezeigt, dass dieses hohe Maß an Verbindlichkeit eine große Wirkung auf die Mobilisierung von Teilnehmenden hat. Zudem steht dies in großem Zusammenhang mit dem Aspekt der Selbstwirksamkeit, über welche im nächsten Abschnitt reflektiert wird.

Selbstwirksamkeit

Bereits in der Erarbeitung der theoretischen Grundlagen dieser Arbeit zeigte sich, dass das Gefühl der Wirksamkeit des Erarbeiteten ein relevanter Aspekt ist (vgl. Lüttringhaus/Richers 2013: 384; Wendt 2017: 339). Für die Teilnehmenden an einem Bürger*innenbeteiligungsverfahren müsse deutlich werden, „dass hier ‘nicht nur geredet wird‘“ (Lüttringhaus/Richers 2013: 384) und ihre aktive Partizipation tatsächlich reale Auswirkungen hat. Wenn die Teilnahme an einem solchen Projekt sichtbare Auswirkungen hat, entsteht das Gefühl, etwas bewirken zu können. Dieser Aspekt wurde auch in den geführten Expert*inneninterviews auffällig häufig genannt und betont. Im Folgenden wird deutlich gemacht, dass auch bei diesem Punkt die verschiedenen Konzeptionierungen der Verfahren unterschiedliche Facetten dieses Gefühls der Selbstwirksamkeit sichtbar machen.

In Bezug auf den DK Frankfurt zeigt sich dieser Aspekt vor allem darin, dass viele der Teilnehmenden sich erstmals wirklich ernst genommen fühlten und durch die Möglichkeit der Beteiligung die Relevanz ihrer Meinung gezeigt bekamen. Beim DK Frankfurt wurde dies vor allem durch eine Evaluation und Feedback der Teilnehmenden deutlich „im Sinne von, ich habe darauf gewartet und hier kann ich mich politisch aktiv beteiligen [...] ich habe darauf gewartet, dass die Politik auf mich zukommt“. Hierbei gehe es auch nicht um die Partikularinteressen der Teilnehmenden, sondern vielmehr darum, „aktiv eingebunden [zu sein] [...] an der demokratischen Entscheidungsbildung“. Betont wurde, dass es nicht ausreichte, dass demokratische Institutionen und Prozesse existieren, an die sich Bürger*innen wenden könnten, sondern diese müssten selbst aktiv werden. „Und in dem Fall ist man aktiv auf sie zugegangen. Und ich glaube das war das, was auch einer der Kernpunkte des DK ist, oder jedem Bürger*innenrat, der da sehr positiv bewertet worden ist“. Auch in Bezug auf die Bürgerwerkstatt Werder wurde dieser Aspekt sichtbar. In einem ersten Schritt geschieht dies hier durch das gezielte Aufsuchen von potenziellen Teilnehmenden, wodurch vermittelt werden soll, dass die Partizipation des*der Einzelnen von Bedeutung ist. In einem zweiten Schritt wird dies dann innerhalb der Workshops deutlich, indem darauf geachtet wird, dass mit allen erarbeiteten Zwischenergebnissen schon während des Prozesses „etwas passiert“ (vgl. Kap. 6.5).

Eine ganz andere Dimension nimmt der Aspekt der Selbstwirksamkeit beim Bürgerbudget Eberswalde ein. Wie bereits erläutert, hebt sich dieses Bürger*innenbeteiligungsverfahren von vielen anderen dadurch ab, dass es nicht nur einen beratenden, sondern einen entscheidungsorientierten Charakter hat. Noch viel wichtiger hierbei ist jedoch, dass durch eine

von der Stadt beschlossene Satzung festgelegt ist, dass die durch die Bürger*innen getroffenen Entscheidungen auch tatsächlich implementiert werden müssen. Die interviewte Person betont, dass insbesondere das entscheidungsbasierte Verfahren und der rechtlich bindende Charakter des Verfahrens ausschlaggebend für dessen Erfolg seien. Auch der Bürgerhaushalt Stuttgart ist entscheidungsorientiert konzipiert, allerdings besteht hier ein viel geringeres Maß an Verbindlichkeit.

Aufgrund der Aussagen der Interviewten hinsichtlich des Aspektes der Selbstwirksamkeit reflektiert die Forschungsgruppe, dass das Gefühl, tatsächlich kurzfristig etwas erreichen zu können bzw. ernst genommen zu werden, eventuell wichtiger für die Mobilisierung von Teilnehmenden ist, als herkömmliche Werbung und daher als mobilisierende Methode betrachtet werden könnte.

Information und Transparenz

Die Notwendigkeit zur Information stellt ein weiteres Ergebnis außerhalb der Hypothesenauswertung dar. In mehreren Interviews, vor allem mit Werder und Frankfurt, wurde berichtet, dass eine klare und verständliche Kommunikation bezüglich des Ablaufes des Workshoptages oder die Information über die Weitergabe der erarbeiteten Ergebnisse im Rahmen eines Verfahrens und das Ankündigen weiterer Schritte wesentlich für die Aktivierung der Menschen innerhalb der Prozesse sei. Der Grund hierfür ist eng mit den vorangegangenen Ausführungen zur Selbstwirksamkeit verknüpft (siehe vorangegangener Abschnitt). Auch bei der Informationsvermittlung sind es schließlich Transparenz im Ablauf und klare Kommunikation, die Menschen zur Teilhabe bewegen. Den Teilnehmenden wird so vermittelt, auf was sie sich einlassen und was im Prozess geschehen wird. Dabei geht es nicht nur um Informationen im Prozess, sondern auch bereits davor in der Mobilisierungsphase. Aus diesem Grund sei es wichtig, Besuche anzukündigen oder persönliche Einladungen zu nutzen, um über ein Verfahren zu informieren. Unter anderem hat der DK Frankfurt daher das Konzept der Ideenwerkstätten integriert, um bereits vor dem eigentlichen Prozess relevante Themen transparent zu erfragen. Demzufolge werden die Ziele und Interessen Stiller Gruppen in den Ideenwerkstätten erarbeitet und im Verfahren des DK dann inhaltlich ausgestaltet. Auch im Prozess der Bürgerwerkstatt Werder wurde beobachtet, dass es relevant ist, den Menschen Informationen darüber zu vermitteln, dass etwas mit ihren Vorschlägen, Ergebnissen und erarbeiteten Aufgaben passiere, sodass klar sei, wofür diese ausgearbeitet wurden und welche Ziele damit erreicht werden sollen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass jedes der vier untersuchten Projekte für sich schlüssig ist und funktioniert, da es sich an die örtlichen Begebenheiten angepasst hat. Während Frankfurt und Stuttgart Großstädte sind und die institutionelle Verankerung schwieriger ist, zeigt sich, dass Eberswalde als Kleinstadt den nötigen städtischen Rahmen bieten kann, um das Bürger*innenbeteiligungsverfahren gesetzlich zu verankern. Interessant ist auch, dass mit Frankfurt eine Großstadt und mit Werder eine Kleinstadt deliberative Verfahren anwenden. Es lässt sich die Vermutung ableiten, dass deliberative Verfahren nicht von der Größe der Stadt abhängig sind. Diese These lässt sich im Rahmen dieser explorativen Studie nicht abschließend bestätigen, kann aber einen Ansatz für weitere Forschungen bieten.

7 Fazit und Ausblick

Abschließend soll auf die Forschungsfrage „*Wie beeinflussen mobilisierende und aktivierende Methoden und ihre jeweilige Ausgestaltung (uV) die Teilnahme und Teilhabe Stiller Gruppen (aV) innerhalb lokaler demokratischer Innovationen?*“ zurückgekommen werden, welche in dieser explorativen Studie einen Überblick über vier Bürger*innenbeteiligungsprojekte (Bürgerbudget Eberswalde, Demokratiekonvent Frankfurt, Bürgerhaushalt Stuttgart, Bürgerwerkstatt Werder) gegeben hat. Mittels Expert*inneninterviews wurden mobilisierende und aktivierende Methoden zur Beteiligung erfragt und untersucht. Diese Studie dient einer ersten Auseinandersetzung mit zielgruppenspezifischen Methoden hinsichtlich der Partizipation Stiller Gruppen und konnte einen ersten Zusammenhang zwischen dem Grad der Aktivität der Methoden und der Beteiligung herstellen.

Die Analyse macht deutlich, dass es nicht möglich ist, eine eindeutige Antwort auf die Forschungsfrage zu geben, da die Projekte in ihrer Konzeptionierung und ihrem Vorgehen sehr verschieden und auf die örtlichen Gegebenheiten angepasst sind. Dennoch konnten wichtige Zusammenhänge und Trends als Ergebnisse identifiziert werden (siehe Diskussion, Kap. 6.7), die Orientierungspunkte für weitere Forschungen darstellen können. Wie Klatt und Walter (2011: 35) festgestellt haben, sind die Belange und Bedürfnisse Stiller Gruppen bisher wenig erforscht. Diese explorative Arbeit konnte zeigen, dass aktive Methoden angelehnt an die Prinzipien der Sozialen Arbeit wesentlich zu einer Beteiligung Stiller Gruppen beitragen können. Genauso wichtig ist es zu reflektieren, dass nur Menschen in Vernetzungen und Organisationen angesprochen werden konnten. Es lassen sich folglich nicht alle Ungleichheiten und Benachteiligungen auflösen. Dennoch kann festgehalten werden, dass durch mobilisierende und aktivierende Methoden Stille Gruppen sich eher beteiligen.

Als wichtiges Teilergebnis dieser Arbeit ist hierbei die Differenzierung in die beiden Phasen der Mobilisierung und der Aktivierung festzuhalten. Nur durch eine separate Betrachtung dieser beiden Phasen war es möglich, einzelne Methoden innerhalb der Prozesse strukturiert einzuordnen (siehe Abb. 1).

Für die Auswertung lässt sich resümieren, dass die erste Hypothese „Die Mobilisierung Stiller Gruppen führt zur deren Teilnahme in demokratischen Innovationen“ nicht bestätigt werden konnte. Die hier durchgeführte explorative Studie konnte dazu keine klaren Ergebnisse liefern, da die unterschiedlichen Verfahren und damit auch die variierenden Teilnehmendenzahlen nicht vergleichbar waren. Zudem erheben nicht alle untersuchten Projekte entsprechende Daten über die Teilnehmenden, sodass keine hinreichenden Informationen zur Verfügung stehen.

Anders als H1 kann die zweite Hypothese „Mobilisierende Methoden berücksichtigen den Abbau von Hürden und erleichtern dadurch die Teilnahme für Stille Gruppen an den untersuchten demokratischen Innovationen“ überwiegend bestätigt werden. Es wurden von allen Verfahren verschiedene Hürden erkannt, benannt und dann Versuche unternommen, diese Hürden abzubauen. Bedingt durch die unterschiedlichen Verfahren und Städtemerkmale, unterscheiden sich diese Hürden und auch die Strategien zum Abbau dieser ist nicht einheitlich. Es ist anzumerken, dass es gelungen ist, verschiedene Stille Gruppen zur Teilnahme zu mobilisieren; allerdings wurden Menschen, die nicht in Netzwerken organisiert sind, nur selten erreicht.

Die dritte Hypothese „Handelt es sich um eine aktive Methode, nehmen Personen an der demokratischen Innovation eher teil“ kann bestätigt werden. Die untersuchten Projekte verwenden alle Methoden zu Mobilisierung, die als aktiv eingestuft werden können. Die Expert*innen resümieren, dass der Einfluss aktiver Methoden auf die Beteiligung von Bürger*innen positiv zu bewerten ist. In diesem Kontext muss vor allem die wertschätzende Kontaktaufnahme auf Augenhöhe innerhalb der Lebensräume der Menschen hervorgehoben werden, welche als besonders erfolgreich angesehen werden kann.

H4: „Für den deliberativen Prozess bedarf es nicht nur der formalen Teilnahme, sondern auch einer qualitativen Teilhabe Stiller Gruppen, welche durch aktivierende Methoden im Prozess gefördert wird“ kann für die beiden deliberativen Projekte eindeutig bestätigt werden, da diese vielfältige aktivierende Methoden im Verfahren mit erkennbaren Auswirkungen auf die Teilnehmenden anwenden. Im Gegensatz dazu können für die beiden entscheidungsbasierten Verfahren nur einzelne deliberative Momente identifiziert werden.

Ähnlich kann auch H5 „Durch das gezielte Kontaktieren und die Anpassung der Herangehensweise an die jeweilige Zielgruppe werden Interessen und Perspektiven Stiller Gruppen in den demokratischen Innovationen vertreten und miteinbezogen“ nicht einheitlich beantwortet werden. Die Verschiedenheit der Projekte bringt sehr unterschiedliche Verfahren und Herangehensweise bei der Ansprache von Zielgruppen mit sich. Letztlich kann für den DK Frankfurt und den Bürgerhaushalt Stuttgart eine spezifisch an Zielgruppen angepasste Herangehensweise eindeutig nachgewiesen werden. In den anderen Verfahren sind einzelne Elemente zu erkennen, die jedoch nicht speziell auf Stille Gruppen angepasst werden, sondern entweder allgemeiner gefasst sind (Eberswalde) oder sehr konkret und individuell auf jede einzelne Person angepasst werden (Werder).

In Bezug auf aktivierende Methoden im Prozess hat sich im Verlauf dieser Forschungsarbeit immer wieder die Frage gestellt, was Deliberation im Kern bedeutet und ob dieser Begriff nicht

erweitert werden müsste. Obwohl die Projekte in Stuttgart und Eberswalde sich eindeutig als nicht-deliberativ einordnen, sind durch die Analyse doch einzelne Elemente in den Prozessen identifiziert worden, die als deliberative Ansatzpunkte gewertet werden können und die durchaus einen positiven Effekt auf die Teilhabe der Teilnehmenden haben (vgl. Kap. 6.5).

Die genannten Punkte machen deutlich, dass sich die untersuchten Projekte neben verschiedenen Gemeinsamkeiten vor allem durch ihre Unterschiedlichkeit auszeichnen. Dennoch konnte festgestellt werden, dass alle vier Projekte innerhalb ihres Kontexts von den interviewten Personen als erfolgreich bewertet werden. Letztlich ist das ein Hinweis darauf, dass es nicht das eine perfekte Beteiligungsverfahren geben kann, sondern vielmehr von Bedeutung sein muss, in welchem Kontext die Beteiligung stattfinden soll. Darüber hinaus bringt diese Unterschiedlichkeit der Projekte eine mangelnde Vergleichbarkeit mit sich. Die unterschiedlichen Methoden und Abläufe der Verfahren lassen sich nur bedingt miteinander vergleichen. Wie schon zu Beginn der Forschung festgestellt, liegt auch ein Grund für die fehlende Vergleichbarkeit in der Bezeichnung der Verfahren. Fehlende Einheitlichkeit geht mit einer unklaren Definition der Verfahren und Vorgehensweisen einher. Eine präzise Verwendung von Begrifflichkeiten und das Verständnis dieser kann die Vergleichbarkeit erhöhen, wenn ersichtlich wird, dass lediglich die Bezeichnung variiert und nicht das tatsächliche Vorgehen.

Trotzdem lassen sich verschiedene Merkmale herausarbeiten, die die Diversität eines Beteiligungsprojektes steigern können. Wie in der Diskussion (Kap. 6.7) erläutert, sind Aspekte der Selbstwirksamkeit, der Institutionalisierung und der Anerkennung hervorzuheben. Darüber hinaus ist anzumerken, dass fast alle Projekte auf die Prinzipien der Sozialen Arbeit zurückgreifen. *Streetworking*-Konzepte scheinen hier einen großen Einfluss auf den Erfolg der Projekte zu haben. Basierend darauf ist davon auszugehen, dass ein aktives Zugehen auf die Bürger*innen in ihrer jeweiligen Lebenswelt entscheidend ist, um politische Beteiligung zu erzielen. Wenn z. B. Stille Gruppen angesprochen werden sollen, sollten diejenigen Orte zur Mobilisierung aufgesucht werden, an denen sich die jeweilige Stille Gruppe in ihrem Alltag aufhält oder (z. B. in Vereinen) organisiert. Dies setzt – wie in den untersuchten Projekten thematisiert wurde – voraus, dass sich die Organisator*innen über ihre Zielgruppen ausführlich informieren. So kann Verständnis und Empathie aufgebaut werden, was eine Kommunikation zwischen Organisator*innen und Adressierten auf Augenhöhe ermöglicht.

Die Wirksamkeit solcher Methoden „auf der Straße“ bzw. aufsuchender Ansprache wurde dem Forschungsteam auch durch das Interview mit dem Experten für Bürger*innenbeteiligung bestätigt. Generell nannte der Experte sehr viele der Punkte, die auch durch die Interviews mit

den vier Beteiligungsprojekten zum Ausdruck kamen. Auch betonte der Experte, dass Bürgerbudgets allgemein strukturell anders eingebettet sein müssten und nicht nur den Kammereien zugeschrieben werden dürften. Dies bestätigt wiederum die Relevanz der institutionellen Einbettung, welche auch als wichtiges Ergebnis dieser Arbeit reflektiert wurde (vgl. Kap. 6.7).

Weiterhin hat sich aus den verschiedenen Interviews herauskristallisiert, dass für eine erfolgreiche Umsetzung von Beteiligungsprojekten finanzielle Mittel nötig sind und bezahlte Stellen geschaffen werden müssen. Anhand des Bürgerhaushaltes Stuttgart wurde deutlich, dass die Arbeit der Multiplikator*innen nur durch Ehrenamtliche kaum zu bewältigen ist. Dies hängt auch mit dem häufig wechselnden Personal innerhalb des Arbeitskreises zusammen. Höhere finanzielle Mittel könnten die Beteiligungsprojekte insofern optimieren, dass z. B. Übersetzungsdienstleistungen gestellt werden könnten, die wiederum die Teilnehmendenzahlen positiv beeinflussen würden. Die dadurch entstehende Flexibilität der Projekte und die neuen Möglichkeiten in der Umsetzung können sich zudem positiv auf die Motivation der Organisator*innen auswirken, denn dies wurde im Interview mit dem Bürgerhaushalt Stuttgart ebenso problematisiert. Zentral für Teilnehmende von Beteiligungsprojekten ist die zuvor erläuterte Selbstwirksamkeit. Teilnehmenden muss das Gefühl gegeben werden, dass ihre Beiträge ernst genommen werden und diese eine unmittelbare Wirkung haben. Daher ist es wichtig, dass die Ergebnisse innerhalb der Projekte nicht im Sande verlaufen, sondern (öffentlich) diskutiert und bestenfalls umgesetzt werden. Hierbei ist auch die Verbindlichkeit ein wichtiger Faktor, die z. B. im Fall von Eberswalde durch die bestehende Satzung demonstriert wird. Diese Selbstwirksamkeit und eine gewisse Verbindlichkeit für z. B. Kommunen können der Frustration seitens der Bürger*innen entgegensteuern und somit evtl. auch Politikverdrossenheit abbauen.

In der Einleitung wurde darauf verwiesen, dass sich Bürger*innen aktiv „für die Gestaltung ihrer Lebensräume einsetzen“ (Bödeker 2012a: 1) müssen, um eine demokratischere Gesellschaft zu ermöglichen (vgl. Bödeker 2012a: 1). Durch diese explorative Studie wurde deutlich gemacht, dass dies eine sehr idealistische Vorstellung von politischer Partizipation darstellt und „die soziale Bedingtheit politischen Engagements“ (Bödeker 2012a: 1) viel stärker beachtet werden müsste. Auch wurde durch die Expert*inneninterviews angedeutet, dass die Bedeutung von Frustration und deren Auswirkung auf Partizipation unterschätzt wird. Für die Arbeit politischer Entscheidungsträger bedeutet dies, dass politische und gesellschaftliche Institutionen aktiv auf die Menschen zugehen müssen und nicht das Gegenteil erwarten dürfen. Hier muss ein grundsätzlicher Perspektivwechsel stattfinden dahingehend, dass die

Grundannahme, dass Menschen sich prinzipiell aus eigenem Antrieb beteiligen, hinterfragt werden muss. Im Gegenteil sollte es explizit darum gehen, bestimmte Gruppen anzusprechen, da nicht davon auszugehen ist, dass sie sich aktiv beteiligen. Die Politik muss die Bürger*innen ansprechen und nicht andersherum. In diesem Sinne sind die untersuchten demokratischen Innovationen ein Zeichen für eine positive Entwicklung, da hier genau diese Problematik angegangen wird.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Steffen (2014): HABERMAS' THEORETISCHES MODELL DELIBERATIVER KOMMUNIKATION. In: Steffen Albrecht (Hrsg.): *Reflexionsspiele: Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 35-122.
- Alcántara, Sophia/Bach, Nicolas/Kuhn, Rainer/Ullrich, Peter (2016): *Demokratietheorie und Partizipationspraxis: Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren*. Wiesbaden: Springer VS.
- Barber, Benjamin (1994): *Starke Demokratien. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Bertelsmann Stiftung (2021): *Werder (Havel) (im Landkreis Potsdam-Mittelmark)*. Online: <https://www.wegweiser-kommune.de/kommunen/werder-havel> (zuletzt geprüft am 28.02.2021).
- Blassnig, Maximilian (o.D.): *Das irische Citizens' Assembly*. Online: <http://starkeabgeordnete.at/das-irische-citizens-assembly/> (zuletzt geprüft am 10.01.2021).
- Blütenstadt Werder (Havel) (2020): *Zukunft Baumb Blütenfest*. Ergebnisse der Workshops, PowerPoint-Präsentation. (Internes Dokument).
- Bödeker, Sebastian (2012a): *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland: Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*. OBS-Arbeitspapier 1, Otto Brenner Stiftung (Hrsg.). Online: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/titel/soziale-ungleichheit-und-politische-partizipation-in-deutschland/aktion/show/obspace/Publication/> (zuletzt geprüft am 03.12.2020).
- Bödeker, Sebastian (2012b): *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland*. In: *WZ Brief Zivilengagement* 05 April 2012. Online: https://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-zivilengagement/WZBriefZivilengagement052012_boedeker.pdf (zuletzt geprüft am 19.03.2021).
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): *Interviews mit Experten: Eine praxisorientierte Einführung*. Buchreihe Qualitative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Böhnke, Petra (2011): *Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation*. In: *APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 61(1/2), S. 18-25.
- Brown, Steven R. (1971): *Pateman, Carole. Participation and Democratic Theory (Book Review)*. In: *Public Opinion Quarterly*, Fall 71 35(3), S. 512-513.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V. (2018): *Fachliche Standards 2018: Streetwork und Mobile Jugendarbeit*. Online: https://irp-cdn.multiscreensite.com/5c840bc2/files/uploaded/Fachstandards_BAG_2018_final.pdf (zuletzt geprüft am 01.12.2020).

- Bürgerhaushalt Stuttgart (2021): *Webseite des Bürgerhaushalts Stuttgart*. Online: <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/> (zuletzt geprüft am 19.03.2021).
- Bürgerrat Demokratie (o.D.): *Bürgerrat Demokratie: Ergebnis-Übersicht*. Online: https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/ergebnisse_buergerrat.pdf (zuletzt geprüft am 10.01.2021).
- Dahl, Robert (1961): *Who governs? Democracy and power in an American City*. Yale University Press: New Haven.
- Demographiebericht Werder (Havel) (o.D.): *Demographiebericht: Ein Baustein des Wegweisers Kommune*. Bertelsmann Stiftung.
- Demokratiekonvent (2021): *Webseite des Demokratiekonvents Frankfurt*. Online: <https://www.demokratiekonvent.de/> (zuletzt geprüft am 19.03.2021).
- Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten (2016): *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse: Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende*. Marburg: dr.dresing&pehl GmbH.
- Es geht LOS (o.D.): *Was wäre wenn Demokratie gelöst werden würde?* Online: <https://www.esgehtlos.org/geloste-burger-rate> (zuletzt geprüft am 10.01.2021).
- Gaus, Daniel (2014): Von der Kritik liberaler Demokratie zur Analyse deliberativer Systeme: Reflexionen zur gegenwärtigen Diskussionslage der Theorie deliberativer Demokratie. In: Claudia Landwehr und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): *Deliberative Demokratie in der Diskussion. Herausforderungen, Bewährungsproben, Kritik*. Baden-Baden: Nomos, S. 29-66.
- Geißel, Brigitte (2012): Politische (Un-) Gleichheit. In: *APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 62(38-39), S. 32-37.
- Gref, Kurt (1995): Was macht Streetwork aus? Inhalte-Methoden-Kompetenzen. In: Gerd Becker und Titus Simon (Hrsg.): *Handbuch mobile Jugendarbeit. Theoretische Grundlagen, Arbeitsfelder, Praxishilfen*. Weinheim: Beltz, S. 13-20.
- Groß, Stefan (2018): *Moderationskompetenzen: Kommunikationsprozesse in Gruppen zielführend begleiten*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Gusy, Burkhard/Farnir, Emilie (2016): *Streetwork / Aufsuchende Soziale Arbeit. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung*. Online: <https://www.leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/streetwork-aufsuchende-soziale-arbeit/> (zuletzt geprüft am 01.12.2020).
- Habermas, Jürgen (1995): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a. M: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1973): Zum Begriff der politischen Beteiligung. In: Jürgen Habermas (Hrsg.): *Kultur and Kritik: Verstreute Aufsätze*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 9-60.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Kiebel, Hannes (1995): Zwanzig Jahre Streetwork. Aufsuchende Sozialarbeit in der BRD. In: Gerd Becker und Titus Simon (Hrsg.): *Handbuch mobile Jugendarbeit. Theoretische Grundlagen, Arbeitsfelder, Praxishilfen*. Weinheim: Beltz, S. 21-32.
- Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*. transcript Verlag.
- Klein, Ansgar/Embacher, Serge (2018): Mind the Gap! Demokratie und Engagement in komplexer Lage. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31(1,2), S. 1-3.
- Kuckartz, Udo (2016): *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 3. überarbeitete Auflage, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille (2013): Die Methode der Aktivierenden Befragung. In: Sabine, Stövesand, Christoph Stroik, Ueli Troxler (Hrsg.): *Handbuch Gemeinwesenarbeit: Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland-Schweiz-Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 384-390.
- Lyon, Vaughan (1971): Carole Pateman, Participation and Democratic Theory. In: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique* 4(4), S. 583-584.
- mehr als wählen e.V. (2020): *Factsheet: Ideenwerkstätten im Vorfeld des DK 2020*. Frankfurt.
- mehr als wählen e.V. (2021): *Webseite des Vereins mehr als wählen Initiative für innovative Demokratie*. Online: <https://www.mehralswaehlen.de/> (zuletzt geprüft am 16.02.2021).
- Netzwerk Bürgerhaushalt (o.D.): *Stuttgart*. Online: <https://www.buergerhaushalt.org/de/stuttgart> (zuletzt geprüft am 22.03.2021).
- Neumann, Arijana (2013): Grassroots-Campaigning und die Wiederentdeckung der Parteimitglieder. In: Rudolf Speth (Hrsg.): *Grassroots-Campaigning*. Wiesbaden: Springer VS, S. 113-128.
- Owen, Harrison (2008): Open Space Konferenz: Eine transformative Praxis. In: Norbert Kersting (Hrsg.): *Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. Wiesbaden: Springer VS, S.159-166.
- Osztovcics, Walter (2019): *Bürger an die Macht! Mitreden und Mitbestimmen – eine neue Form der Demokratie nimmt Gestalt an*. Online: https://www.zeit.de/2019/34/mitbestimmung-demokratie-mitsprache-buerger-initiative?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F (zuletzt geprüft am 10.01.2020).
- Pateman, Carole (1970): *Participation and Democratic Theory*. London/New York: Cambridge University Press.
- Reidinger, Fabian/Wezel, Hannes (2017): Deliberation statt Abstimmung? Wie Bürgerbeteiligung und das Zufallsprinzip Demokratie bereichern können. In: Nadja Braun Binder, Lars P. Feld, Peter M. Huber, Klaus Poier, Fabian Wittreck (Hrsg.): *Jahrbuch für direkte Demokratie 2017*. Baden-Baden: Nomos, S. 86-110.

- Remer, Uwe (2019): *Partizipative und deliberative Demokratie auf lokaler Ebene. Eine Vermessung der Beteiligungslandschaft Baden-Württembergs*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rosa, Hartmut (1995): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. In: *DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE* 43(6), S. 1066-1069.
- Ruesch, Michelle (2013): *Videowettbewerb zum Bürgerhaushalt in Eberswalde*. Online: <https://buergerhaushalt.org/de/article/videowettbewerb-zum-buergerhaushalt-eberswalde> (zuletzt geprüft am 02.02.2021).
- Sinus-Institut (2020): *Sinus-Milieus Deutschland*. Online: <https://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus-deutschland/> (zuletzt geprüft am 28.02.2021).
- Smith, Graham/Setälä, Maija (2018): Mini-Publics and Deliberative Democracy. In: Andre Bächtiger, John S. Dryzek, Jane Mansbridge, Mark Warren (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Specht, Walther (1989): Streetwork in den USA im Widerstreit der Konzepte. In: Steffan, Werner (Hrsg.): *Straßensozialarbeit. Eine Methode für heiße Praxisfelder*. Weinheim: Beltz, S. 76-85.
- Speth, Rudolf (2013): Grassroots-Campaigning: Mobilisierung von oben und unten – Einleitung. In: Rudolf Speth (Hrsg.): *Grassroots-Campaigning*. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-25.
- Stadt Eberswalde (2020): *Eberswalder Bürgerbudget – Evaluation (Stand: Februar 2020)*. Online: https://www.eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/global/Buergerbudget/Evaluation_Eberswalder_Buergerbudget_-_Fortschreibung_Februar_2020_.pdf (zuletzt geprüft am 19.03.2021).
- Stadt Eberswalde (2021): *Webseite der Stadt Eberswalde*. Online: <https://www.eberswalde.de/> (zuletzt geprüft am 02.03.2021).
- Stadt Frankfurt am Main (2021): *Bevölkerung der Stadt Frankfurt*. Online: <https://frankfurt.de/service-und-rathaus/zahlen-daten-fakten/themen/bevoelkerung> (zuletzt geprüft am 16.02.2021).
- Stadt Werder (Havel): *Unsere Ortsteile*. Online: <https://www.werder-havel.de/politik-rathaus/die-stadt/die-ortsteile.html>. (zuletzt geprüft am 28.02.2021)
- Stadtkämmerei Stuttgart (2020): *Ergebnisbericht zum Stuttgarter Bürgerhaushalt 2019*. Online: https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/d/ergebnisbericht_2019_0.pdf (zuletzt geprüft am 19.03.2021).
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2020): *Migration und Nationalität: Bevölkerung in den Regionen nach Migrationshintergrund*. Online: <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/MigrNation/MZ-RG-Migr.jsp> (zuletzt geprüft am 19.03.2021).
- Steier, Frederick/Gyllenpalm, Bo/Brown, Juanita/Bredemeier, Sabine (2008): World Café: Förderung der Teilhabekultur. In: Norbert Kersting (Hrsg.): *Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher*

- Partizipation*. Buchreihe Bürgergesellschaft und Demokratie, Band 28. Wiesbaden: Springer VS, S. 167-180.
- Stoik, Christoph (2010): Aktivierende Befragung / Aktivierendes Gespräch. In: *sozialraum.de* (1) 2/2009. Online: <https://www.sozialraum.de/aktivierende-befragung-aktivierendes-gespraech.php> (zuletzt geprüft am 03.12.2020).
- Strothmann, Linus (2020): Wenn die Demokratie an der Tür klingelt... Die Methode "Aufsuchende Losverfahren": Vorstellung und Leitfaden zur Anwendung in Beteiligungsverfahren. In: *eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung*, 16. September 2020. Online: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/3_2020/nbb_beitrag_strothmann_200916.pdf (zuletzt geprüft am 29.03.2021).
- The Citizens' Assembly (o.D.): *About the Members*. Online: <https://www.citizensassembly.ie/en/what-we-do/about-the-members/> (zuletzt geprüft am 10.01.2021).
- Universität Hamburg (2018): *LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität: Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus*. Online: <https://leo.blogs.uni-hamburg.de/> (zuletzt geprüft am 26.03.2021).
- Vancic, Daniela (2019): *Face to face mit den Bürgerrät*innen der irischen Citizen Assembly*. Online: <https://www.democracy-international.org/de/face-face-mit-den-buergerinnen-der-irischen-citizen-assembly> (zuletzt geprüft am 11.01.2021).
- Wendt, Peter-Ulrich (2017): *Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit*. 2. Auflage, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Anhang

Allgemeiner Interviewleitfaden

1. Einleitende (formale) Fragen
 - Beschreiben Sie bitte kurz den Hintergrund Ihres Projektes
 - Seit wann wenden Sie aktivierende/aufsuchende/rekrutierende Methoden an, um Personen für Ihr Projekt zu mobilisieren?
 - Wie oft findet es statt?
 - Welche Reichweite haben die Entscheidungen, die die Bürger*innen treffen können?
 - Gab es konkrete Projekte, an denen Sie sich orientiert haben?
 - Für wie viele Personen ist Ihr Projekt ausgelegt? Wie viele Personen nehmen teil?
2. Inwiefern haben Sie bei der Konzeptualisierung Ihres Projekts darauf geachtet, Hürden für die Teilnahme zu vermeiden bzw. einen einfachen Zugang bereitzustellen?

Welche konkreten Probleme, die üblicherweise bei demokratischen Verfahren in Bezug auf die Beteiligung auftreten, können so vermieden werden? (evtl. auch Bsp. für Hürden nennen: lange Anmeldezeiten, bürokratische Hürden, Ausfüllen von vielen Formularen, komplizierte Sprache, nicht barrierefrei etc.) (H2)

3. Wer kann an Ihrem Projekt teilnehmen? Haben Sie bestimmte Teilnahmevoraussetzungen? (Stichwort Altersbeschränkungen, Melderegister, Sprache, räumlicher Zugang) (H2)
 - Könnten Sie einmal exemplarisch erklären, wie sich Interessierte an Ihrem Projekt beteiligen/anmelden/teilnehmen können? (H2)
 - Was genau muss man machen, um sich anzumelden? Wie lange dauert dies? Wie aufwendig ist dies allgemein?

Aufsuchende Mobilisierung/Aktivierung/Rekrutierung und ihre Wirkung

4. Wenden Sie in Ihrem Projektaufsuchende/ rekrutierende/ aktivierende/ mobilisierende Methoden an, um Teilnehmende zu gewinnen bzw. werben Sie für Ihre Projekte? Und wie bezeichnen Sie diese Methode? (Das es ja viele verschiedene gibt.)
 - Orientieren Sie sich hierbei an bestimmten theoretischen Konzepten oder Modellen zu aufsuchenden Methoden? Wenn ja, an welchen Konzepten genau; bzw. an welchen Autor*innen? (H1 und allgemein)
 - 4.1. Welche aufsuchenden Methoden wenden Sie an? -> hier evtl. Bsp. als Anregung nennen (E-Mails, Flyer, Besuche von Jugendtreffs/Schulen, von Tür zu Tür gehen, etc.) (H3)
 - 4.2. Welche Erwartungen hatten Sie anfangs in Bezug auf die Umsetzung der Methode?
 - 4.3. Warum wird gerade diese Methode angewendet und andere Methoden nicht? Wie haben Sie diesen Ansatz entwickelt? (Hintergründe, Argumentation) (H1)
 - 4.4. Sprechen Sie mit ihrem Projekt spezielle soziale Gruppen an? Wenn ja, welche und wieso andere nicht? (H1 und allgemein)
 - 4.5. Nutzen Sie hierbei unterschiedliche Konzepte bzw. Methoden der Mobilisierung/Rekrutierung/Aktivierung je nach Zielgruppe? Gibt es je nach sozialer

Gruppe bestimmte Aspekte, die besonders beachtet/gefördert/hervorgehoben werden müssen etc.? (H2, H5)

4.6. An welchen Stellen und aus welchen Gründen sind aufsuchende Rekrutierungs-/Aktivierungs-/Mobilisierungsmethoden exkludierend? Welche marginalisierten Gruppen sind hier betroffen? (H2)

Hinweis: Beispielsweise Menschen mit Behinderung, weil der Zugang nicht barrierefrei ist oder Exklusion aufgrund von sprachlichen Barrieren oder auch weil Personen schwer zu erreichen und damit nicht ansprechbar sind.

4.7. Inwieweit ist auch während des Verlaufs des Projekts eine Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen zu beobachten? Bringen sich beispielsweise während des Verfahrens manche Gruppen weniger aktiv ein als andere? Sind hier Verhaltensmuster zu erkennen? (H4)

(z. B. es bringen sich beim DK weniger Personen aktiv ein, die einer marginalisierten Gruppe zuzuordnen sind)

4.8. Inwieweit wurde Ihre Aktivierungsmethode im Zeitverlauf verändert bzw. angepasst?

Gibt es Ihrer Einschätzung nach einen Zusammenhang zwischen der Methode zur Mobilisierung/Rekrutierung/Aktivierung, deren Erfolg und dem persönlichen Interesse der Personen (H4)?

5. Inwieweit erkennen Sie einen Zusammenhang zwischen der von Ihnen angewandten (und im Laufe der Zeit veränderten) Methode und der Teilnehmendenzahl bzw. der Diversität der Teilnehmenden? (H3)

Fazit und Ausblick

6. Haben Sie sich Feedback eingeholt von den Teilnehmenden?

6.1. Wenn ja, decken sich deren Erfahrungen im Projekt mit Ihren Erwartungen? Welche Erkenntnisse konnten daraus gezogen werden?

6.2 Haben Sie den Eindruck, dass die Teilnehmenden durch Ihre Teilnahme am Projekt Ihre Interessen vertreten sehen? (im Hinblick auf H4 und H5)

Gibt es dazu weitere Informationen (in Form von Dokumenten/Untersuchungen/Evaluationen)?

7. Welches Fazit würde Sie bezüglich der praktischen Anwendung Ihrer Methode der aufsuchenden Mobilisierung/Rekrutierung/Aktivierung ziehen? Trägt die Methode positiv zum Erreichen der Zielvorgaben bei? Wäre sie auch in anderen Kommunen oder Kontexten praktikabel? (H1)

8. Was wollen Sie künftig an Ihrer Vorgehensweise bei der aufsuchenden Mobilisierung/Aktivierung/Rekrutierung verändern? Wo sehen Sie Schwächen und Stärken hinsichtlich des Erreichens der Zielvorgaben Ihres Projektes?

9. Denken Sie, dass sich der Bedarf an aufsuchender Mobilisierung/Aktivierung/Rekrutierung in den nächsten Jahren verändern wird? Rücken evtl. andere marginalisierte Gruppen in Zukunft mehr in den Fokus?

10. Möchten Sie uns noch etwas mitteilen, was wir bisher noch nicht angesprochen haben? Haben Sie noch Ergänzungen?